



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

113. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 29. Januar 2016, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ – Drucksache 6/5108 –	3	Karen Stramm, DIE LINKE	20, 27
Jörg Heydorn, SPD	3, 18	Ministerin Birgit Hesse	22
Torsten Koplin, DIE LINKE	4	Bernd Schubert, CDU	23
Maika Friemann-Jennert, CDU	7	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10	Julian Barlen, SPD	25
Julian Barlen, SPD	13	Stefan Köster, NPD	26
Stefan Köster, NPD	16	B e s c h l u s s	28
Martina Tegtmeier, SPD	17	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung erhalten – Finanzierung optimieren – Drucksache 6/5078 –	28
Udo Pastörs, NPD	19	Jochen Schulte, SPD	28
B e s c h l u s s	20	Ministerin Uta-Maria Kuder	30
Antrag der Fraktion DIE LINKE Der Bundesratsinitiative zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Kranken- versicherung beitreten – Drucksache 6/5075 –	20	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	31
		Dietmar Eifler, CDU	33
		Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	34
		B e s c h l u s s	36

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tierschutzkonforme Sauenhaltung

gewährleisten

– Drucksache 6/5066 – 36

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 36, 47

Minister Dr. Till Backhaus 38

Beate Schlupp, CDU 42

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 44

Katharina Feike, SPD 46

B e s c h l u s s 48

Nächste Sitzung

Mittwoch, 9. März 2016 49

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 113. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Vereinbarungsgemäß rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, auf Drucksache 6/5108.

**Zweiter Zwischenbericht
der Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 6/5108 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende der Enquetekommission Herr Abgeordneter Jörg Heydorn.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ohne Regierung, oh, oh, oh!)

Jörg Heydorn, SPD: Ja, auch von mir einen schönen guten Morgen, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ legt Ihnen heute ihren Zweiten Zwischenbericht vor. Einen haben wir hier schon mal besprochen und ich würde gern eines, was mir besonders wichtig ist, voranstellen: Es gibt in der Enquetekommission eine Vereinbarung, dass wir die Dinge, die wir machen, nämlich unsere Handlungsempfehlungen zu den Themen, die wir behandeln, im Konsens beschließen wollen. Das ist ein sehr aufwendiges Prozedere, bis man sich da zusammengefunden hat, aber wir haben das bisher hingekriegt. Im Großen und Ganzen haben wir das bisher hingekriegt. Das heißt also, die Ergebnisse, die heute vorgestellt werden, sind im Konsens der demokratischen Fraktionen entstanden.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig.)

Jeder für sich hätte wahrscheinlich andere Akzente gesetzt, aber wir haben es geschafft, dabei zusammenzubleiben und unsere Dinge gemeinsam zu machen.

Deswegen möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei meinen Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen. Damit meine ich sowohl die Landtagsmitglieder als auch die externen Mitglieder, die in die Enquetekommission gesandt worden sind, und ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariates, die uns bei unserer Arbeit sehr professionell betreuen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, unsere Kommission ist eingerichtet worden durch Beschluss des Landtages in seiner Sitzung vom 01.02.2012, und der Auftrag ist, einfach formuliert, Handlungsempfehlungen zu finden, wie das Thema „Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe unserer älter werdenden Bevölkerung“ vor allem in ländlich peripheren Räumen sichergestellt werden kann. Die Kommission hat ein bisschen Zeit gebraucht, Themen zu finden, die sie

für wichtig hält. Dabei sind dann folgende Themen identifiziert worden: Einmal geht es um das Thema „Wohnen“, es geht um das Thema „Mobilität“, es geht um das Thema „Gesundheit und Pflege“, um das Thema „Bildung und Arbeit“ sowie „Bürgerschaftliches Engagement und Infrastruktur“.

Die Handlungsempfehlungen zum Thema „Wohnen“ haben wir bereits in unserem ersten Zwischenbericht beschlossen und in der Zeit von April 2014 bis November 2015 beschäftigte sich die Kommission in 22 Sitzungen mit den Themen „Mobilität im Alter“ und „Gesundheit und Pflege“.

In ihrer 43. Sitzung am 11.12.2015 hat die Enquetekommission dem Zweiten Zwischenbericht mit den Stimmen der benannten Kommissionsmitglieder von CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der SPD bei einer Enthaltung ihre Zustimmung erteilt. Das heißt also, auch hier können Sie sehen, die Dinge sind im Konsens gemacht worden.

Ich gehe heute davon aus, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus den demokratischen Fraktionen noch näher auf die Themen „Mobilität“ und „Gesundheit und Pflege“ eingehen werden, und habe mir deswegen vorgenommen, noch mal einen aktuellen Anlass aufzugreifen, der das Thema „Demografischer Wandel“ auch in Mecklenburg-Vorpommern betrifft.

Vor einigen Tagen, das werden Sie mitgekriegt haben, ging eine Nachricht auch hier bei uns durch die Medien, dass das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung festgestellt hat, die Abwanderung im Osten ist gestoppt, auch im Osten unserer Bundesrepublik gibt es wieder Zuwanderung. Das ist eine gute Nachricht, das kann man so sagen, aber wenn man sich die Situation differenziert anguckt, dann ist festzustellen, dass die Zuwanderung in den größeren Städten, gerade in den Universitätsstädten stattfindet, dass ländlich periphere Regionen nach wie vor mit Abwanderung und Überalterung zu tun haben und dass es auch schwierig sein wird, quasi andere Perspektiven dort zu etablieren und zu entwickeln und das voranzubringen.

Das heißt, diese Ergebnisse decken sich mit der Arbeit unserer Kommission und damit ist ja die Frage verbunden: Was machen wir denn da? Was machen wir da, wo es nicht zum Selbstläufer zu werden scheint, dass also auch in den neuen Bundesländern Bevölkerungswachstum stattfindet, sondern was tun wir da, wo die Verhältnisse schwieriger sind und wo wir glauben, dass in geeigneter Art und Weise interveniert werden muss?

Wenn man sich die Arbeit in der Kommission anguckt, egal, zu welchem Themenfeld, das wir bis heute behandelt haben, dann gibt es zwei Elemente, die sich überall durchtragen: Das eine ist das Element eines qualifizierten Beratungsangebotes. Also wir haben festgestellt, dass auch in ländlich peripheren Regionen die Entwicklung sehr unterschiedlich verläuft. Es gibt kleine Gemeinwesen, da funktioniert etwas, da macht man im Rahmen der Selbstverantwortung extrem viel, es gibt Leben, es gibt Entwicklung, es gibt Konzepte, wie man dem demografischen Wandel entgegentritt. Und man hat den Eindruck, dass in dem Nachbarort dann scheinbar solche Dinge letztendlich nicht möglich sind.

Wenn man sich die Frage stellt, woran das liegt, dann hat das unseres Erachtens damit zu tun, dass es immer um

Personen geht. Es geht um Leute, die vor Ort sind und die wissen, wie man bestimmte Dinge anpacken muss. Und in anderen Orten scheint das nicht der Fall zu sein. Ich finde, das darf man nicht dem Selbstlauf überlassen, sondern alle, die uns in der Kommission beraten haben, geben so die Empfehlung: Schafft ein Beratungsangebot, wo sich die Leute hinwenden können, wenn Sie einen Bürgerbus machen wollen, wenn es um das Thema „Sammeltaxi“ geht oder „Dorfleben“! Wie viele Fahrer brauche ich für den Bürgerbus? Wie sieht es versicherungsrechtlich aus? Wie kann man das einbinden in Verkehrsstrukturen der ÖPNV-Anbieter? Und so weiter und so fort.

Eine Klammer ist: Richtet ein Beratungsangebot ein, was diese Dinge aufgreift und den Leuten, die ein Interesse daran haben, etwas zu machen, letztendlich in geeigneter Art und Weise weiterhelfen kann!

Und der zweite Aspekt, der sich durchträgt, ist das, was ich unter dem Stichwort „Kümmererstrukturen“ zusammenfassen will,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Kümmerer?)

also auch in kleinen Orten Menschen zu haben, die sich um die Gemeinschaft kümmern, die Dinge initiieren, die Verbindungen haben, die Bestandteil von Netzwerken sind und die örtlichen Belange einbringen, die verzahnt sind mit Professionellen, um auf diese Art und Weise in den Orten so etwas zu etablieren, was in der Fachterminologie heute als sogenannte sorgende Gemeinschaften bezeichnet wird, das heißt also Gemeinschaften, die kleinräumig organisiert sind, die nicht nur mit einem Themenfeld zu tun haben, sondern wo es um alles geht, wo es um das Thema „Gesundheit“ geht, um das Thema „Pflege“, um das Thema „Mobilität“, „Infrastruktur“ und so weiter und so fort, letztendlich also um eine Gemeinschaft, die die Dinge im Rahmen von einem hohen Maß an Selbstverantwortung selbst organisiert und die Dinge gut am Laufen hält.

Wenn man sich anguckt, wie der demografische Wandel bei uns in Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich weiter verlaufen wird, gibt es zu dem Ansatz der sorgenden Gemeinschaften aus unserer Perspektive auch kaum eine andere Möglichkeit. Wir werden weiter eine starke Zunahme von Pflegebedürftigen haben. Der Anteil der älteren Bevölkerung wird, wenn die Zahlen sich nicht verändern – und die Zahlen werden sich nicht verändern, die sind so –, demnach stark steigen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber wir haben doch schon Zuwachs.)

Die finanziellen Mittel sind auch begrenzt und deswegen muss man nach Konzepten suchen, wie im Endeffekt solche sorgenden Gemeinschaften entstehen, die kleinräumig dazu imstande sind, Dinge zu übernehmen, die Gemeinschaft zu tragen und für alle weiter am Laufen zu halten.

Mit diesem zweiten Zwischenbericht ist unsere Arbeit nicht abgeschlossen, das heißt, wir haben noch Dinge in der Bearbeitung, die gut vorbereitet sind, also im Schlussspurt geht es jetzt für uns darum, die Themen „Bildung“, „Arbeit“, „bürgerschaftliches Engagement“ und „Infrastruktur“ zu konsentieren und dann rechtzeitig vor Abschluss der Legislaturperiode unseren Endbericht vorzulegen. Das wird passieren, da sind wir auf einem guten Weg, da mache ich mir keine Sorgen.

Abschließend möchte ich beantragen, den Zweiten Zwischenbericht mit der Erörterung heute im Landtag verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Zweite Zwischenbericht der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ist Zeugnis intensiver Arbeit. Die Zahl der Kommissionssitzungen, der Expertenanhörungen, der Workshops und auch der Umfang des heute vorgelegten Berichts sind, um eben diese Arbeit zu würdigen, eher nebensächlich. Entscheidend sind vielmehr inhaltliche Substanz und Tragweite der aus der thematischen Befassung resultierenden Handlungsempfehlungen. Würden diese in den Lebensalltag einfließen, würden sie Realität. Mecklenburg-Vorpommern wäre ein Bundesland, an dem sich andere einmal mehr orientierten, weil es glänzend aus problembeladenen demografischen Herausforderungen zukunftsste Perspektiven entwickelt habe.

Dieser Zwischenbericht ist zugleich Zeugnis einer sachlich orientierten gesellschaftlichen gemeinschaftlichen Arbeit jenseits machtpolitischen und parteipolitischen Wetteiferns. Dies hat etwas mit dem Anspruch der in und für die Kommission wirkenden Akteure zu tun, allgemeine gesellschaftliche Interessen in den Mittelpunkt zu stellen, die Lebenssituation der Menschen im Blick zu haben und um tragfähige Lösungsansätze zu ringen. Es hat ein Stück weit wohl auch mit der Art und Weise des souveränen Agierens des Vorsitzenden zu tun, den wir hier im Parlament als ebenso kompetenten wie streitbaren

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na, Herr Heydorn.)

und bisweilen provokanten Kollegen kennen, der in der Enquetekommission noch dazu alle Qualitäten eines zielorientierten Moderators erkennen lässt, der manch festgefahrene Situation mit unkonventionellen Beiträgen nach vorn konstruktiv auflöst. Es hat in sehr hohem Maße mit dem Fleiß unseres Sekretariats und der wunderbaren kreativen Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Volkskammerrede!)

Sabine Steffens, Dr. Jörg Mose, Dr. Christian Anders und Marc Steinbach zu tun.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihnen allen meinen ausdrücklichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Medienmacher, die unsere parlamentarische Arbeit begleiten, möchte ich eindringlich bitten, die Arbeit der Enquetekommission mit mehr Aufmerksamkeit zu begleiten.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Nachvollziehbarerweise sind etwa Berichte über akute Entscheidungen zum Verbleib beziehungsweise einer Schließung von Abteilungen an Krankenhausstandorten nicht nur aufsehenerregend, sondern auch von großer Wichtigkeit, keine Frage. Nicht minder spannend jedoch wären Informationen darüber zum Beispiel, wie die Gesundheitsversorgung der Zukunft konzipiert wird. Ich finde, journalistische Klasse beweist sich aus meiner Sicht eben darin, aus vermeintlichen Langweilthemen Neugier weckende und Bildung fördernde Nachrichten zu fertigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der Enquetekommission findet sich zu Letzterem ein weiteres Betätigungsfeld, beschäftigt sich doch dieses Gremium mit den Zukunftsfragen unseres Landes.

Zwei davon sind Gegenstand des vorliegenden Zwischenberichts, Mobilität einerseits sowieso, Gesundheit und Pflege andererseits. Beide verkörpern ganz verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, aber beide gehören zu den Kernthemen der Daseinsvorsorge. Für DIE LINKE ist gelingende Daseinsvorsorge Dreh- und Angelpunkt für selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Hinsichtlich der Mobilität ist dies so, weil etwa Mobilitätseinbußen einhergehen mit begrenzter Selbstständigkeit, und immer auch einen Verlust an Lebensqualität bedeuten. Hinsichtlich der Gesundheit ist es so, weil Gesundheit schlichtweg das höchste Gut eines jeden Menschen, quasi die Basis jedweder Lebensqualität ist. Sie zu erhalten und zu fördern, ist eine lebenslange Angelegenheit und Aufgabe für den einzelnen und eine beständige für die Gemeinschaft.

Aus Sicht der LINKEN wurden zum Themenbereich Mobilität wichtige innovative Vorschläge unterbreitet. Diese lassen sich zu drei zentralen Botschaften zusammenfassen. Die erste Botschaft lautet: Lasst uns Mobilität neu denken, lasst uns im öffentlichen Personenverkehr Strukturen, Zuständigkeiten, Abläufe und Finanzen auf neue Art und Weise so zusammenführen, dass wir ein attraktives Angebot für möglichst viele Menschen unterbreiten. Hierzu gehört, integrative öffentliche Verkehrssysteme zu entwickeln. Durch sie gelingt es, Hauptverkehrslinien mit Nebenlinien zu verbinden und zugleich Flächen zu erschließen, sodass sich über das gesamte Land ein umfassendes Netz ausbreitet. Durch sie gelingt es, den Einsatz von Bürgerbussen und Carsharing als alternative Bedienform voranzutreiben. Und zu ihnen gehört die Einrichtung von Mobilitätszentralen. Mobilität neu denken heißt für uns auch, die Rolle der kommunalen Ebene zu stärken, sodass es gelingt, im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer maßgeschneiderte Taktfahrpläne zu kreieren und auch Belange von Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen zu beachten. Nicht zuletzt heißt Mobilität neu denken, Parallelbedienungen auszuschließen und mobile Dienstleistungen der verschiedenen Anbieter miteinander zu vernetzen.

Unsere zweite Botschaft lautet: Lasst uns die Organisation und die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs neu strukturieren! In diesem Zusammenhang wollen wir flächendeckende Verkehrsverbünde einrichten. Hieraus ließen sich nutzbringende Effekte erzielen, etwa dass es möglich wird, zugleich ein Ticket fürs ganze Land schnell und unkompliziert via Mobilitätszentrale zu buchen, oder dass es eine deutlich verbesserte Anbindung an Metropolregionen geben wird. Eine Neustrukturierung und Bündelung von Finanzen würde unter anderem bedeuten, dass es in Fragen der Förderung künftig nur einen Zuwendungsbescheid je Aufgabenträger, also weniger Bürokratie geben wird.

Die dritte Botschaft liegt uns LINKEN ganz besonders am Herzen. Sie lautet: Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr. Damit verbunden ist der Anspruch, perspektivisch alle Neubauten barrierefrei zu gestalten, Haustürbedienung, Halten auf Wunsch und Bedarfshalte zu ermöglichen sowie Haltestellenkataster mit dem Ziel zu erarbeiten, Bedarfe zu erkennen und an künftig notwendigen Haltepunkten Barrieren weitestgehend abzubauen. Eine etwaige Förderung hierfür soll es auch dann geben, wenn die DIN-Norm nicht erreicht werden kann.

Wir freuen uns, dass sich die demokratischen Fraktionen unserem Vorschlag zu einem Gebot, die Belange mobilitätseingeschränkter und älterer Menschen bei jeglicher Verkehrsplanung zu berücksichtigen, angeschlossen haben. Eingang in die Empfehlung fand auch unsere Idee von einer weitergehenden streckenbezogenen Geschwindigkeitsbegrenzung vor allgemeinbildenden Schulen, Kitas sowie Alten- und Pflegeheimen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Blick auf die Zukunft gibt es kaum eine größere Herausforderung für unser Land als die Gewährleistung einer bedarfsgerechten, qualitativ hochwertigen Versorgung und Pflege. Neben der allseits bekannten Veränderung der Anzahl und der Struktur der Bevölkerung und der steigenden Lebenserwartung erleben wir gegenwärtig sich deutlich wandelnde Bedarfe medizinischer Versorgung aufgrund sich verändernder Krankheitsbildung und Multimorbidität, also das Phänomen, dass Patientinnen und Patienten jeweils zugleich an mehreren Erkrankungen leiden. Prägend für die Gegenwart ist auch der kulturelle Wandel in der Gesellschaft hin zur Interkultur mit all den Konsequenzen für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung. Und wir erleben den sich rasch vollziehenden medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritt mit all den wunderbaren Chancen auf Genesung beziehungsweise Gesunderhaltung, aber auch den Gefahren der Entfremdung und Entpersönlichung, wenn die Zeit für menschliche Zuwendung fehlt.

Wenn wir also Gesundheit und Pflege durchaus als einen als Zeitenwende zu bezeichnenden Prozess wahrnehmen, so stellt sich die Frage, wie wir ihm begegnen, ja mehr noch, wie wir ihn aktiv und vorausschauend gestalten wollen. Vornan steht aus unserer Sicht Prävention. Sie ist wegen ihrer Bedeutung für ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben und wegen ihrer langfristig gesehen kostensenkenden Wirkung der wichtigste Bereich innerhalb von Gesundheit und Pflege. Prävention kennt kein Alter. Sie beginnt mit familienzentrierter aufsuchender Arbeit in der Kindheit, teilweise auch schon schwangerschaftsbegleitend, also vor der Kindheit, und soll lebensbegleitend bis ins hohe Alter sein. Wir wollen, dass im Rahmen einer Präventi-

onsstrategie künftig massiv und gezielt in jede Form von Präventionsmaßnahmen investiert wird. Hierbei wird die Landesregierung klar in der Pflicht gesehen. Von ihr müssen Impulse für die gesellschaftliche Aufgabe Prävention ausgehen. Konkret geht es uns in diesem Zusammenhang unter anderem um Aktivitäten zur Gesundheitserziehung, gesunden Ernährung, Bewegungsförderung und Suchtvorbeugung.

Die Enquetekommission hatte keine Scheu, heiße Eisen anzufassen. Ein solches ist die Beantwortung der Frage nach der Zukunft der Krankenhäuser im Land. Wir haben uns klar für ein stabiles Netz der stationären Grund-, Regel- und Maximalversorgung ausgesprochen. Die kleinen Krankenhäuser sehen wir als Versorgungsanker der gesundheitlichen Versorgung in der Fläche. Während auf Bundesebene auf den Abbau von stationären Kapazitäten hingearbeitet wird, gehen wir einen anderen Weg, den Weg von Kooperation der Krankenhäuser über Trägergrenzen hinweg, den Weg zunehmender Vernetzung mit den Angeboten der ambulanten Versorgung und den Weg der medizinischen Spezialisierung. Auf diese Weise entwickeln sich Krankenhausstandorte zu lokalen Gesundheitszentren.

Die Enquetekommission hat auf unseren Vorschlag hin auch die Überlegung zur Rekommunalisierung von Krankenhäusern in die Handlungsempfehlungen aufgenommen. Gleiches gilt für die Harmonisierung der Notfallversorgung, also das Beschreiten korrekter Versorgungspfade, einer angemessenen Struktur und einer kompatiblen Ausstattung von Leitstellen und landesweit einheitlichen Standards zur Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Leitstellen. Gleiches gilt für die Versorgung und Betreuung demenziell erkrankter Menschen und Gleiches gilt für die Telemedizin.

Übrigens, was dies betrifft, so hatte sich in der vergangenen Woche der Finanzausschuss vor Ort von der Kooperation zwischen der Uniklinik Greifswald mit dem Sana Krankenhaus in Bergen überzeugen können. Bekannt ist auch das um die Hochschule Stralsund aufgebaute Radiologienetzwerk, welches 16 Radiologen, ein MVZ und mehrere Krankenhäuser umfasst. Von sich reden gemacht hat auch das Telemedizinnetz der POMERANIA. Sie alle sind jedoch lediglich Insellösungen. Mit großen Erwartungen sehen wir deshalb dem von der Enquetekommission empfohlenen Zukunftsprogramm Telemedizin entgegen, geht es doch hierbei um weiterführende Forschung und wissenschaftlichen Austausch, geht es doch um telemedizinische Netzwerke der Notfallversorgung und nicht zuletzt um den Einstieg von Hausärzten in die vernetzte digitale Behandlung.

Mit Blick auf die zunehmend älter werdende Bevölkerung sind natürlich auch die Bereiche Geriatrie und Palliativmedizin sowie die hausärztliche Versorgung von besonderer Bedeutung. So soll unter anderem die geriatrische Komplexbehandlung künftig flächendeckend bedarfsgerecht und wohnortnah eingerichtet werden. Das Medizinstudium muss stärker als bisher die Bereiche Allgemeinmedizin und Geriatrie umfassen und das praktische Jahr soll zeitweise bei einem niedergelassenen Arzt in der Fläche absolviert werden. Und auch die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege muss durch attraktive Arbeitsbedingungen und eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur unterstützt werden. So würden sich zugleich junge Fachkräfte für Mecklenburg-Vorpommern entscheiden, meinen wir.

In der Pflege sprechen wir uns für eine flächendeckende Versorgung auch im ländlichen Raum aus. Dies kann gelingen unter anderem durch neue Modelle des Zusammenwirkens von medizinischer Versorgung und Pflege, sowohl ambulant als auch stationär. Abgestimmt hiermit gehören auch Rettungsdienste und andere Hilfsorganisationen in das umfassende Netz der künftigen Pflegelandschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren, aufmerksam machen möchte ich auf das Sondervotum der LINKEN zum Themenbereich „Gesundheit und Pflege“. Die von allen demokratischen Fraktionen getragenen Handlungsempfehlungen sind derartig anspruchsvoll, dass sie nur verwirklicht werden können, wenn dreierlei vorausgesetzt werden kann: engagierte Akteure in allen relevanten Bereichen von Gesundheit und Pflege,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

eine sich den Handlungsempfehlungen verpflichtende ambitionierte Landespolitik und eine adäquate bundespolitische Rahmensetzung. Was diese betrifft, so haben wir in unserem Sondervotum noch einmal deutlich gemacht, dass DIE LINKE für eine solidarische Gesundheitsversicherung plädiert, die die Pflege mit einschließt. Wir haben auch deutlich gemacht im Sondervotum, was wir darunter verstehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wichtig war uns, in dem Sondervotum darüber hinaus noch mal den Zusammenhang von Armut und Gesundheit zu thematisieren. Hierzu haben wir uns geäußert und im Sondervotum auch deutlich gemacht, warum dies so ist, und das mit Fakten untersetzt.

Ein dritter Punkt, der uns sehr am Herzen lag und liegt – deswegen hat er auch Eingang gefunden in das Sondervotum –: Wir hatten beim Durchsehen des Pressespiegels auch dieser Tage, vorgestern, einen Bericht dazu von der Barmer, von der Kassenärztlichen Vereinigung, die darauf hingewiesen haben, dass circa 49 Prozent der Arztpraxen im Land barrierefrei sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja.)

In der Meldung, die uns dann vorlag, ist darauf hingewiesen worden, dass das bundesweit ein Spitzenwert ist. Also das mag unbestreitbar so sein, aber wenn man sich die Zahlen anschaut, ist mehr als die Hälfte eben nicht barrierefrei. Und wenn man bedenkt, dass wir eine freie Arztwahl haben, die selbstverständlich sein soll in unserem Gesundheitssystem, in unserer Gesellschaft, dann ist davon auszugehen, dass angesichts dieser Zahlen diese freie Arztwahl für mobilitätseingeschränkte, für ältere Menschen, für Menschen mit Handicap so nicht realisiert werden kann. Deshalb haben wir uns dazu auch mit Verweis auf die UN-Behindertenrechtskonvention und Artikel 25 im Sondervotum geäußert.

Und last, but not least, haben wir im Sondervotum deutlich gemacht, wir hatten unter den demokratischen Fraktionen einen Dissens, was der Einsetzungsbeschluss, also „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, umfasst. Gehört dazu auch, die Situation von Heranwachsenden, von Kindern und Jugendlichen mit in den Blick zu nehmen? Wir haben das bejaht,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja bei Mobilität auch so.)

weil das eine mit dem anderen natürlich zusammengehört. „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ umfasst ja alle hier lebenden Menschen und insofern haben wir Fragen der Kindergesundheitsziele und die Notwendigkeit der Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen auch zum Gegenstand unseres Sondervotums gemacht.

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend möchte ich ganz gern noch mal etwas sagen zu einer Initiative, die wir im vergangenen Sommer gestartet haben. Wir hatten seitens der LINKEN den Vorschlag gemacht, bereits vor Abschluss der Arbeit der Enquetekommission mit der Umsetzung, mit der Einführung von Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen, die bereits beschlossen wurden, zu beginnen, und zwar noch in dieser Legislaturperiode. Das bot sich förmlich an, weil wir ja gerade Ende des vergangenen Jahres noch den Haushalt, den nunmehr laufenden Haushalt behandelt haben. Leider fanden wir hierfür keine Mehrheit, gleichwohl wäre es aus unserer Sicht nach wie vor angebracht, die Idee einer Implementierungsphase, darum ging es dabei, weiterzuverfolgen, da viele Handlungsempfehlungen – der Vorsitzende hat es gesagt – im Konsens entstanden sind, letztendlich hier ein Votum gefunden haben und hoffentlich heute auch, davon gehen wir aus, Bestätigung finden. Sie verdienen es, zeitnah umgesetzt zu werden und in Angriff genommen zu werden. Und das Gute an der Sache ist, wir müssten uns an dieser Stelle nicht mehr lange streiten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nö.)

wir haben ja einen Grundkonsens erzielt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Den Fahrplan haben wir.)

Genau, Frau Gajek, den Fahrplan haben wir.

Wir würden also nicht mehr über das Ob streiten, sondern über das Wie, und das ist doch schon mal eine gute Voraussetzung.

Schließen möchte ich mit der Erkenntnis, dass Pessimisten in jeder Chance ein Problem sehen, Optimisten hingegen sehen in jedem Problem eine Chance. Die Enquetekommission bewies und beweist Optimismus. Demografischer Wandel, den es im Übrigen immer gegeben hat, ist als eine Chance zu begreifen. Lassen Sie uns also Optimisten sein! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert für die Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Vorstellung des letzten Zwischenberichtes der Enquetekommission sind nun knapp anderthalb Jahre ins Land gegangen. Das zeigt vor allem eins: Die Gespräche, insbesondere zu den Handlungsempfehlungen, die aus vielen Anhörungen und Expertisen resultieren, waren

sehr zeitaufwendig. Zunächst mussten Grundlagenexpertisen erarbeitet und Anhörungen in der Kommission ausgewertet werden. Das hatte Gespräche auf Arbeitsebene zur Folge und aus ihnen resultieren dann Handlungsempfehlungen. Bei einigen solcher Handlungsempfehlungen wurden sich alle Fraktionen sehr schnell einig. Das Lift- und Aufzugsprogramm, das 2013 von der CDU-Fraktion initiiert wurde

(Rainer Albrecht, SPD: Na, na, na, na!)

und dessen Verstetigung der letzte Zwischenbericht 2014 forderte, war ein solcher Fall.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorsicht, Vorsicht!
Immer schön bei der Wahrheit bleiben! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Und es gibt Handlungsempfehlungen, bei denen der kleinste gemeinsame Nenner aller Fraktionen herausgearbeitet werden muss.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, da wart ihr ja immer der Bremsklotz.)

Ja, vielen Dank, Frau Gajek.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Man muss immer bei der Wahrheit bleiben.)

Wir werden darauf heute vor allem im Bereich der Empfehlungen zu Alter, Gesundheit und Pflege, aber auch hinsichtlich der Sondervoten zu sprechen kommen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, dann werden wir mal zuhören.)

Ja.

Auch ich möchte heute eingangs die Gelegenheit nutzen, um mich bei der Arbeitsebene der Fraktionen zu bedanken, bei den Externen, beim Enquetebüro und auch bei den Referenten, die uns durch die umfangreichen Berichte, Stellungnahmen und deren Fußnoten manövriert haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ein wenig ins Detail gehen, aufgezählt wurde ja schon einiges.

Die in der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ vorgestellte Expertise der HGC, der Hamburger GesundheitsConsult GmbH, zur Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat für viel Verunsicherung im Land gesorgt. Die CDU-Fraktion hat am Tag der Befassung der Kommission mit eben diesem Gutachten darauf hingewiesen, dass selbst die effizienteste Neubestimmung der Krankenhauslandschaft die soziale Funktion von Krankenhäusern nicht ersetzen kann.

Klar ist zunächst eins: Dem Ausscheiden vieler Fachkräfte im medizinischen und pflegerischen Bereich steht ein wachsender Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen in einer älter werdenden Bevölkerung gegenüber. Vor allem aufgrund des demografischen Wandels ändert sich zudem die Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Leistungen. Sicherlich machen diese

Entwicklungen mittel- und langfristig auch eine Neubeurteilung zum Beispiel der kleinen Krankenhäuser notwendig. Das bedeutet, es wird nicht mehr in jedem Krankenhaus jede Spezialisierung vorgehalten werden können, aber für uns ist dennoch wichtig, dass alle Klinikstandorte, wie auch immer sie dann heißen mögen, in unserem Land erhalten bleiben und wir somit eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Regionale Kooperationen, also das Miteinander und nicht das Gegeneinander, können hier hilfreich sein. Die Kooperation zwischen dem Ludwigsluster Helene von Bülow Klinikum und den Helios Kliniken in Schwerin im Bereich der Kardiologie sei hier als Beispiel genannt. Solche Kooperationen müssen unterstützt werden.

Die Expertise aber nannte das in Dänemark eingeführte Konzept der Superkrankenhäuser in Ballungsräumen als zukunftsweisend, um den finanziellen Herausforderungen zu begegnen. Hier werden dann möglichst viele hochwertige Behandlungen unter einem Dach ausgeführt. Das ist ohne Frage ein Extrembeispiel, aber es veranschaulicht sehr gut, in welche Richtung die Gedankengänge zu verorten waren. Nun ist die Enquetekommission dafür da, solche Ideen zu diskutieren. Ich befürchte aber, dass solcherlei Ideensammlungen kaum auf die Realität unserer Krankenhauslandschaft übertragen werden können. Das haben wir in den Diskussionen zu den Handlungsempfehlungen auch deutlich gemacht, denn klar ist doch, dass insbesondere dieses Konzept, sagen wir, eine Konzentration auf zwei oder drei Häuser – vielleicht Greifswald, Rostock und Schwerin –,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber Neubrandenburg noch.)

hier im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern die Grund- und Regelversorgung im ländlichen Raum gefährdet. Wir wollen aber, dass die Grund- und Regelversorgung in jeder Region des Landes und nicht nur in den Oberzentren gewährleistet bleibt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich glaube, das wollen alle, Frau Friemann-Jennert.)

Besonders für Mecklenburg-Vorpommern ist das ein wichtiger Baustein, denn kein Superkrankenhaus wird diese Aufgabe stemmen können, vor allem in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern wäre das fatal für die Bevölkerung, die auf dem Land wohnt. Und deswegen muss an der wohnortnahen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auch im ländlichen Raum festgehalten werden.

Hierfür spielen neben der Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften auch Initiativen der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene eine Rolle. Die Versorgungslandschaft darf dabei nicht nur auf Marktwirtschaftlichkeit und wirtschaftliche Zwänge heruntergebrochen werden, keine Region darf abgehängt werden. Es war wichtig, dass die Enquetekommission den sinnvollen Erhalt auch kleiner Krankenhäuser vor die Klammer jeder Umstrukturierungsüberlegung gesetzt hat. Insbesondere unserem Koalitionspartner bin ich dankbar für diesen Kompromiss.

Meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört, dass es in dem Papier auch Kompromisse gibt, die einen etwas anderen Geist atmen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Ja, ich nenne Ihnen heute nur exemplarisch die Empfehlung zu der Rekommunalisierung. Während der Verhandlung wurde zum Beispiel die Rekommunalisierung der Krankenhauslandschaft vehement eingefordert. Ehrlich gesagt halten wir dies aber eigentlich für eine illusorische Forderung. Sie lässt nämlich den wirtschaftlichen Druck der Krankenhäuser, sprich Finanzierung über DRG beziehungsweise Krankenkassen und vor allem die Kommunen des Landes außer Acht. Weil wir uns hier nicht ganz einig werden konnten, wurde die Forderung nach einer Rekommunalisierung an sehr hohe Voraussetzungen geknüpft. Die Möglichkeiten der Rekommunalisierung sollten zunächst geprüft werden. Erst im kaum zu erwartenden Fall eines positiven Votums dieser Prüfung soll eine Unterstützung in Erwägung gezogen werden.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt etwas detaillierter über die Krankenhauslandschaft gesprochen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nun kommen Sie mal zur Mobilität!)

aber das ist nur ein Themenfeld. Ein ebenfalls wichtiger Bereich ist die Pflege im Alter. Unser einvernehmliches Ziel ist es, dass ältere Menschen auch bei gesundheitlichen Einschränkungen so lange wie möglich eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben können, und zwar nach Möglichkeit in den eigenen vier Wänden. Natürlich werden die Leistungen der Pflegeversicherung danach auszurichten sein. Daneben ging es im Bereich der Pflege aber wiederum auch um strukturelle Fragen, etwa wie die Pflegestützpunkte so verstärkt und weiterqualifiziert werden können, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben in der Fläche überhaupt erst umsetzen können. Und es stellt sich die Frage, wie dem wachsenden Fachkräftbedarf, den es ja nicht nur im medizinischen Bereich gibt und auf den die Handlungsempfehlungen dort auch eingehen, begegnet werden kann.

Genau wie im medizinischen steht auch im pflegerischen Bereich eine stagnierende beziehungsweise abnehmende Zahl an Fachkräften einer aus dem demografischen Wandel resultierenden Zunahme der Anzahl der Patienten und zu Pflegenden gegenüber. Es ist nach meiner Einschätzung von besonderer Bedeutung, dass wir einerseits an Vergütungsgerechtigkeit appellieren und zukünftigen Pflegefachkräften andererseits Karriereoptionen aufzeigen. Das schafft Anreize. Es wirkt motivierend auf diejenigen, die eine Pflegeausbildung in Erwägung ziehen. Dafür bedarf es mittelfristig aber der Veränderung des Aus- und Weiterbildungssystems, zum Beispiel im Hinblick auf dessen Durchlässigkeit und modularen Aufbau.

In diesem Zusammenhang sei auf die Reform der Pflegeausbildung auf Bundesebene verwiesen. Wir brauchen Durchlässigkeit von der Pflegehilfs- oder Assistenzkraft bis zum akademischen Bereich. Eine gemeinsame Ausbildung medizinischer und pflegerischer Berufe entspricht hingegen nicht dem mehrheitlich vorgetragenen Ansinnen in der Anhörung vor der Enquetekommission. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die generalisierte Pflegeausbildung. Das ist bereits auf dem Weg, aber eine Abgrenzung der Diagnostik, Therapie und Rehabilitation zur Heilkunde ist nicht Teil der Empfehlungen. Und auch bei der Etablierung und Weiterbildung pflegerischer Studiengänge, zum Beispiel an Hochschulen mit Promotionsrecht, darf die besonders wichtige Praxisorientierung nicht vernachlässigt werden.

Meine Damen und Herren, zum Bereich der Handlungsempfehlungen Alter, Gesundheit und Pflege sei abschließend gesagt, dass es für den Abschlussbericht darauf ankommen wird, die überaus komplexen Verhandlungsergebnisse auch im Hinblick auf aktuelle Gesetzgebungen wie dem Pflegestärkungsgesetz 2 oder dem Hospiz- und Palliativgesetz zu aktualisieren. Darauf haben wir uns während des Beschlusses zu dem Zwischenbericht in der Enquetekommission auch verständigt.

Lassen Sie mich bitte auch einige Sätze, meine Damen und Herren, zu den Empfehlungen zum Themenbereich „Mobilität im Alter“ sagen. Mobilität ist eine wichtige Grundvoraussetzung für ein selbstständiges Leben im Alter. Sie macht gesellschaftliche Teilhabe und soziale Aktivitäten erst möglich. Auch hier liegen jedoch die Zwänge auf der Hand, denn bei einer ohnehin vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte wird es durch die Bevölkerungsentwicklung immer schwieriger, wirtschaftliche Mobilitätsangebote vorzuhalten. Parallel dazu gehen die Zuweisungen von Bund und Europäischer Union zurück. Das macht Mobilitätskonzepte erforderlich, die sich durch niedrige finanzielle Aufwendungen und hohe Anpassungsfähigkeit auszeichnen.

Ziel ist eine dichte Flächenerschließung. Dabei müssen vor allem auch Mittelzentren, Grundzentren und jene Orte, die als Knotenpunkte im ÖPNV-Netz dienen, berücksichtigt werden. Zudem können Mobilitätszentralen Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs und verschiedene Personenverkehrsdienste, sprich Krankenfahrten, Behindertentransporte sowie private Mitfahrgelegenheiten, koordinieren bei entsprechender organisatorischer und rechtlicher Begleitung. Die Presse hat das gestern und heute auch schon vermeldet.

In den Handlungsempfehlungen geht es vor allem darum, Senioren die Angst vor Ausgrenzung bei der Mobilität zu nehmen. Eine alternde Bevölkerung macht es daher erforderlich, die Belange mobilitätseingeschränkter und älterer Menschen stärker als bisher zu berücksichtigen. Dafür müssen zum Beispiel Einstiegsstellen inklusive der Zuwegung im ÖPNV barrierearm gestaltet werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war ja auch ein Diskussionspunkt.)

Auch sind die Belange von Menschen mit Behinderungen und mobilitätseingeschränkter Menschen bei entsprechenden Ausschreibungen für Leistungen im ÖPNV zu berücksichtigen. Gleichzeitig weisen wir mit den Handlungsempfehlungen auf den wesentlichen Beitrag von Senioren und Seniorinnen zur Verkehrssicherheit hin. Das war uns ein sehr wichtiges Anliegen. Fest steht nämlich eines: Die über 65-Jährigen sind laut Verkehrsbericht des Innenministeriums und aktuellen ADAC-Statistiken im Bereich der Unfallverursacher deutlich unterrepräsentiert. Allein deswegen lehnen wir eine obligatorische Eignungsuntersuchung für ältere Autofahrer auch strikt ab. Ich sehe in solchem Ansinnen eine Diskriminierung Älterer, die ansonsten aber zu jeder haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeit stärker einbezogen werden sollen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und was ist mit den 16-Jährigen?)

Ich komme gleich darauf, Frau Gajek.

Es ist wichtig, dass dies auch in die Handlungsempfehlungen Eingang gefunden hat.

Und jetzt, Frau Gajek, auch dazu, wenn Ihnen das so wichtig ist. Eine Forderung der CDU-Fraktion, nämlich ...

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nee, euch war das wichtig.)

Das hier noch mal zu hören, das meine ich.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach so!)

Eine Forderung der CDU-Fraktion, nämlich die Absenkung des Mindestalters für das begleitete Fahren – das will ich hier noch mal betonen – von 17 auf 16, findet sich dankenswerterweise in dem Papier wieder. Diese Forderung wurde nicht nur verbandsseitig zum Beispiel vom Fahrlehrerverband oder vom Landesjugendring begrüßt. Sie fand mittlerweile auch Eingang in ein Programmpapier der Jungen Union Mecklenburg-Vorpommern und darüber freuen wir uns.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Dürfen sie dann mit 16 auch gleich
wählen, wenn sie fahren dürfen?)

Wir erhoffen uns nämlich positive Effekte auf den Mitnahmeverkehr in ländlichen Regionen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Mitnahmeeffekt.)

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem begleiteten Fahren ab 17 halten wir dies vor allem aber auch für einen Beitrag zur Verkehrssicherheit.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir können
ja auch begleitetes Wählen machen.)

Wir sollten nun entsprechende Modellversuche in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wie auch in Mecklenburg-Vorpommern intensiv beobachten und daraus unsere Schlüsse ziehen.

Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir auch noch einige Anmerkungen zu den Sondervoten der Opposition.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na, los jetzt!)

Ja.

Ich sprach hinsichtlich der heute zu verabschiedenden Handlungsempfehlungen einleitend vom kleinsten gemeinsamen Nenner und wir haben auch sehr viel Einigkeit erzielt. Die Sondervoten der Opposition sind aber kein kleinster gemeinsamer Nenner, sie sind Maximalforderungen, und doch müssen sie sich am Ende an der Realität messen lassen.

(Michael Silkeit, CDU: Aber
den GRÜNEN passiert das nie.)

Dass wir dem Inhalt der Sondervoten nicht zustimmen würden, ist ja schon eine Konsequenz aus den Gesprächen zu den Handlungsempfehlungen. Die Sondervoten

sind Vorschläge zu Handlungsempfehlungen der Opposition, denen wir auch nicht zustimmen wollten. Ich möchte Ihnen nur exemplarisch aufzeigen, nach welcher Logik diese Handlungsempfehlungen gesetzt sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, nun bin ich gespannt.)

Man nehme zum Beispiel eine Handlungsempfehlung, die vielleicht sogar tagespolitisch realistisch ist, und setzt dann noch so viel obendrauf, dass die Regierungsfractionen mit gutem Gewissen auch nicht mehr mitgehen können. Die Krankenkassenskarte für Asylbewerber, ein Sondervotum der GRÜNEN, ist ein solcher Fall. Diese Gesundheitskarte für Asylbewerber wird in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Sie wird eingeführt, weil es zu einer Entlastung der Sozialämter und besseren Versorgung der Asylbewerber beiträgt. Das ist mit Augenmaß gemacht worden.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen gleichberechtigten Zugang zu Entgeltersatzleistungen zum Beispiel lehnen wir aber ab. Es könnte fatal für unser Versorgungssystem sein

(David Petereit, NPD: Der Rest auch schon.)

und ist sicherlich auch vertraglich zu regeln.

(Udo Pastörs, NPD: Was?!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine andere Logik der Sondervoten greift alte Landtagsanträge auf und bringt sie durch die Hintertür in die Enquetekommission.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Insbesondere die LINKEN haben viel Sympathie für diese Herangehensweise entwickeln können und ich könnte Ihnen auch die Beispiele dazu nennen. Herr Koplin hat sie selbst genannt, deswegen will ich das jetzt nicht wiederholen.

Ich möchte zum Schluss kommen und noch einmal sagen oder noch mal bemerken, inzwischen haben sich aufgrund der gegebenen Handlungsempfehlungen, die medial ja auch schon gelaufen sind, viele Firmen, Vereine, Verbände, Bauträger, alles Mögliche auf den Weg gemacht, um diese Dinge umzusetzen. Also es ist ein Stück weit schon im Fluss und das begrüße ich sehr.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wird ja auch Zeit, ne? –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Zeit wird es sicherlich, Frau Gajek, das kann man so in den Raum stellen.

Also ich betone das noch mal, es haben sich viele aufgemacht. Wenn ich zum Beispiel Herrn Blank höre, wenn er sagt, im Wohnungsbau passiert irgendwas

(Udo Pastörs, NPD: Irgendwas passiert. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

oder die Verkehrsunternehmen sagen zum Beispiel, dass sie sich darauf eingestellt haben, selbst in den Kommu-

nen, in den Stadtvertretungen, in den Gemeindevertretungen wird darüber diskutiert, dann ist das doch eine gute Sache.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben das doch alles so kleingeredet!)

Also es heißt ja nicht, dass wir im Moment auf der Stelle stehen, sondern es ist bereits auf dem Weg. Das möchte ich wirklich noch mal betont haben. – Und damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Friemann-Jennert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gajek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja jetzt viel gesagt worden und ich denke, man muss, wenn man in so einer Enquetekommission arbeitet, sich schon Gedanken darüber machen, wie ich mir ein Land 2030 vorstelle, mein Bundesland, meine Heimat.

(Udo Pastörs, NPD: Sag bloß!)

2030 bin ich 68 Jahre alt und letztendlich kann ich jetzt mitbestimmen.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Jetzt siehst du Herrn Renz rechnen.)

Wie bitte?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Er rechnet
jetzt. – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Wir alle haben dann möglicherweise dieses Alter, das ist die Zeit der Babyboomer. Aber es ist schon eine interessante Frage und ich finde, dass gerade die Enquetekommission hier gezeigt hat, dass sie interdisziplinär aufgestellt ist, dass die Themen ein Anfang sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und, Herr Pastörs, Ihre Fraktion hat doch nun wirklich mit Schweigen dort gesessen. Wenn Sie mal da sind, kommen nichts als Hetze, die Neiddebatte oder unqualifizierte Beiträge.

(Michael Andrejewski, NPD: Also noch
unqualifizierter als Sie geht ja gar nicht. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte darum bitten, hier endlich mal die Klappe zu halten, weil das wirklich nervt, denn es ist nicht konstruktiv, und immer wieder darüber hinwegzugehen,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

ist einfach nur noch peinlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Udo Pastörs, NPD: Lassen Sie
Ihre Phrasen los! Null Substanz.)

Aber das, was gesagt werden muss, die Enquetekommission mit dem doch sehr eigenen Herrn Heydorn, der immer wieder versucht, auch die unterschiedlichen Visionen zusammenzubringen – da bedanke ich mich für seine manchmal sehr erfrischende Art, die er dann hat.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Frau Friemann-Jennert, ich bin ein bisschen irritiert,

(Udo Pastörs, NPD: Was?!)

dass Sie jetzt das Votum der Enquetekommission kleinreden, weil ich habe das so empfunden, dass Sie nicht gerade mit Kreativität dahergekommen sind

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Michael Andrejewski, NPD: Oh! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

und viele Dinge, wie die Bürgerversicherung zum Beispiel, außen vor gelassen haben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Begleitetes Fahren mit 16.)

Wenn Sie das dann als kleinsten gemeinsamen Nenner nehmen, na ja, gut, da konnten wir uns nicht durchsetzen. Das Sondervotum gibt es, das Recht gibt es, und ich finde nicht, dass man sich dafür rechtfertigen muss,

(Zuruf von Heino Schütt, CDU)

sondern das ist eine, denke ich, Auseinandersetzung, die fair gelaufen ist. Das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner ja schon gesagt. Ich denke, es gibt einfach unterschiedliche Visionen für das Bundesland, unterschiedliche Prioritäten, und dem sind wir gerecht geworden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Liskow, Sie waren doch gar nicht dabei, da würde ich mal den Mund halten. Zuhören ist auch eine Qualität, insbesondere wenn Sie hören,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

dass wir in einer Gesellschaft leben, wo wir uns zukünftig kümmern wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Mit beschränkter Haftung.)

und das hat Herr Heydorn ja hier dankenswerterweise gesagt.

Das, was aber immer wieder deutlich wird, gerade in den Verhandlungen der Enquetekommission, auch in den Gutachten, ist, dass ein Blick nur auf die ältere Gesellschaft mit dem Blick von heute natürlich einer ist, der sehr kurz gefasst wird.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Deshalb haben wir uns ja auch seinerzeit bei der Einsetzung dafür ausgesprochen, diese Enquetekommission eben intergenerativ zu sehen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

also nicht nur auf eine Generation fokussiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das, was wir aber geschafft haben, ist letztendlich, in Teilen der Politik ein Umdenken hinzukriegen, dass nicht nur in dem einzelnen Bereich geguckt wird, wir haben zum Teil Bereichsegoismen, das ist so, das erleben wir hier fast jeden Tag bei der Landtagssitzung, sondern dass dafür geworben wird, über den Tellerrand ein Stück weit rüberzugucken. Ich glaube, das ist uns in Teilen gelungen, und ich würde mir wünschen, dass auch in den Fraktionen die Ergebnisse noch mal ausgewertet werden und wir uns vielleicht darauf einigen können, einige Dinge doch noch vor der Wahl umzusetzen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte anfangen bei dem Bereich der Mobilität, der für uns als Bündnisgrüne ein sehr wichtiger ist. Ich finde, dass wir sehr viele Punkte als Bündnisgrüne umgesetzt haben, also sie sind in das Hauptvotum mit eingeflossen. Es ist schon auf einige Punkte eingegangen worden und ich würde einige noch mal aus Bündnisgrünen-Sicht spezifizieren.

Es ist hier gesprochen worden von dem Barriereabbau. Wir haben da ganz viel diskutiert und es gibt immer die Diskussion, können wir alles barrierefrei machen, wie DIE LINKE das möchte. Die CDU hatte hier von Barrierearmut gesprochen, das war eine harte Diskussion. Ich bedaure das auch, dass die UN-Behindertenrechtskonvention nicht ins Hauptvotum eingeflossen ist. Da gab es, wie gesagt, die Bremsklötze, aber die Frage ist doch, was der pragmatische Barriereabbau ist. Herr Koplin hat darauf hingewiesen, wie barrierefrei die Polikliniken oder die Arztpraxen sind. Das ist fast die Hälfte. Da ist natürlich noch mal zu gucken, in welchen Bereichen ist es, gibt es dort weiße Flecken, gibt es das möglicherweise auch in den unterschiedlichen Professuren. Aber die Frage ist, wenn ich jetzt noch mal auf die Mobilität zurückkomme, was mir eine Barrierefreiheit nützt, wenn da kein Bus mehr fährt. Also ich denke, es geht tatsächlich darum, perspektivisch einen pragmatischen Barriereabbau umzusetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da sind wir uns auch alle einig gewesen und wir haben das Haltestellenkataster mit in die Handlungsempfehlungen einbringen können. Darum haben wir gerungen und das ist gut so. Aber dieses Haltestellenkataster ist ja nicht nur für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen da oder für Ältere. Also ich denke schon, dass wir auch immer noch ein Land für junge Menschen sind, dass Kinderwagen und -karren nach wie vor auf unseren Straßen sind, und von daher würde ich den Barriereabbau nicht nur für die ältere Generation sehen, sondern für alle.

Ein zweiter Teil – der ist hier auch schon genannt worden – ist die ÖPNV-Reform, und da haben wir uns für ein dreistufiges Landesnetz eingesetzt, das sind die Hauptlinien, die Nebenlinien und die Flächenerschließung. Ein dichter integraler Taktplan – das muss man immer wieder sagen – ist eingeflossen in die Handlungsempfehlungen und von daher sind bestimmte Entwicklungen in unserem Land damit nicht vereinbar.

Das, was uns auch wichtig war, ein landeseinheitliches Tarifsystem, ist vorhin schon benannt worden, dass ich

mit einer Fahrkarte und einer guten Anbindung von Schwerin nach Usedom komme und auch wieder zurück. Und warum ging das nicht früher? Das sind so Dinge, die müssen hier noch mal erfragt werden, und natürlich auch: Wie können wir diese perspektivisch umsetzen?

Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass es eine wesentliche Strukturveränderung gibt, nämlich im Umbau der Verkehrsgesellschaft. Sie wissen alle, wie schwierig das ist, das hat Frau Friemann-Jennert hier gesagt, das ist auch von Herrn Koplin und von Herrn Heydorn ...

(Die Abgeordnete Silke Gajek
verschüttet ihr Wasserglas. –
allgemeine Unruhe –
Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Minister Dr. Till Backhaus: Mann, Mann, Mann!)

Oh Gott!

(Julian Barlen, SPD: Hat mal einer einen Feudel? –
Udo Pastörs, NPD: Machen Sie
mal ein bisschen langsam!)

Wie? Alle aufgewacht, ne?

(Udo Pastörs, NPD: Fang mal an
zu putzen, Mädels! Mach mal sauber!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich möchte Sie bitten, solche Äußerungen zu unterlassen.

(Udo Pastörs, NPD: Warum denn?)

Weil Frau Gajek nicht Ihr „Mädel“ ist, sondern Abgeordnete dieses Hauses. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ich hab
nicht gesagt, dass es mein Mädel ist.
Das schließt sich schon aus.)

und diskutieren Sie darüber nicht! Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So, dann steige ich wieder ein. Alle sind jetzt wach.

Also wir haben uns dafür eingesetzt, wesentliche Strukturveränderungen umzusetzen, den Umbau der Verkehrsgesellschaften, und Sie wissen alle, wie schwierig immer die Verkehrsverbünde miteinander agieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist hier diskutiert worden, inwiefern perspektivisch Mobilitätszentralen aufgebaut werden. Das ist ein Stück weit Vision und die Frage ist natürlich: Wie können wir das umsetzen?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es ist ein großer Punkt genannt worden, nämlich eine Beteiligungskultur auf den Weg zu bringen. Ich denke, das ist ganz wichtig, gerade wenn wir in vielen Bereichen doch von einem Umbau sprechen. Und da ist angeregt worden, Mobilitätskonferenzen umzusetzen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und zwar mithilfe eines Dorf- und Regionalmanagements.

Möglicherweise, Herr Pastörs, haben Sie die Handlungsempfehlungen nicht gelesen – so kann ich das nur ableiten – und können, weil Sie keine Ahnung haben, hier nur durch unqualifizierte Zwischenrufe punkten.

(Michael Andrejewski, NPD:
Genauestens studiert.)

Das, was für uns aber wichtig war,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

war die Vision einer elektromobilen und hoch automatisierten Flächenerschließung. Darüber haben wir sehr viel diskutiert und ich bin sehr froh, dass wir das haben reinbringen können in die Handlungsempfehlungen, um sich auch die Gedanken zu machen über ein kommunales Carsharing-System. Das sind doch Sachen, die in einzelnen Städten funktionieren.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, da ist noch viel Nachholbedarf in meiner Landeshauptstadt Schwerin, aber das ist die Perspektive, wie wir hier ein intelligentes System zwischen Individualverkehr, ÖPNV und SPNV hinkriegen, denn ich denke, und das wissen wir heute schon, dass sich sehr viel geändert hat und wahrscheinlich sich noch ändern wird

(Udo Pastörs, NPD: Sehr weise.)

mit einer Generation, die dann wie wir 2030 68 ist.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist auch diskutiert worden, und das ist heute noch Utopie, fahrerlose und ökologisch sowie ökonomisch nachhaltige Mobilität mit dem ÖPNV-Tarif frei Haus zu bestellen.

(Egbert Liskow, CDU:
Das sind nur Allgemeinplätze. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das sind Dinge, wo ich denke, wir haben vorhin gehört von Frau Friemann-Jennert, dass es eben keine Eignungsprüfung für Ältere gibt, aber möglicherweise gibt es irgendwann Autos, die allein fahren. Auch das muss heute mit bedacht werden, damit wir morgen noch mobil sind.

Ich finde es aber dennoch nicht nachvollziehbar, dass die Streckenschließung der Südbahn – und damit haben Sie gerechnet, dass das jetzt kommt – vorangebracht wurde, obwohl wir uns in der Enquetekommission geeinigt haben. Und da möchte ich zitieren aus der Handlungsempfehlung, Seite 37: „Ein weiterer Abbau im Bereich des SPNV muss mindestens bis zur Umsetzung der hier empfohlenen Reform des ÖPNV vermieden werden, um flexibel auf zukünftige Bedarfe reagieren zu können.“ Das ist konträr und geht beides nicht zusammen. Deshalb kann ich nur immer wieder an den Energieminister und Infrastrukturminister appellieren, das rückgängig zu machen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das zweite fatale Signal waren die neuen Winterfahrpläne. Also die werden dem Hauptvotum in keiner Weise gerecht und dann fühlt man sich manchmal in der Enquetekommission schon so ... Wir haben sehr viel Schlaues aufgeschrieben, wir haben uns wirklich Gedanken gemacht,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

wir haben mit der CDU gerungen, mit der SPD und der LINKEN, das haben wir gemacht. Die Frage ist aber tatsächlich, was kommt am Ende dabei raus,

(Torsten Renz, CDU: Das ist die große Frage.)

und das frustriert auch manchmal. Das muss man einfach sagen. Wir machen uns die Gedanken ...

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Großer Konsens scheint ja da nicht zu sein.)

Wie bitte?

(Torsten Renz, CDU: Großer
Konsens scheint da nicht zu sein.)

Doch.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nein, deine Kollegin hat das kleingeredet, also das muss man mal sagen. Und wir haben, glaube ich, eine andere Aufgabe in der Opposition als ihr in der Regierung,

(Torsten Renz, CDU: Da gehts doch um die
Zukunft, da muss man ein bisschen flexibler sein.)

vielleicht sollte man sich das manchmal vor Augen halten.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Genau. Es geht nicht um Machtpolitik, es geht nicht um Parteienpolitik, und das sagen jetzt hier die Herren, die sich nicht eingebracht haben.

(Torsten Renz, CDU: Aber deine Rede
bringt das anders zum Ausdruck.)

Aber ich möchte auf den zweiten Bereich kommen: Gesundheit und Pflege, Prävention. Auch der Bereich hat doch für viel Unruhe gesorgt. Einige Punkte sind ja genannt worden und der Konsens ist natürlich da, dass wir die Prävention stärken wollen. Das ist nicht neu.

(Udo Pastörs, NPD:
Nonsense, was Sie da vortragen.)

Die Frage ist nur, wie, wann und in welcher Form wir uns auf den Weg machen, auch dass wir uns haben einigen können auf die vielseitige Fachkräftegewinnung durch Ausbildung, Anwerbung, Entlohnung, Förderung, Kooperation und die Vereinbarkeit im medizinischen wie im Pflegebereich. Es ist aber so – das muss hier auch gesagt werden –, dass wir uns dafür eingesetzt haben, die Pflegeschlüssel zu verbessern. Damit konnten wir uns nicht durchsetzen. Wir haben uns hingegen auf die Pflegebedarfsplanung geeinigt. Wir als GRÜNE haben uns dann noch für die Einführung eines Pflegemonitors sowie

die Prüfung einer Pflegekammer starkgemacht. Das ist mit aufgenommen worden.

Es ist jetzt aber auch in dem Bereich der Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung, insbesondere der Grundversorgung, immer wieder auf die regionale Beteiligung hingewiesen worden. Und wenn wir – wir hatten ja gestern diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht – dann noch mal sehen, was zurzeit in Wolgast passiert mit dem Tauschen einzelner Stationen, dann muss schon gefragt werden, wie wir hier perspektivisch die Handlungsempfehlungen des Landes in aktive Politik umsetzen können.

Schade, meine Redezeit ist beendet,

(Torsten Renz, CDU: Ein Glück!)

aber Sie können den Bericht lesen, da gibt es noch viele Empfehlungen, die möglicherweise noch jemand hier kundtut. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Torsten Renz, CDU:
Das waren GRÜNEN-Empfehlungen, ja?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gajek.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Barlen für die Fraktion der SPD.

(Bernd Schubert, CDU: Der weiß jetzt
gar nicht mehr, was er noch sagen soll.)

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine Randbemerkung zu den Hinweisen von Frau Kollegin Friemann-Jennert zum Thema „Wohnen und Zuschussprogramme für Lifte im Bestand“. Da möchte ich noch mal meine Erinnerung hier zu Protokoll geben. Ich glaube, es war so, dass die SPD-Landtagsfraktion die CDU so Ende 2011 zum Jagen getragen hat, mit vereinten Kräften.

(Heinz Müller, SPD: Ja, daran kann
ich mich auch noch erinnern. –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Dann haben wir, glaube ich, Ihnen gefühlt zwei Jahre dabei zugeguckt, wie Sie versucht haben, die Flinte gängig zu kriegen und irgendwie eine entsprechende Richtlinie im Wirtschaftsministerium auf den Weg zu bringen. Und jetzt ballern Sie hier aus allen Rohren und sagen,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dieses Zuschussprogramm auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist putzig, hat aber nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun lassen Sie mal den Abgeordneten Herrn Barlen seine Rede hier vortragen. Und wenn Sie Redebedarf haben, können Sie sich gern noch zu Wort melden.

Julian Barlen, SPD: So, also,

(Torsten Renz, CDU: Ich würde jetzt sagen, da steht jetzt Aussage gegen Aussage.)

liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe nicht damit angefangen, hier über das Thema Wohnen zu sprechen, im Zweiten Zwischenbericht steht das nämlich nicht drin. Ich möchte natürlich gern etwas zum Zweiten Zwischenbericht der Enquetekommission sagen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Tatsächlich?)

Da haben wir uns gemeinsam vorgenommen, den Einsetzungsbeschluss weiter mit Leben zu füllen, also zunehmend älter werdenden Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und den daraus resultierenden Veränderungen in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen und gemeinsam zu überlegen, was die geeigneten Maßnahmen sind, um ein gutes Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten. Und wir haben uns vorgenommen – der Kollege Heydorn, unser Vorsitzender der Enquetekommission, ist darauf eingegangen –, dass wir das idealerweise möglichst einvernehmlich tun wollen und dass wir das unter Einbeziehung möglichst vieler Akteure, möglichst vieler Experten, möglichst vieler Menschen in unserem Land machen, die dann vor allen Dingen in den Kreisen und den Regionen ganz direkt mit der Umsetzung betraut sind, mit einem ganz klaren Fokus auf Teilhabe, Ansprüche, auch Versorgungsansprüche einer älter werdenden Bevölkerung.

Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, dass wir diesem Auftrag des Einsetzungsbeschlusses im Rahmen des Zweiten Zwischenberichtes wirklich gut gerecht geworden sind,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das denke ich auch.)

und ich möchte mich noch mal seitens unserer Fraktion, der SPD-Fraktion, sehr herzlich bei allen bedanken, die zum Gelingen beigetragen haben: bei unserem Sekretariat, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Fraktionen und natürlich bei den Gutachtern und bei allen Mitgliedern, auch externen Mitgliedern unserer Enquetekommission. Ohne diese würde der Bericht so nicht vorliegen und ich finde es gut, die Sondervoten sind angesprochen worden, dass wir es weitgehend konsensual gehalten haben.

Wir gehen in der Arbeit, in der Aussprache arbeitsteilig vor, das heißt, Frau Kollegin Tegtmeier wird noch auf den Bereich Mobilität eingehen. Ich möchte mich auf das Thema „Alter und Gesundheit“ konzentrieren.

„Alter und Gesundheit“, das muss man sich, glaube ich, auch in der Aussprache zu diesem Zwischenbericht noch einmal vor Augen halten, ist ein ganz besonderes Thema für eine Enquetekommission und natürlich auch für ein Landesparlament.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein schwieriges, ein schwieriges.)

Es gibt wenige Politikbereiche, wo es mehr emotionale Aufmerksamkeit der Menschen gibt. Es gibt wenige Bereiche, wo es mehr Akteure, mehr Träger mit teils ganz unterschiedlichen Interessen gibt, und vor allen Dingen gibt es, glaube ich, wenige Politikbereiche, wo es ein höheres Maß der Selbstverwaltung gibt, das heißt eigentlich auch wenig ganz direkte Eingriffsmöglichkeiten auf alle Bereiche, die am Ende die Struktur der Versorgung bestimmen.

Kurz gesagt, wir hatten als Enquetekommission die Aufgabe, in unseren Beratungen gemeinsam mit den Ärzten, mit den Krankenhäusern, mit den Pflegenden, mit den Krankenkassen, mit den Kommunen, mit den weiteren Heilberufen, vielen mehr im stationären und ambulanten, aber auch im städtischen und sehr ländlichen Bereich zu vereinbaren,

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie durch eine kluge Arbeitsteilung die Versorgung langfristig gesichert wird, wie die besonderen Erfordernisse älterer Patientinnen und Patienten berücksichtigt werden und man dabei vor allen Dingen den geltenden Qualitätsanforderungen gerecht wird.

Wir mussten mit dieser Vielzahl an Akteuren besprechen, was geschehen muss, damit ein in unseren Augen ganz kardinaler, wesentlicher Punkt abgesichert wird, nämlich dass es überhaupt entsprechend qualifiziertes Personal gibt, das diese Aufgaben vor Ort erfüllt. Und wir mussten uns darüber verständigen, wie trotz weiter Wege und trotz sich konzentrierender Angebotsstrukturen ambulante Versorgung, der existierende Wunsch älterer Menschen, möglichst lange in ihrem angestammten Umfeld zu verbleiben, gewährleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, die Beratungen zu diesen Zielstellungen haben natürlich nicht irgendwie im luftleeren Raum stattgefunden, sondern wir haben uns von Anfang an überlegt – und das hat sich, finde ich, bewährt, diese Herangehensweise –, zunächst mal zum Status quo uns auch eine gutachterliche Expertise einzuholen. Diese hat unter Berücksichtigung der realen Rahmenbedingungen in unserem Land dann in der Enquetekommission stattgefunden, als da wären

- eine sich vor allem im ländlich-peripheren Raum weiter ausdünnende Bevölkerung, die stark altert,
- als Rahmenbedingung darüber hinaus eine öffentliche Hand und Sozialversicherungen, die einen zunehmend restriktiven Finanzrahmen aufweisen,
- eine Raum- und Verkehrsplanung und eine räumliche Verteilung sowie organisatorische Aufteilung der Gesundheitsversorgung, die nicht ideal harmonisiert ist,
- eine deutliche Steigerung von altersassoziierten und demenziellen Erkrankungen bei gleichzeitiger Abnahme von Fallzahlen in anderen Bereichen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das kommt ja noch.)

- eine deutliche Herausforderung bei der Gewinnung von ärztlichen und pflegerischen Fachkräften, nicht nur, aber insbesondere auf dem Lande, was sowohl Niederlassungen, Sozialstationen, aber auch, sage ich mal, kleinere stationäre Versorgungseinheiten insbesondere betrifft,
- und natürlich zu guter Letzt ein globales Regime an Qualitäts- und Mengenvorgaben,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das es jenseits der Herausforderungen, entsprechend qualifiziertes Personal zu finden, insbesondere kleinen, aber dann auf der anderen Seite auch hoch spezialisierten Versorgern zunehmend schwerer macht, nachhaltig zu wirtschaften.

Diese Liste ließe sich sicherlich fortsetzen, meine Damen und Herren, ich glaube aber, dass damit der Rahmen unserer Beratungen – sowohl im Grunde unsere normativen Ansprüche als auch die Wirklichkeit betreffend – ganz gut umrissen ist. Und in diesem Koordinatensystem von faktischen Gegebenheiten und von gesundheitspolitischen Zielstellungen haben wir uns dann also auf den Weg gemacht, gemeinsam Handlungsfelder und Maßnahmen für die mittlere Frist zu identifizieren.

Ich möchte natürlich hier wie alle anderen Redner nicht Ihrer wahrscheinlich noch stattfindenden, sehr vertieften eigenen Lektüre vorgreifen und kann auch nicht – allein schon aus zeitlichen Gründen, obwohl wir wahrscheinlich wieder mit Abstand den größten Redeblock haben – sämtliche Maßnahmenempfehlungen aus den Bereichen Fachkräftesicherung, Krankenhaus- und Notfallversorgung, ambulante Versorgung, Geriatrie, Psychiatrie sowie E-Health vorstellen. Ich möchte exemplarisch drei Bereiche rauspicken, die unseres Erachtens besondere Bedeutung haben, und die auch – das haben wir in der Enquetekommission schon gemerkt in der Debatte – ein bisschen einen besonderen Stellenwert eingenommen haben.

Und das dürfte zum einen – insbesondere Kollege Heydorn in seiner Einbringung, aber auch Kollege Koplin haben das schon angesprochen –, das dürfte der Ansatz von lokalen Gesundheitszentren als Versorgungsanker in der Fläche sein. Hier geht es nämlich um nichts weniger als die Sicherung von medizinischer Versorgung durch regionale, integrierte und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung bezogene Einheiten. Es geht bei solchen lokalen Gesundheitszentren oder Versorgungsankern eben nicht darum – und da habe ich insbesondere am Anfang der Debatte manchmal so ein bisschen die Differenzierung vermisst –, Standorte zum Beispiel von kleinen Krankenhäusern infrage zu stellen, im Gegenteil, ganz im Gegenteil, es geht darum, zu überlegen, wie kann man eine langfristige Sicherung aller heute existierenden Versorgungsstandorte denn gewährleisten, und wie kann man vielleicht sogar sinnvoll die heutigen Standorte durch weitere ergänzen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und da würde ich gern, wenn die CDU schon in persona von Herrn Renz hier, sagen wir mal, ganz eifrig wird an der Stelle, einen Zungenschlag von Frau Kollegin Friemann-Jennert aufgreifen,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

zum Thema der Superkrankenhäuser. Diese werden es hier im Land nicht richten. Das trifft nicht den Kern unserer Debatte, ob hier die Superkrankenhäuser sagen wir mal, die Versorgung fürs ganze Land regeln werden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

es geht – und das, finde ich, war auch der Kern unserer Beratungen in der Enquetekommission – darum, wie wir eine vernünftige, kooperative, durchlässige Versorgungsstruktur schaffen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

die quasi aus lokalen Gesundheitszentren besteht,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Frage ist natürlich auch, was ist vernünftig.)

die aus regionalen Versorgern besteht und die natürlich, allein schon Qualitäts- und Mengenvorgaben betreffend, aus wenigen zentralen Spitzenversorgern besteht. Wie kann man das quasi zusammendenken?

Was wir in dem Zusammenhang anregen, Stichwort „lokale Gesundheitszentren“, ist ein geänderter Blickwinkel und auch eine veränderte Arbeitsteilung. In den Versorgungsankern sollten unseres Erachtens nämlich ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen angeboten werden von Haus- und Fachärzten, von kompetenter Pflege, von weiteren Heilberufen, und genau dieses Personal – eingangs ist es gesagt worden – ist knapp. Und knappes Personal ist auf der Suche nach Arbeitsorten, die attraktiv sind, die eine Struktur bieten, die familienfreundliche Arbeitsverhältnisse zulassen, zum Beispiel durch ein Anstellungsverhältnis, zum Beispiel durch die Tatsache, dass man in solchen Gesundheitszentren entsprechend genügend Patientinnen und Patienten, also Fälle anzieht. Vor allen Dingen aber suchen sie Arbeitsbedingungen, die im ländlichen, peripheren Gebiet einen längerfristigen Bestand, also auch Sicherheit in Aussicht stellen.

Ein solcher interdisziplinärer Ansatz von Versorgungsankern, von lokalen Gesundheitszentren, ähnlich vielleicht so einer erweiterten Idee von Polikliniken, ist in unseren Augen attraktiv für Personal und Patienten zugleich. Letztere können sich dann nämlich darauf verlassen, im Bedarfsfalle und auch im Notfall wirklich einen Behandler antreffen zu können. Neben der gemeinsamen Behandlung einer größeren Menge an Fällen und einem wichtigen Beitrag zur Notfallversorgung werden solche sektorenübergreifenden interdisziplinären Versorgungsanker dann übrigens auch in der Lage sein, durch telemedizinische Anwendungen mit den Zentren der Hochleistungsmedizin, Stichwort „Superkrankenhäuser“, zu kooperieren und deren Expertise in die Fläche zu bringen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Bereich ist unseres Erachtens die geriatrische Versorgung. Im Bereich der sehr alten Patientinnen und Patienten werden in Mecklenburg-Vorpommern die Fallzahlen stark ansteigen, Bluthochdruck, Diabetes, Infarkte, Schlaganfälle, Demenz, einige mehr, und oftmals treten diese Erkrankungen bei den Patientinnen und Patienten gleichzeitig auf. Man spricht von Co- und Multimorbidität. Vor diesem Hintergrund legen wir auch in unserem

Zweiten Zwischenbericht gemeinsam den Aufbau einer vernetzten integrierten Versorgungsstruktur für geriatrische Patientinnen und Patienten durch die Selbstverwaltung nahe.

Auch bei der ambulanten geriatrischen Komplexbehandlung ist das Angebot unseres Erachtens auszubauen und dabei insbesondere auf die Bedürfnisse im ländlichen Raum zu achten. Wichtig ist zudem, dass neben der Förderung der Geriatrie im stationären und ambulanten Bereich die grundständige Weiterbildung der Ärzte, aber auch der Pflege insbesondere weiter betrieben wird.

Abschließend möchte ich einen in meinen Augen sehr wichtigen, weil übergreifend wirksamen Bereich ansprechen, das ist die Telemedizin, den wir in der Enquetekommission sehr intensiv im Rahmen der Anhörung diskutiert haben, dem wir auch in unserem Zwischenbericht wirklich sehr viel Raum widmen, weil wir der Auffassung sind, dass diese Telemedizin in unserem Bundesland sehr segensreich wirken kann und auch viele Akteure, die hier im Bundesland sich auf den Weg gemacht haben, in dem Bereich zu forschen und Anwendungen zu entwickeln, da in Zukunft wirklich beispielgebende Lösungen für andere Bundesländer generieren können und das schon in der Vergangenheit getan haben.

Die Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung soll durch Telemedizin nicht, sagen wir mal, gewährleistet werden in der Form, dass man keine menschliche Zuwendung und keinen persönlichen Kontakt mehr braucht, darum geht es nicht, aber es geht darum, dass die dauerhafte tägliche Kommunikation zwischen Arzt und Patienten durch Telemedizin selbstverständlich stark erleichtert wird. Beispielsweise unnötige häufige Einweisungen in Krankenhäuser, Routineuntersuchungen, immer wieder erneute Vorstellungen beim Arzt können durch Telemedizin vermieden beziehungsweise reduziert werden, und es gibt, wie schon gesagt, eine Menge Expertise im Land zu den Themen „Versorgung“, „Überwachung“ und „Austausch zwischen Patienten und Ärzten“.

Wir haben hier im Landtag, Stichwort „Telemedizinbeirat“, ja sehr häufig und sehr intensiv über diesen Bereich diskutiert und wir haben uns glücklicherweise in einer der letzten Landtagsdebatten noch mal gemeinsam dafür ausgesprochen – auch auf einen Antrag unserer Fraktion hin, gemeinsam mit der CDU –, dass wir den Telemedizinbeirat, den wir schon mal hatten, der viel Gutes getan hat für unser Bundesland, unbedingt wieder aufleben lassen. Das haben wir auch im Zweiten Zwischenbericht betont. Und dieser muss sich, Stichwort „Zukunftskonzept“, jetzt nicht irgendwie mit der Entwicklung eines ganz neuen Konzeptes beschäftigen, er muss vor allen Dingen erst mal den Bericht, das Telemedizinkonzept evaluieren und fortschreiben – dann sind wir da, glaube ich, auf einem guten Weg – und in diesem Zusammenhang entsprechende Förderbedarfe und gemeinsame Entwicklungspfade skizzieren.

Im Rahmen solcher zukünftigen Initiativen für mehr Telemedizin ist also im Grunde genommen der Netzwerkgedanke zu stärken, es ist Forschung zu stärken und wir brauchen vor allen Dingen entsprechende Projekte, die dann nicht, sagen wir mal, am Projektende sozusagen irgendwie in den Bücherregalen landen, sondern die in die Versorgungspraxis überführt werden, die sich bewährt haben und die auch von den Anbietern entsprechend abgerechnet werden können.

Meine Damen und Herren, bei diesen drei Beispielen, lokale Versorgungszentren, Geriatrie und Telemedizin, möchte ich es bewenden lassen. Ich lege Ihnen wirklich nahe, den Zwischenbericht auch für Ihre Arbeit in den Regionen zur Hand zu nehmen und sich mal zu vergegenwärtigen, was wir gemeinsam aufgeschrieben und welche Entwicklungspfade wir dort aufgezeigt haben. Und ich erhoffe mir – da sind wir uns, glaube ich, bei den demokratischen Fraktionen äußerst einig –, dass wir uns jetzt quasi in einem konstruktiven Zusammenspiel aller beteiligten Akteure der Selbstverwaltung des Landes und natürlich der Kommunen ganz engagiert an die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen machen für ein gutes Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Barlen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Heydorn, ich muss Ihnen in einer Sache einmal recht geben: Sie haben recht, wenn Sie feststellen, dass sich Ihr Block der Superdemokraten weitgehend in allen Angelegenheiten einig ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, wie immer.)

Und es ist auch nicht verwunderlich in einem politischen System, in dem sich die Bundestagsparteien und ihre Vorfeldorganisationen durch Einflussnahme in Vereinen und anderen Organisationen den Staat zur Beute gemacht haben.

(Beifall Udo Pastörs, NPD –
Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Sinn und Zweck dieser Enquetekommission:

(Julian Barlen, SPD:
Da sind wir aber gespannt.)

Diese Enquetekommission ist genauso sinnlos wie die Enquetekommission in der 5. Legislaturperiode und wird genauso folgenlos sein wie die Vorgänger-enquetekommission.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich habe einzig und allein den Eindruck, dass diese Enquetekommission geschaffen worden ist, um einem weiteren Sozialdemokraten einen bezahlten Posten zu verschaffen, nämlich den Vorsitzendenposten, der ja auch entlohnt wird. Diese Enquetekommission kommt mir vor wie eine Selbsthilfegruppe und die NPD-Fraktion nimmt da durch meine Person die Beobachterrolle ein.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den Zweiten Zwischenbericht der Enquetekommission hat unsere Fraktion für den Bereich Mobilität folgendes

Sondervotum für die Maßnahmenempfehlungen abgegeben:

„Die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zur Mobilität, sofern sie umgesetzt würden, könnten die Mobilität in der Fläche teilweise aufrechterhalten und zum Teil verbessern.

Um allerdings die Kommunen in die Lage zu versetzen, einen bedarfsgerechten Personennahverkehr anzubieten, ist das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Pflicht, die aufgabengerechte Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise sicherzustellen.

Für eine nachhaltige Mobilität ist eine Aufrechterhaltung der Bahninfrastruktur ebenso wie ein Erhaltungs- und Sanierungsprogramm für das Straßenverkehrsnetz unausweichlich. Die Einstellung der Südbahn“, die beschlossen ist, die Südbahn ist beerdigt, dessen muss sich jeder bewusst sein, „um nur ein Beispiel zu nennen, ist in diesem Zusammenhang ein fatales Signal. Im ganzen Land wurden in den vergangenen Jahren scheinbar unrentable Bahnstrecken ausgedünnt und stillgelegt. Daraus wird ersichtlich, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern über kein langfristiges Verkehrskonzept verfügt, welches die Infrastruktur im Land zu erhalten beabsichtigt. Stattdessen wird die Verkehrspolitik vom Infrastrukturabbau dominiert.

Die Landespolitik hat gleichwertige Lebensbedingungen im Land zu gewährleisten und muss daher sicherstellen, dass vor allem auch der ländliche Raum vom ‚Öffentlichen Personennahverkehr‘ ... nicht abgekoppelt wird. Die Entscheidungen der Landesregierung in den vergangenen Jahren lassen allerdings schlimme Auswirkungen für den ländlichen Raum befürchten.

Durch die Entscheidungen der Landesregierung wird von dieser die Mobilität im ländlichen Raum zunehmend infrage gestellt. Doch wer leichtfertig vorhandene Infrastruktur nicht nur infrage stellt, sondern aufgibt, hat das Land schon längst aufgegeben.“

Zur Gesundheitsversorgung haben wir kein Sondervotum eingereicht, weil so umfassende Maßnahmen erforderlich sind, um das Gesundheitswesen in unserer Heimat zukunftsfest zu machen. Allein die Diskussion über die Reduzierung von Krankenhäusern, die von dem Vorsitzenden Heydorn positiv begleitet worden ist, zeigt, dass die Konzentrierung der Landespolitik einzig und allein auf den Zentren liegt. Die Tätigkeit der Enquetekommission geht nach wie vor an der Lebenswirklichkeit vorbei. Sie wollen aus Mecklenburg-Vorpommern einen Altersruhesitz entwickeln, in dem die Senioren sich in den Zentren aufzuhalten haben. Und auch die Aussagen des Ausschussvorsitzenden oder Enquetekommissionsvorsitzenden Heydorn in diesem Zusammenhang sind sehr bezeichnend.

Wir von der NPD-Fraktion wünschen uns hingegen eine Heimat, in der die ländlichen Räume den gleichen Stellenwert haben wie die Städte, eine Heimat, in der die Generationen respektvoll und gemeinschaftlich miteinander umgehen. Das Hauptaugenmerk einer Enquetekommission müsste statt „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ „Leben in Mecklenburg-Vorpommern“ lauten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Aber die Einbeziehung familienpolitischer Maßnahmen haben Sie in Ihrer ignoranten Art und Weise abgelehnt. Bereits jetzt ist absehbar, dass die Enquetekommission viel Zeit und Finanzmittel verbraucht, aber keine positiven Veränderungen für unser Land herbeiführen wird, so die Stellungnahme der NPD-Fraktion. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe den größten Teil meiner Blätter am Pult gelassen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist schon mal gut.)

weil ich wie in gewohnter Weise auch heute mich nicht in Wiederholungen erschöpfen möchte und ja viele Redner schon vor mir hier gestanden haben und aus dem Bereich ÖPNV vorgetragen haben.

Zu Herrn Köster: Herr Köster, Sie haben Ihren Beobachtungsposten, so, wie Sie es nannten, sehr, sehr schlecht ausgefüllt,

(Stefan Köster, NPD: Das können Sie ja gar nicht beurteilen.)

kann ich da nur sagen, bei dem, was Sie hier vorgetragen haben. Wer hier anderen vorwirft, sich in Vereinen und Verbänden zu engagieren, der kann das natürlich tun, wenn er das selbst nicht tut, weil er nämlich am ganz rechten Rand verortet wird.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, wir machen das sehr wohl, wie Sie wissen, nur mit einer anderen Zielsetzung.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Arbeit der Enquetekommission ist erfrischenderweise immer sehr zielgerichtet und eben nicht geprägt von Parteienklüngel oder was auch immer,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

sondern die Zielorientiertheit wird dadurch dokumentiert, dass man umfangreiche – und ich glaube, das ist auch dieses Mal wieder gelungen –,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

gute Empfehlungen zuletzt auch zu Papier bringt. Und wenn auch nicht die Ergebnisse jeder Enquetekommission sofort umgesetzt werden, so ist die Arbeit einer Enquetekommission trotz alledem für die Gesellschaft wegweisend.

Die Sicherstellung der Mobilität wird als eine Kernaufgabe der Daseinsvorsorge angesehen, weil die Mobilität ein menschliches Grundbedürfnis ist, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Das haben die Grundlagenexpertisen deutlich herausgearbeitet. Die heutigen Älteren sind unternehmenslustiger als frühere Generationen. Auch wenn sie nicht mehr im Arbeitsleben stehen, gehen sie wesentlich häufiger aus dem Haus, fahren irgendwohin, als das frühere Generationen getan haben.

Unsere Mobilität in der Fläche ist geprägt durch Individualverkehre und – Frau Friemann-Jennert hat das vorhin, ich glaube, Frau Gajek auch, angesprochen –, zurzeit haben wir eine öffentliche Debatte über ältere Verkehrsteilnehmer, Führerschein, Verkehrssicherheit und so weiter. Dazu gibt es ganze Sendungen, auf NDR Info habe ich das gestern Abend bei der Heimfahrt selbst verfolgen können. Die Meinungen sind vollkommen kontrovers. Aber es ist nichts zu verallgemeinern, nicht mal in den obersten Altersgruppen kann man das verallgemeinern. Leute, die 85 und älter sind, können durchaus noch flott im Verkehr unterwegs sein, und zwar verkehrssicher, während auch jüngere Menschen teilweise schnell mit hohem Verkehrsaufkommen überfordert sind.

Und eins hat die Untersuchung auch ergeben: Ältere in Mecklenburg-Vorpommern greifen für den Nahbereich öfter auf das Fahrrad zurück, als das in anderen Bundesländern der Fall ist. Dann nimmt die Nutzung erst bei Hochbetagten ab, aber wir wissen alle, dass in den ländlichen peripheren Räumen oftmals für die ganz normalen Alltagsverkehre gute Radwege einfach fehlen.

Insgesamt kommt dem ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft eine größere Bedeutung zu, als das zurzeit der Fall ist. Herr Koplin, aber auch Frau Friemann-Jennert und Frau Gajek haben die Schlaglichter aus den Empfehlungen hier schon vorgetragen. Deswegen will ich mich diesem Thema mal von einer anderen Seite widmen, weil Sie wissen das alle, selbst nach der Kreisstrukturreform hat sich hier der ÖPNV so ein bisschen anders strukturiert,

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

teilweise sind übergreifende Lösungen wieder zurückgefahren worden. Der ÖPNV liegt in den Händen der kommunalen Ebene. Die Kreise und kreisfreien Städte machen das in ihrer eigenen Zuständigkeit und organisieren das, wie sie es für richtig halten. Und das ist für uns als Land natürlich eins der Hauptprobleme. Der zukünftige ÖPNV soll so sein, dass jemand aus dem Umkreis von Lübeck, sage ich mal, der in Nordwestmecklenburg wohnt, möglichst ohne große Brüche bis auf die Insel Rügen oder auch nach Usedom reisen kann, und das bestenfalls irgendwann auch mit einem einheitlichen Tarif. Davon sind wir weit entfernt. Das wird eine der schwierigsten Aufgaben sein, die uns bevorstehen.

Im Landkreis Nordwestmecklenburg wurde mit dem 01.01.2016 ein neues ÖPNV-Konzept eingeführt, das ganz wesentliche Bestandteile aus dem Konzept, was wir hier dem Land empfehlen, landesweit beinhaltet. Das Konzept hat also zur Folge, dass Taktlinien eingezogen wurden, dass das Hauptnetz an Struktur, sage ich mal, also alle Zentren des Kreises in einer guten Taktung liegen, verortet in diesem Netz, und die Individualverkehre sollen dieses Netz ergänzen. Es ist eine Hotline geschaltet worden, weil natürlich so ein neues Konzept zu Veränderungen führt. Die Drähte liefen heiß, bis zu 2.000 Anrufe am Tag wurden an den Umstellungstagen, in den ersten Tagen gezählt. Teilweise kamen die Nutzer überhaupt gar nicht durch, weil ständig besetzt war. Es gab und gibt viele Abstimmungsnotwendigkeiten. Die gab es im Vorfeld, die gab es nach dem Start, aber ich denke, wenn dieses Konzept erst mal eine Weile läuft, können andere Landkreise und kreisfreie Städte durchaus hier ein Beispiel vorfinden, an welchem sie sich orientieren können.

Immer wenn es zu Veränderungen kommt, werden die Bürger erst mal richtig wach und denken, wie betrifft mich das denn. Dann ist die Beteiligung am allergrößten, nicht im Vorverfahren, wenn eigentlich das öffentliche Beteiligungsverfahren läuft, wie auch hier. Ein Problem dabei ist natürlich immer die Abstimmung der Fahrpläne zwischen dem schienenengebundenen und dem straßengebundenen ÖPNV. Das wird manchmal gern vergessen. Aber auch das ist natürlich besonders wichtig. Dazu haben wir hier gestern schon die Debatte gehabt, wie wichtig der schienengebundene Personennahverkehr bei uns im Land ist und wie er weiterentwickelt werden soll.

Und eins noch am Rande: Alles hängt mit allem zusammen. Der Kollege Barlen hat vorhin zu den Strukturen, zu den Anknüpfungspunkten im Land ausgeführt, weil auch im ÖPNV geht es natürlich darum, überflüssige Verkehre zu vermeiden. Das heißt also, dass ich meine Strukturen so habe, dass ich als Bürger dieses Landes nicht weiter fahren muss als bis zu meinem Grundzentrum, weil ich in meinem Grundzentrum möglichst alle Infrastruktur vorfinden kann, die ich benötige, und dass ich dort die Strukturen vorfinde und nicht erst ins nächste Mittel- oder auch Oberzentrum fahren muss.

Also, sehr geehrte Damen und Herren, die Empfehlungen, die die Enquetekommission zu Papier gebracht hat, sind übergreifend auf das ganze Land bezogen und die Umsetzung wird viel Energie und Kraft bedeuten, wird ein Umdenken bedeuten und vor allen Dingen wird es bedeuten, dass wir die kommunale Ebene vollkommen mit ins Boot bekommen müssen, weil ohne die kommunale Ebene kommen wir da keinen Schritt weiter. Ich wünsche mir, dass wir diese Schritte gehen können mit der kommunalen Ebene zusammen und dass diese aufgeschlossen ist und nicht, wenn sie ein neues Konzept gefunden hat, daran festhält, sondern auch bereit ist, dann mit den anderen zusammenzuarbeiten, damit das Ganze gelingen kann. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Tegtmeyer.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Heydorn für die Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte doch noch mal auf diesen selbsternannten völkischen Beobachter hier reagieren.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD,
Vincent Kokert, CDU, und
Michael Andrejewski, NPD –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Köster, erst mal die Empfehlung, also beim Beobachten sollte man auch aufpassen und nicht schlafen.

(Julian Barlen, SPD: Ja,
oder auf Tauchstation sein.)

Ja, oder auf Tauchstation sein.

Und wenn man aufpassen würde, dann hätte man ein paar Dinge auch verstanden.

Der erste Vorwurf, den Sie erheben, ist, Sie sagen, die Kommission konzentriert sich auf Zentren. Das stimmt. Da muss man aber auch die Frage beantworten, was Zentren sind. Zentren im Sinne der Raumordnung sind Grundzentren, sind Mittelzentren und sind Oberzentren.

(Rainer Albrecht, SPD: So ist das.)

Das ist das Rückgrat der Versorgung bei uns im Land.

(Udo Pastörs, NPD: Weiß jeder. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Aber Ihr Kollege nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Doch, das weiß er sehr wohl.)

Vielleicht sollten Sie ihn mal an die Hand nehmen oder selbst kommen, vielleicht wird es dann was und es wird hier nicht so ein Unfug erzählt.

(Jochen Schulte, SPD: Die Hand ist oben im
Himmel, die kann er gar nicht greifen. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wenn Sie sich ansehen, wo die Angebote, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten und dergleichen bei uns im Land existieren, dann konzentrieren sich die auf die Zentren, weil in den Zentren sind die Leute. Deswegen ist es also absolut vernünftig und richtig, sich auf die Zentren ...

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt auch
Menschen außerhalb der Zentren.)

Ja, natürlich, aber diese Zentren sind wichtig für die Versorgung der Leute, die außerhalb der Zentren liegen. Das heißt, wenn wir diese Zentren vernachlässigen würden, dann würde die Infrastruktur in diesen Zentren noch weiter zurückgehen und die Versorgungslage insgesamt in ländlich-peripheren Räumen würde schwieriger. Also Ihr Vorwurf und Ihr Argument gehen völlig ins Leere. Das, was wir da machen, ist richtig und korrekt.

Und dann kommt von Ihnen das Argument der gleichwertigen Lebensverhältnisse, gleichwertige Lebensverhältnisse müssen gelten für das ganze Land. Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt nicht, wenn Sie sich so was ansehen, wie das letztendlich begründet ist und was es inhaltlich bedeutet, dass es überall das gleiche Angebot gibt. Das Leben in der Stadt ist anders als das Leben auf dem Land.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Deshalb ja auch gleichwertig.)

Wenn ich Fläche haben will, wenn ich möglichst wenig Menschen sehen will, wenn ich viel Natur haben will, dann lebe ich auf dem Land richtig. Es gibt viele Menschen, die sagen, da fühle ich mich wohl. Andere schätzen das städtische Leben, weil man mehr Einkaufsmöglichkeiten hat, bessere kulturelle Angebote, nähere Wege zur Versorgung und so weiter und so fort. Das heißt, wenn Sie sich allein die Struktur ansehen, ist es völlig abwegig, zu sagen, das Thema „gleichwertige Lebensverhältnisse“ muss und soll überall einheitlich sein. Das geht gar nicht. Leben auf dem Land ist anders als Leben in der Stadt, und das muss man berücksichtigen.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. –
Torsten Renz, CDU: Hat auch seine Vorteile.)

Und das ist keine Feststellung einer Wertigkeit, es ist einfach eine Feststellung, dass man sagt, das Leben in unterschiedlichen Bereichen des Landes stellt sich anders dar und muss auch anders aufgegriffen, anders bewertet und es müssten andere Konzepte erstellt werden. Das heißt, diese Ungleichheit, die sich daraus ergibt, lässt sich überhaupt nicht wegbringen. Wir greifen das auf und gehen der Frage nach, wie kriegen wir denn Lösungsmöglichkeiten hin, und zwar da, wo die Versorgungslagen problematischer sind. Das ist das Hauptaugenmerk der Enquetekommission. Wir konzentrieren uns gerade nicht auf die großen Städte und kümmern uns um Rostock, Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin, weil dort bestimmte Versorgungslagen einfach deutlich besser sind.

Also alles in allem muss man sagen, Sie haben hier am Thema vorbeigeredet. Es ging Ihnen darum, billige polemische Argumentation zu betreiben, die letztendlich bei keinem verfangt, der sich sachlich mit dem Thema auseinandersetzt. Das musste ich noch mal klarstellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wobei,
das ist ja eigentlich nichts Neues.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Herr Heydorn,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hat er gut gemacht, ne?)

es hilft nicht, dass Sie sich hier hinstellen

(Rainer Albrecht, SPD: Doch.)

und versuchen, das, was Herr Köster treffend formuliert hat

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bitte?!)

aus Sicht der NPD-Fraktion, zu verbessern.

(Heinz Müller, SPD: Also ich fand die Formulierung „völkischer Beobachter“ treffend. –
Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Deswegen noch mal zum Mitschreiben für Sie, was Herr Köster ausgeführt hat, die zwei Punkte, auf die Sie gerade eingingen:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kann er das
nicht selber? – Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Er hat das herausgearbeitet, was sich auch in der Konzeption der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der

Blockparteien spiegelt, und zwar ist das ganz klar der Clustergedanke, das heißt also die Konzentration von Leben in Zentren. Und genau das hat er zu Recht kritisiert,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so!)

weil er sagt, in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist es nicht denkbar und es ist auch nicht sozial verantwortliche Politik, zu sagen, wir ziehen die ältere Bevölkerung – darauf hat er sich bezogen und das ist Ihr Trend – auf die Zentren, wenn möglichst sogar auf die größeren Städte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das machen die von ganz alleine.)

Nichts anderes hat er gesagt. Er hat sich eingesetzt für ein Leben von Jung und Alt in der Fläche, das zu lassen. Das können Sie dann im Protokoll nachlesen. Verdrehen Sie bitte Herrn Köster nicht das Wort im Munde!

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der erste Punkt.

Den zweiten, den Sie ansprachen, möchte ich auch ganz kurz aus unserer Position beleuchten, und das ist die Formulierung, die Herr Köster zu Recht gewählt hat, weil das immer Ihre Diktion ist, nach der Sie dann nicht handeln, und zwar ist das der Auftrag, gleiche Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern für möglichst viele Menschen anzustreben. Und da ist es eben nicht so, wie Sie sagen, dass wir uns daran stören oder wir ignorieren würden, dass zum Beispiel in Schwerin die Versorgungssituation eine bessere ist als in Lübbtheen, wo ich herkomme. Das ist eine Binsenweisheit. Das brauchen Sie den Leuten draußen nicht zu erklären.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Macht doch auch niemand. Machen Sie,
um zu hetzen, um zu hetzen. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Worum es Herrn Köster ging und worum es uns als Nationaldemokraten geht, ist, dass das Ausbluten in der Fläche verhindert werden muss. Und Herr Köster hat zu Recht die Grundlagen noch einmal herausgearbeitet, ohne die eine in der Fläche vernünftige Versorgung unmöglich wird, indem man nämlich die Infrastruktur, die Mobilität abbaut. Er hat das Beispiel der Bahnverbindungen genannt. Und Sie stellen sich hier hin und machen den Oberschullehrer. Das wird man draußen an der Praxis merken, dass Sie in der Beziehung eine unqualifizierte Äußerung gemacht haben, denn die Menschen in der Fläche, auch bei mir in einer kleinen Stadt, merken, dass doch die Läden zunehmend leer stehen und Sie mit Ihrer Politik genau das Gegenteil von dem bewirken, was Sie wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Aussprache ist seitens des Vorsitzenden beantragt worden, den Zwischenbericht der Enquete-kommission auf Drucksache 6/5108 verfahrensmäßig für

erledigt zu erklären. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Der Bundesratsinitiative zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung beitreten, auf Drucksache 6/5075.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Der Bundesratsinitiative zur paritätischen
Finanzierung der Gesetzlichen Kranken-
versicherung beitreten
– Drucksache 6/5075 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Stramm für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein deutsches Sprichwort sagt, dass man Gesundheit erst schätzt, wenn man sie verloren hat, und daher ist die gesetzliche Krankenversicherung eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften. Die Grundidee war, dass Versicherte und Arbeitgeber eine Solidargemeinschaft bilden. Jeder von uns kann krank werden und ist dann darauf angewiesen, dass die Kosten von den Gesunden für die Kranken mitgetragen werden.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist ein weitestgehend beitragsfinanziertes System mit einer öffentlich rechtlichen Selbstverwaltung.

(Torsten Renz, CDU: Da gibts Zuschüsse
ohne Ende aus dem Bundeshaushalt.)

In der Bundesrepublik sind gegenwärtig rund 90 Prozent der Bevölkerung bei den 123 gesetzlichen Krankenkassen versichert. Doch dieses Erfolgsmodell wurde durch zahlreiche sogenannte Gesundheitsreformen über die Jahre deutlich geschwächt und ausgehöhlt. Diese Entwicklung muss endlich gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Viele Jahrzehnte galt in der gesetzlichen Krankenversicherung das Prinzip „Halbe-halbe“, also die Parität. Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilten sich den Krankenkassenbeitrag hälftig. 2005 wurde dieses Prinzip abgeschafft. Ziel der Politik auf Bundesebene war, die Sozialausgaben der Arbeitgeber zu reduzieren und die steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung einseitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beziehungsweise den Patientinnen und Patienten aufzulasten. In der Krankenversicherung wurden Sonderbeiträge und Zuzahlungen eingeführt, zeitweise sogar eine Praxisgebühr. Gleichzeitig wurden Teile der medizinischen Versorgung, beispielsweise bei Brillen oder Zahnersatz, gestrichen und die Bewilligungspraxis der Kassen wurde restriktiver.

(Torsten Renz, CDU: Das machen
Sie alles rückgängig, ne?!)

Nach Auffassung der LINKEN war diese Entscheidung falsch. Nur die Verbreiterung der Einnahmehasis kann steigende Ausgaben sozial gerecht finanzieren. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, beispielsweise die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze

(Bernd Schubert, CDU: Ja, hat man gemacht.)

oder die Einführung einer solidarischen Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen.

(Torsten Renz, CDU: Das sind ja völlig neue Vorschläge. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, noch nie davon gehört.)

Aber diese Option wurde vertan und so kam 2009 wieder eine neue Reform. Diesmal wurde durch die Große Koalition der Zusatzbeitrag in der Krankenversicherung eingeführt. Zunächst nahm man den gesetzlichen Krankenkassen das Recht, den paritätischen Beitragssatz selbst zu bestimmen. Dafür durften sie die Höhe des Zusatzbeitrages eigenständig festlegen. Wir erinnern uns alle an die Auswirkungen für einige Krankenkassen, die das dann taten.

Im selben Jahr, ganz gegenteilig zu ihrem Handeln in der damaligen Großen Koalition, schrieb die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm, Zitat: „Und wir werden dafür sorgen, dass der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – auch der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten – wieder paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgebern getragen wird.“ Auch zur Bundestagswahl 2013 stand es ähnlich im Wahlprogramm der SPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, es steht nach wie vor drin.)

In den Koalitionsverhandlungen 2013 akzeptierte die SPD allerdings Zusatzbeiträge. Diese werden seit 2015 erhoben, der Arbeitgeberanteil wurde festgeschrieben. Dieser Zusatzbeitrag steigt nun immer weiter und das haben alle vorhergesagt, auch SPD-Gesundheitspolitiker.

(Julian Barlen, SPD: Ja, deshalb schreiben wir das auch in unsere Programme rein.)

Eben diese beklagen aber nun lautstark die Folgen ihres Regierungshandelns und fordern über diverse Medien eine Rückkehr zur Parität.

(Julian Barlen, SPD: Zu Recht.)

Der Widerstand aus der Union kam prompt, wie erst in der letzten Bundestagsdebatte durch die Ablehnung der Anträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Torsten Renz, CDU: Na das ist nun kein Gradmesser! Das ist kein Gradmesser!)

zur Einführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung zu sehen war.

(Julian Barlen, SPD: Ja, der war genauso sinnvoll wie Ihr Antrag hier heute.)

Baldiges Handeln ist gefragt, denn jeder weitere Monat ...

(Das Rednerpult fährt hoch. – Torsten Renz, CDU: Oh Gott, was jetzt?)

Weiß ich auch nicht. Entschuldigung.

(Die Abgeordnete Karen Stramm stellt das Rednerpult ein. – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Das haben die bestimmt vom Präsidium aus gemacht. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Baldiges Handeln ist gefragt, denn jeder weitere Monat kostet die Versicherten Geld. Letztlich war und ist die Abschaffung der Parität nichts anderes als eine staatlich verordnete Lohnkürzung. Wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Teile des Beitrages des Arbeitgebers mitfinanzieren müssen, dann ist das eine direkte Lohnsenkung. Das ist nicht nur ...

(Das Rednerpult fährt erneut hoch. – Torsten Renz, CDU: Da, es geht schon wieder los! Sabotage!)

Ich mache nichts.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das ist keine Sabotage und wir können das hier gar nicht beeinflussen.

(Stefan Köster, NPD: Das Petermännchen.)

Wir befürchten, dass das ausgekippte Wasserglas Ursache für ein Eindringen in die Elektrik ist.

(Julian Barlen, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Gajek!!! – Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Wir werden das sofort klären.

(Julian Barlen, SPD: Frau Gajek ist schon abgereist. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Karen Stramm, DIE LINKE: Ich kann das ja ohne Rednerpult hier weiter vortragen.

(Torsten Renz, CDU: Wir können uns ja hinstellen, dann sehen wir Sie besser.)

Wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir können ja mal einen Augenblick unterbrechen. Ja, können wir mal.)

wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Teile des Beitrages des Arbeitgebers mitfinanzieren müssen, dann ist das eine direkte Lohnsenkung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Stramm, ich glaube, es wäre besser, wir unterbrechen einen Moment.

(Zuruf aus dem Plenum: Ja, genau.)

Wir bringen das in Ordnung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist doch ein bisschen unbequem da.)

damit die Kollegen Sie auch sehen.

(Die Abgeordnete Karen Stramm wendet sich vom Rednerpult ab und spricht die Präsidentin an.)

Sie haben nur noch ganz kurz vorzutragen?

Sie möchte es zu Ende bringen, dann lassen wir der Rednerin die Chance, das zu tun.

(Beifall Torsten Renz, CDU: Dann machen wir das. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Julian Barlen, SPD)

Karen Stramm, DIE LINKE: Das ist nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch unvernünftig, denn geboten wären kräftige Lohnsteigerungen zur Belebung der Binnennachfrage.

Das Ausmaß dieser Lohnsenkung ist beträchtlich. Die gesetzlich Krankenversicherten zahlten von 2005 bis 2015 insgesamt fast 102 Milliarden Euro an Sonderbeitrag. Geht die Entwicklung so weiter wie in den letzten Jahren – und da sind noch nicht einmal die von der Großen Koalition beschlossenen Mehrausgaben enthalten –, dann werden es von 2016 bis 2020 noch einmal weitere 115 Milliarden Euro an Zusatzbeiträgen sein.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: Wir können ja einen Hocker hinstellen.)

Für jede Beitragszahlerin und jeden Beitragszahler wären das alleine in diesem Jahr durchschnittlich 287 Euro und in den nächsten fünf Jahren insgesamt 2.300 Euro, die zusätzlich zum paritätisch finanzierten Beitragssatz zu stemmen sind. Dieser unsoziale Weg darf nicht fortgesetzt werden und daher sollte sich Mecklenburg-Vorpommern dem Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Hamburg, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zur Entschließung des Bundesrates zur vollständigen paritätischen Finanzierung von Krankenversicherungsbeiträgen anschließen. Ich bitte daher um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Jetzt machen wir mal eine Pause.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Stramm.

Bevor wir jetzt in die Aussprache eintreten, unterbrechen wir die Sitzung kurz, um das technische Problem zu klären. Ich veranschlage dafür mal sieben Minuten. Wir treffen uns um 11.00 Uhr hier wieder.

(Julian Barlen, SPD: So lange dauert das, einen Hocker hier reinzukriegen?! – Torsten Renz, CDU: Da brauchen wir einen Elektriker, einen Störungstechniker. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Unterbrechung: 10.52 Uhr

Wiederbeginn: 10.54 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie darüber informieren, dass sich das Problem momentan technisch nicht beheben lässt. Es ist jetzt das Rednerpult auf eine mittlere Höhe eingestellt worden, die dann hoffentlich bei allen dazu führt,

(Torsten Renz, CDU: Wenn Frau Hesse damit klarkommt, dann gehts.)

dass Sie Ihre Rede hier trotzdem in halbwegs ergonomischer Haltung halten können. Es lässt sich also jetzt nicht mehr verschieben. Die Elektriker haben wir ausgeschaltet, damit nicht noch Schlimmeres passiert. Wir werden das im Anschluss an die Sitzung in der Sitzungspause entsprechend reparieren. Vor diesem Hintergrund müssen wir diese Pause auch nicht unnötig ausdehnen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Gajek repariert das.)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt gegenwärtig noch im Haus unterwegs sind, dann wieder in den Plenarsaal. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, zum Tagesordnungspunkt 34 eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Birgit Hesse.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Passt wie angegossen, oder? – Vincent Kokert, CDU: Ich mach eine Räuberleiter.)

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Frage nach der Ausgestaltung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Sie kennen das alle, ist ein politischer Dauerbrenner, vor allem wenn es darum geht, wie die Finanzierung aufgesplittet wird zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Frau Stramm hat es ausgeführt.

Zurzeit ist es also so, dass die Krankenkassenbeiträge für Beschäftigte je nach Krankenkasse zwischen 14,6 und 16,1 Prozent liegen, wobei die Arbeitnehmer 7,3 Prozent ihres Bruttogehaltes plus den kassenindividuellen Zusatzbeitrag zahlen müssen. Unter dem Strich bedeutet das, die Arbeitgeber kommen günstiger davon als ihre gesetzlich versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und natürlich – Sie ahnen es vielleicht – sträubt sich an dieser Stelle mein sozialdemokratischer Gerechtigkeitssinn gegen diese Ungleichbelastung,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Was für ein Sinn?)

zumal die Arbeitgeberseite gerade in Zeiten einer mehr als stabilen konjunkturellen Lage eine paritätische Aufteilung sehr wohl verschmerzen könnte. Sie sehen also, Frau Stramm, ich hege durchaus Sympathien für Ihren Vorstoß.

Aber – und das gehört eben auch dazu – wer an einem Rädchen drehen will, darf das Gesamtkonstrukt nicht aus den Augen verlieren. Es gilt, darauf zu achten, dass die Krankenkassen durch Veränderungen am System der GKV nicht weniger einnehmen, schließlich haben sie immer mehr ältere und damit oft auch stärker erkrankte Mitglieder. Wie hoch die Beiträge nämlich am Ende ausfallen, hängt auch vom Risikostrukturausgleich ab, der die individuelle Gesundheitssituation der Versicherten betrachtet und der ausschlaggebend ist für die Zuweisung aus dem

Gesundheitsfonds. So liegen wir in Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlichen Zusatzbeiträgen von 1,05 Prozent unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Die Krankenkasse mit den meisten Mitgliedern hier in Mecklenburg-Vorpommern, die AOK Nordost, erhebt beispielsweise einen Beitrag von 15,5 Prozent und ist damit vergleichsweise günstig. Eine paritätische Beitragsfinanzierung wird uns zudem nicht davor schützen, dass die Kassenbeiträge in Zukunft weiter ansteigen. Vor diesem Hintergrund stellt sich doch vor allem die Frage, wie wir die Basis der Beitragszahlerinnen und -zahler verbreitern können, nämlich indem wir diejenigen mit einbeziehen, die heute noch nicht versicherungspflichtig in der gesetzlichen Krankenversicherung sind.

Die paritätische Aufteilung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ist also nur ein Punkt, wenn es darum geht, Änderungen am System der Krankenversicherung und des Krankenversicherungsrechts vorzunehmen. Ich kann mir gut vorstellen, dass sich der Bund spätestens nach der nächsten Bundestagswahl an diese Baustelle machen wird.

(Torsten Renz, CDU: Ich glaube das nicht.)

In der aktuellen Regierung – und auch das ist kein Geheimnis – ist die Forderung von Andrea Nahles nach einer Rückkehr zur gleichzeitigen Finanzierung

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

leider an dem Bundesgesundheitsminister abgeprallt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert für die Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, im September hatten Sie erst einen Antrag zum Thema „Die gesetzliche Krankenversicherung sozial gerecht finanzieren“ eingebracht. Heute kommen Sie mit einem ähnlichen Antrag.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber Wahlkampf.)

Auch damals war schon die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge der Schwerpunkt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Heute wollen Sie nun, dass wir eine Bundesratsinitiative unterstützen, aber da kann ich Ihnen von vornherein sagen, das werden wir nicht machen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir uns so gedacht, ne? Wir sind ja auch nicht auf der Bundesebene.)

Sie hatten auch gesagt, Frau Stramm, dass bisher fünf Länder diese Bundesratsinitiative unterstützen. Ja, wir müssen aber auch mal ganz genau gucken,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wasser auf die Mühlen, ne?!)

welche Bundesländer es sind. Das sind einmal Nordrhein-Westfalen und Hamburg, weil die im Durchschnitt die höchsten Zusatzbeiträge haben, nämlich 1,21 und 1,18, und dann müssen wir uns natürlich die Farbenlehre bei den Bundesländern angucken.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es. Jetzt geht das wieder los!)

Thüringen, die eigentlich einen sehr guten Zusatzbeitrag haben – einen sehr geringen: 0,79 –, beteiligt sich daran, aber wenn man sich die Landesregierung ansieht, ist sie nämlich rot-rot. Also es ist nur politisch zu sehen. So ist es in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ebenfalls, es hängt von der Besetzung dort ab. In unserem Land haben wir, das sagte die Ministerin schon, einen Zusatzbeitrag von 1,05. Ich habe hier eine Zeitschrift, die sagt 1,06, aber diese 0,1 Prozent machen nun nicht das aus.

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD: Das müssen wir noch mal prüfen!)

Aber man muss natürlich auch sagen, hier in unserem Land gibt es 49 Krankenkassen und jeder hat die Möglichkeit, dass er die Krankenkasse wechseln und sich eine aussuchen kann,

(Stefan Köster, NPD: Jedes Jahr wechseln?! Was für ein Unfug!)

die einen sehr geringen Zusatzbeitrag hat. Insofern kann man von dem besonderen Kündigungsrecht Gebrauch machen und sich dann einer anderen Krankenkasse zuwenden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hilft uns aber allen bei dem Problem!)

Insofern denke ich da gerade an die Techniker Krankenkasse beziehungsweise an die Barmer, die 15,6 Prozent mit Zusatzbeitrag oder 15,7 anbieten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht doch aber um Gerechtigkeit.)

Aber man darf als Versicherter nicht nur alleine nach den Beiträgen gucken,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und zu einer anderen gehen.)

man muss natürlich auch danach gucken, welche Angebote die Krankenkassen dazu liefern. Insofern ist es auch nicht gerade günstig, wenn man dann vielleicht zur AOK wechselt, die 15,5 Prozent hat,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, und warum wohl?)

man muss sich die Zusatzangebote ansehen, die man da nutzen kann. Insofern muss man natürlich auch beach-

ten, dass durch diese paritätische Finanzierung, die man einführen will, die Kosten für den Arbeitgeber steigen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Wir wollten eigentlich diese Kosten geringer halten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Arbeitnehmer soll das dann zahlen, oder wie?!)

um damit mehr Möglichkeiten für die Arbeitgeber zu geben, damit man mehr Beschäftigte hat.

(Egbert Liskow, CDU: Aber für die Arbeitnehmer ist es auch gut, wenn sie Arbeit haben, Frau Gajek!)

Das ist nämlich der Ansatzpunkt, warum das damals so eingeführt worden ist. Insofern kann ich es kurz machen: Wir werden diese Initiative nicht unterstützen und

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir uns gedacht.)

wir werden sehen, wie sich das weiterentwickelt, dann kann man immer noch darauf reagieren. Im Moment ist das nicht das Thema, womit wir uns beschäftigen müssen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

(Zuruf aus dem Plenum)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau, das war Macht der Gewohnheit.

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Lasten und Kosten verteilen, paritätische Beteiligung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen, das können wir unterstreichen, das ist unser Ziel.

Und, Herr Schubert, ich finde das schon wieder mal ein bisschen irritierend, wie Sie hier argumentieren.

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind aber öfter orientierungslos.)

Wir von GRÜNEN, SPD und LINKEN versuchen ja seit Jahren, uns für die Bürgerversicherung einzusetzen. Ich weiß nicht, wie oft wir das schon thematisiert haben,

(Torsten Renz, CDU: Wieso bekommen Sie vom Wähler dafür keine Mehrheit, wenn das alles so logisch ist?)

aber manchmal ist es so, steter Tropfen höhlt den Stein und hält dieses hier jetzt fest. Aber ich denke, eine Fraktion hat immer das Recht, einen Antrag zu stellen. Wie

Sie das bewerten, das fällt halt unterschiedlich aus. Ich denke, gerade jetzt den Antrag einzubringen, ist aktuell,

(Torsten Renz, CDU: Weil Wahlkampf ist, oder was?)

denn meine Fraktion im Bundestag hat am 16.01. einen Antrag dazu eingebracht und es ist,

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

auch wenn in Mecklenburg-Vorpommern Wahl ist, eine bundespolitische Dimension.

(Torsten Renz, CDU: Da können wir ruhig alles ein bisschen vermischen, ne?)

Von daher sollte man nicht immer von sich auf andere schließen, Herr Renz.

Auch die SPD hat sich auf ihrer Bundestagsfraktionsklausur dazu verständigt, hat beschlossen, sich für die paritätische Finanzierung einzusetzen. Das ist eigentlich ein alter Hut, wird aber derzeit diskutiert.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die durchschnittliche Beitragsbelastung für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung ist 2016 so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte, und das trotz bislang guter Konjunktur und guter Arbeitsmarktlage. Und dass es zwischen den Krankenkassen unterschiedliche Beiträge gibt – da wissen Sie auch, wer die Versicherten sind, und dann wissen Sie ebenfalls, Herr Schubert, dass das nicht fair und nicht gerecht ist. Genau darum geht es, diese Ungerechtigkeit abzuschaffen, und das, was die GroKo seit Jahren macht, ist letztendlich der Bremsklotz. Da ist die CDU/CSU zu fokussieren.

(Torsten Renz, CDU: Seit wann ist denn die GroKo wieder im Amt?)

Die GroKo auf Bundesebene, glaube ich, ist seit ein paar Jahren im Amt und sie hat auch bestimmte Dinge auf den Weg gebracht und ...

(Torsten Renz, CDU: Wie lange denn schon?)

Darum geht es jetzt nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Nee?! – Torsten Renz, CDU: Sie haben signalisiert, als wenn wir schon Jahrzehnte Große Koalition haben. Jetzt frage ich Sie mal, wie lange wir im Amt sind.)

Also ich weiß nicht, wie oft ich das noch sagen soll. Ich habe darum gebeten, mir zuzuhören. Es steht hier drin,

(Vincent Kokert, CDU: Das heißt noch lange nicht, dass wir was machen müssen.)

das wiederhole ich gerne für die Herren der CDU, die ja offensichtlich doch öfter mal zum Hörakustiker gehen sollten:

(Vincent Kokert, CDU: Das war diskriminierend, Frau Gajek.)

Die Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen sind 2016 so hoch wie noch nie in der Geschichte. Ich denke, das sollte uns hier auffordern zu gucken,

(Zuruf aus dem Plenum: Wir wissen ja, dass Sie wollen, dass nur noch Frauen abstimmen.)

wenn es eine Bundesratsinitiative gibt, wie sich das Land positioniert.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen auch, dass die SPD dort eine andere Position hat.

Wir können uns nicht damit abfinden, dass die Krankenkassenbeiträge der Arbeitnehmer weiter steigen und die Arbeitgeber daran nicht so beteiligt sind wie die Arbeitnehmer/-innen. Ich denke, das ist eine Frage der Gerechtigkeit, und das, was zurzeit abläuft, ist eben weder gerecht noch solidarisch. Wir fordern, dass die Kosten der Krankenversicherung zwischen den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wieder fair verteilt werden.

(Torsten Renz, CDU: Sie müssen auch mal eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung machen!)

Herr Renz, für Sie noch mal: dass sie fair verteilt werden.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ja, es gibt immer den Koalitionsfrieden, darum wird es nachher auch gehen. Stärken Sie Ihrer Bundesministerin den Rücken, folgen Sie Ihrem sozialen Bewusstsein, unterstützen Sie den Antrag! Wir Bündnisgrüne werden das tun.

Ich denke, wir haben gerade vorher die Enquete...

(Torsten Renz, CDU: War das jetzt alles, was den Inhalt betrifft?)

Da ist nicht mehr zu sagen, es geht manchmal um Haltung.

(Torsten Renz, CDU: Ach so!)

Es geht um eine Haltung und die dann umzusetzen und nicht allein darum, der Macht immer wieder zu folgen, wie das die CDU/CSU gerne macht. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir als Bündnisgrüne werden dem zustimmen. Ich denke, es braucht nicht mehr Argumente. Wir stehen für die Bürgerversicherung heute, morgen, und ich hoffe, sie wird irgendwann Realität werden. Vielleicht können wir die CDU/CSU davon überzeugen, ansonsten gibt es 2017 Wahlen auf Bundesebene und das Volk wird entscheiden.

(Torsten Renz, CDU: So wie beim letzten Mal.)

Ich hoffe, es wird dann eine Veränderung geben

(Torsten Renz, CDU: So wie beim letzten Mal. 41 Prozent CDU!)

für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann das nicht anders einordnen, man muss das wirklich mal sagen, DIE LINKE hat diesen Antrag im Grunde wider besseres Wissen und aus parteitaktischen Gründen hier vorgelegt

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: „Wahlkampf“ haben Sie vergessen! – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wahlkampf! – Zuruf von Karen Stramm, DIE LINKE)

und möchte den Wählerinnen und Wählern vortäuschen, dass sie sich hier wirklich mit voller Ernsthaftigkeit

(Torsten Renz, CDU: So sieht es aus!)

und ganz überzeugt dafür einsetzt, dass es am Ende eine geschlossene Haltung der gesamten Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern pro Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung gibt.

(Karen Stramm, DIE LINKE: Das wäre doch aber wünschenswert, ne?)

Das wäre wünschenswert, aber es ist, sage ich mal, eine bewusste Täuschung Ihrerseits,

(Karen Stramm, DIE LINKE: Warum? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil Sie und jeder einigermaßen interessierte Mensch genau wissen, dass es auf Bundesebene und auch hier im Land zwischen SPD und CDU unterschiedliche Auffassungen zu der Struktur und der Wirkungsweise im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung gibt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber das muss man den Leuten immer wieder sagen, Herr Barlen.)

Das ist klar und das war auch vor Einreichen dieses Antrages bekannt.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Das ist auch der Grund dafür, warum sich die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat bei diesem Punkt nur der Stimme enthalten kann, weil es ja keine Übereinstimmung gibt, sage ich mal.

(Karen Stramm, DIE LINKE: Und dann kommt es einer Neinstimme gleich.)

Eine Seite ist dafür, die andere Seite ist dagegen und am Ende enthält man sich der Stimme. In anderen Bundesländern ist das anders.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Insofern kann man mit Fug und Recht sagen, dass DIE LINKE versucht, jetzt aus der Bundesratsinitiative Honig zu saugen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja. Das ist uns doch freigestellt, ne?)

Das kann man machen, aber es ist natürlich auch für uns die Gelegenheit, sage ich mal, unsere eigene Bundesratsinitiative zur Rückkehr zur gleichen Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der GKV noch mal ein bisschen näher zu erläutern. Der Antrag für die Entscheidung des Bundesrates wird im Wesentlichen gemeinsam von SPD-regierten Bundesländern vorangetrieben: Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und auch Thüringen.

(Karen Stramm, DIE LINKE:
Bremen haben Sie vergessen!)

Wir wollen erreichen, dass die sich aus medizinischer Innovation und natürlich auch aus sich verändernder Mobilität potenziell ergebenden Kostensteigerungen in der Gesundheitsversorgung nicht weiter alleine von den Versicherten bezahlt werden müssen. Aus diesem Grund zielt die auch von uns als SPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern inhaltlich völlig unterstützte Initiative auf eine vollständige Rückkehr zur paritätischen Finanzierung ab. Nicht nur der allgemeine Beitragssatz, sondern auch etwaige Zusatzbeiträge,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

so sie denn sein müssen, sollen wieder jeweils zur Hälfte vom Arbeitgeber und zur anderen Hälfte vom Arbeitnehmer bezahlt werden. Nach unserer Einschätzung gibt die Lage der Wirtschaft und auch der Sozialkassen das allemal her.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, ja, es trifft zu – und darauf reitet DIE LINKE auch genüsslich herum, die natürlich auf Bundesebene noch nie, sagen wir mal, Verantwortung übernehmen musste und das aus dieser Rolle heraus auch immer gut machen kann –, es trifft zu, an der Einführung dieses Zusatzbeitrages und auch an den weiteren Regelungen waren wir als SPD ab 2005 beteiligt. Das war in einer insbesondere den Bundesarbeitsmarkt betreffenden sehr ernsten Situation. Damals gab es 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland und es gab eine ganz große Verunsicherung auf dem Beschäftigungsmarkt. Deshalb haben sich die wesentlichen Teile der SPD damals dazu entschieden, temporär die Lohnnebenkosten zu senken und damit Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitgeber zu entlasten. Und, meine Damen und Herren, diese Entscheidung hat sich seitens der SPD und übrigens auch seitens der GRÜNEN und der Gewerkschaften, die das zu Teilen mitgetragen haben, damals niemand leicht gemacht.

Fakt ist, es gab damals wie heute sehr unterschiedliche Auffassungen über die Wirksamkeit dieser Maßnahme mit Blick auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Das zeigt auch die Debatte heute. Einigkeit bestand aber bei

der SPD und – ich habe das so wahrgenommen – auch bei den GRÜNEN insbesondere in dem Punkt, dass die Aufhebung der Parität zeitlich befristet sein muss und dass diese Aufhebung der Parität auf eine krisenhafte Situation bezogen sein muss.

Unseres Erachtens ist der Grund für die damals getroffene Regelung nicht mehr gegeben. Deshalb setzen wir uns im Rahmen dieser Initiative und übrigens auch im Rahmen der politischen Bestrebungen in unserer Programmatik dafür ein, dass wir zu der Gleichbehandlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurückkehren.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass sich zukünftig nicht ausgerechnet diejenigen einer solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung entziehen und der Solidargemeinschaft den Rücken kehren können, die finanziell besonders stark sind und die die sogenannten guten Risiken einer jeden Krankenversicherung darstellen, also Besserverdienende, Beamte – Stichwort: Wir kämpfen natürlich weiterhin für eine solidarische Bürgerversicherung.

Meine Damen und Herren, Rückkehr zur Parität, solidarisch finanzierte Krankenversicherung, das sind unsere Ziele, daran ändert auch der vorliegende Antrag der LINKEN nichts. Dass wir uns in diesen Punkten mit der CDU uneinig sind, im Bund und auch hier im Land, das ist bekannt. Deshalb werden wir dem Antrag der LINKEN auch nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung von der gemeinschaftlichen Finanzierung der Beiträge für die gesetzlichen Krankenkassen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die am 5. Juni 2014 im Bundestag von CDU, CSU und SPD beschlossen wurde, haben CDU, CSU sowie die SPD einen erheblichen Beitrag zu einer entsolidarisierten Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten, denn mit diesem Beschluss haben diese Superdemokraten dafür Sorge getragen, dass seit dem 01.01.2015 einzig und allein die Arbeitnehmer für die Beitragssteigerungen in der gesetzlichen Krankenkasse in Anspruch genommen werden. Wer sich mit Personalabrechnungen auskennt beziehungsweise jeder Arbeitnehmer, der seine Gehaltsabrechnung betrachtet, wird feststellen, dass die Zusatzbeiträge der Kassen stetig erhöht werden und hierdurch die Belastung für die Arbeitnehmer immer wieder ansteigt.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Umfrageergebnisse für die SPD versucht diese, zumindest medial ihre fatale Fehlentscheidung zu berichtigen. Viele Arbeitnehmer halten die SPD jedoch nicht mehr für glaubwürdig. Das Zurückrudern der SPD wird ihr dabei nicht helfen. Bis zu 1,5 Prozent beträgt zwischenzeitlich der Zusatzbeitrag, und die Entwicklung nach oben scheint sich ungebrochen fortzusetzen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Der Prozentsatz ist höher als Ihre Prognose bei den Wählern.)

Diese Umfrage, Frau Oldenburg, ist in etwa so glaubwürdig wie die Politik der ehemaligen SED-Partei.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Harter Tobak hier! Harter Tobak hier!)

Nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Schubert sollen die Versicherten nun ein Kassenwechselspiel beginnen.

(allgemeine Unruhe)

Also wer allein schon eine Umfrage macht, wo die FDP hier im Land bei 8 Prozent angesiedelt wird, und die letzten Wahlergebnisse betrachtet – die Umfrage ist so glaubwürdig wie auch die Politik der SPD:

(Michael Andrejewski, NPD: Völlig glaubwürdig!)

überhaupt nicht.

(Torsten Renz, CDU: Sind Sie beim Thema? – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie müssen zum Thema sprechen!)

Sie werden genauso erleben wie 2011, dass die Umfrageergebnisse von diesem Institut mit der Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen sind.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Schubert sollen die Versicherten nun ein Kassenwechselspiel beginnen.

(Bernd Schubert, CDU: Können! Können!)

Hierdurch wird aber keine Gerechtigkeit erzeugt, Herr Schubert. Die gesetzlichen Krankenkassen benötigen einen grundlegenden, umfassenden Richtungswechsel.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit ist ein kleiner, aber ein erster Schritt. Aus diesem Grund stimmt die NPD-Fraktion dem Antrag der LINKEN zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Stramm.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gesundheit ist uns lieb und teuer, wie teuer im laufenden Jahr 2016, das erfuhren die Krankenversicherten beim Öffnen der durch die Krankenkassen verschickten Briefe zur Zusatzbeitragserhöhung zum Jahreswechsel. In diesen Tagen, wenn sie ihre Abrechnung für den Monat Januar ausgehändigt bekommen, steht fest, um welchen Betrag sich tatsächlich ihr Lohn reduziert, und dies ist erst der Anfang, weitere Erhöhungen werden folgen. Um die gerechte Verteilung dieser Last geht es in unserem heutigen Antrag.

Ein Grund für die jetzige Erhöhung ist zweifellos auch das Anzapfen von Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung durch den Bund. Der Vollständigkeit halber sei hier daran erinnert, dass den Kassen durch den Griff in den Gesundheitsfonds 8,5 Milliarden Euro Rücklagen fehlen. Diese Kürzung des Bundeszuschusses war ein zusätzli-

ches Beschleunigungsprogramm für Beitragserhöhungen, alle diesbezüglichen Warnungen wurden jedoch ignoriert.

Nachdem die Linksfraktion hier im Landtag unseren Antrag ankündigte, war in der „Ostsee-Zeitung“ und der SVZ zu lesen, dass sich das Sozialministerium nach der Vorlage der Bundesratsinitiative zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung damit beschäftigen wird. Ich dachte schon, alles wird gut, wir können unseren Antrag zurücknehmen. Nun liegt die Bundesratsinitiative schriftlich vor, und wie weiter? Will sich Mecklenburg-Vorpommern am Versuch, die Gerechtigkeitslücke zu schließen, beteiligen? Nach der hier stattgefundenen Aussprache sieht es jedoch nicht danach aus. Sie lassen eine weitere Chance, den Menschen in unserem Land zu zeigen, dass Sie ihre Nöte und Ängste ernst nehmen, heute verstreichen.

Es wäre bedauerlich, wenn Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, die der Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz bietet, nicht nutzt. Ich hoffe, bei der Ankündigung der Ministerin, den öffentlichen Gesundheitsdienst und die hausärztliche Versorgung stärker in den Fokus zu rücken – beides Themen, die DIE LINKE hier im Landtag mehrfach thematisiert hat –, können wir uns auf das Versprechen verlassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch diese Landtagsdebatte ist wieder keine Sternstunde der Demokratie.

(Michael Andrejewski, NPD: So wie jede andere auch.)

Die Argumente heute waren wieder ähnlich wie die am 25.09.2015.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: War auch eine ähnliche Thematik.)

Genau.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist dann halt mal so.)

Ich erinnere an die Debatte zu unserem Antrag „Die Gesetzliche Krankenversicherung sozial gerecht finanzieren“. Zu dem damaligen Antrag sah sich die Linksfraktion wegen der sich abzeichnenden Beitragserhöhung in den gesetzlichen Krankenkassen veranlasst. In Vorbereitung der heutigen Debatte habe ich mir dieses Plenarprotokoll mal genauer angesehen. Viele der dortigen Redner und Zwischenrufer können sich eigentlich meines Erachtens nur freuen, dass die breite Öffentlichkeit die Landtagsprotokolle nicht liest,

(Heiterkeit bei Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

sonst sähe die Wahlumfrage der „Ostsee-Zeitung“ deutlich anders aus.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das glaube ich auch. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Aber ich will trotzdem noch mal darauf eingehen.

Damals sagte der Minister Brodkorb in Vertretung der Ministerin Hesse – ich zitiere aus dem Plenarprotokoll –: „Die gesetzliche Krankenversicherung beruht auf dem

Solidarprinzip. Wie viel man einzahlt, hängt vom Einkommen ab, aber welche Leistungen man bekommt, bestimmt sich nach der medizinischen Notwendigkeit. So zahlen die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten, die Singles für die Familien, die Gutverdienenden für die Einkommensschwachen.“

(Julian Barlen, SPD: Ja, geht nicht anders.)

„Nun ist es aber mitunter so, dass solidarisch nicht immer automatisch gerecht ist, schon gar nicht, wenn nicht alle mitmachen in der Gemeinschaft der Solidarischen.“ An anderer Stelle sagte er: „... die Rückkehr zu einer paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, finden in weiten Teilen meine sozialdemokratischen Sympathien und auch die der Sozialministerin.“ Zitatende. Heute hat Frau Ministerin Hesse es ähnlich gesagt.

Wenn das die Meinung sowohl des Bildungsministers als auch der Sozialministerin ist, dann frage ich mich, warum sie sich in dieser Koalition nicht durchsetzen, schließlich sind sie die Fachminister. Man kann auch in einer Koalition nicht permanent das eine sagen – wir sind für die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung, wir sind für die Angleichung der Renten Ost an West –, aber nicht entsprechend handeln. Hier, bei der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung, haben nun andere Bundesländer die Initiative ergriffen. Die Landesregierung muss sich im Bundesrat nur noch anschließen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Es sind gerade sieben Abgeordnete der CDU anwesend, die zuhören.)

Die Koalitionäre versuchen, sich wieder aus der Verantwortung zu stehlen.

Aber weiter mit dem Déjà-vu: Der Abgeordnete Schubert lobte in seinem Redebeitrag für die CDU den Gesundheitsminister Gröhe, zitierte dann aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 09.09.2015 mit dem Hinweis, dass die Krankenkassen nur Panik machen würden. Er mutmaßte, dass es zu keiner Erhöhung kommen wird. Herr Schubert lobte die komplette Ablösung der paritätischen Finanzierung der Beiträge und wiederholte die Mär, dass bei Wiederherstellung der Parität Arbeitsplätze verloren gingen. Das ist die immer gleiche Argumentation, die wir bereits aus den Mindestlohndebatten kennen und die sich schon dort als falsch erwiesen hat.

Nachdem der „Spiegel“ am 01.01.2016 berichtete, dass der CDA-Chef Laumann die Arbeitgeber wieder paritätisch an den Krankenkassenbeiträgen beteiligen will, hoffte ich, dass auch innerhalb der CDU ein Umdenkungsprozess in Gang gesetzt wurde. Inzwischen fordert nicht nur DIE LINKE die Rückkehr zur Parität, sondern neben den Gewerkschaften, Sozialverbänden und Krankenkassen fordern dies auch immer mehr Ärzte. Zur Begründung dieser Forderung wird auch die gute Wirtschaftsleistung herangezogen und es wird auf den Grundgedanken eines solidarischen Gesundheitssystems verwiesen.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie die Aufhebung der Parität so gut finden, dann müssen Sie den Menschen auch erklären, warum Gesundheit für alle ist, aber nicht von allen bezahlt wird. Die Mehrkosten für den medizinischen Fortschritt und eine bessere Versorgung können nicht alleine von den Versicherten aufgebracht werden. Diese Mehrkosten für die Gesundheit

müssen wieder gerecht verteilt werden. Ein erster Beitrag wäre, die ungerechte Lastenverschiebung aufzuheben. Eine Rückkehr zur Parität ist nach Auffassung der Linksfraktion überfällig, denn geteiltes Leid ist bekanntlich halbes Leid. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, sollte Mecklenburg-Vorpommern sich der Bundesratsinitiative anschließen.

Und noch eine Bemerkung: Herr Schubert, es sind nicht fünf Bundesländer, die die Bundesratsinitiative eingereicht haben, sondern sieben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5075. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5075 mit den Stimmen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPd abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung erhalten – Finanzierung optimieren, Drucksache 6/5078.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung
erhalten – Finanzierung optimieren
– Drucksache 6/5078 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Der Abgeordnete Jochen Schulte versucht,
das Rednerpult einzustellen. –
Ministerin Heike Polzin: Geht nicht.)

Jochen Schulte, SPD: Ach, geht ja nicht! Technik funktioniert nicht.

(Heinz Müller, SPD: Musst dich bücken,
Jochen, in die Knie gehen. – Heiterkeit
bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Lassen Sie mich vielleicht, bevor ich einige wenige Sätze zu dem Thema Bundesfernstraßenverwaltung äußere, grundsätzlich etwas zum Thema interfraktionelle Anträge sagen.

An sich stehe ich persönlich, und damit stehe ich vielleicht alleine in diesem Haus, an sich stehe ich persönlich auf dem Standpunkt, interfraktionelle Anträge sind nun nicht der Weisheit letzter Schluss, denn es ist schon schwierig

genug – ich habe das ja erlebt in einer Koalition mit der heutigen Linkspartei, ich erlebe das auch mit den Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der CDU –, es ist schon schwierig genug, gemeinsame Positionen zwischen zwei Fraktionen zu finden. Wenn vier Fraktionen daran beteiligt sind,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dann vereinfacht das die ganze Angelegenheit nicht unbedingt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Im Übrigen, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, stehe ich auf dem Standpunkt, dass es natürlich auch, mal unabhängig von dem jeweiligen Antragstext, für die Menschen in diesem Land von Interesse ist, wie und in welcher Form und welche Aussagen im Rahmen einer Plenardebatte unterschiedlich zur Position gebracht werden. Das ist ja das eigentlich Wichtige an einer Plenardebatte.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt natürlich Ausnahmen von diesem Grundsatz, auch für mich. Ich weiß, dass andere Kollegen gerne interfraktionelle Anträge machen. Wie gesagt, ich gehöre nicht dazu, aber auch für mich gibt es Ausnahmen von diesem Grundsatz. Eine Ausnahme haben wir gehabt, auch im Rahmen dieser Landtagsdebatte, als es darum ging, die Landesverfassung zu ändern. Ich denke mal, etwas so Grundlegendes, was nicht nur eine einzelpolitische Entscheidung ist, sondern die Grundlage für das weitere Agieren eines ganzen Landes darstellt, sollte immer breitestmöglich aufgestellt werden.

Ein anderer Punkt, und da komme ich zu diesem Thema, ist es natürlich dann auch, wenn es darum geht, dass hier aus diesem Land heraus deutlich gemacht wird, dass die Position, die die Landesregierung vertritt, eben nicht nur eine Position vielleicht der Mehrheitsfraktionen in diesem Haus darstellt, sondern tatsächlich im Agieren gegenüber dem Bund und in der Diskussion mit den anderen Bundesländern eine Position ist, die breit über eine Regierungsmehrheit hinaus getragen wird.

Warum sage ich das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen? Der Punkt ist, da muss man vielleicht auch mal schauen, wo dieses Thema Bundesfernstraßenverwaltung tatsächlich eingeordnet wird. Es geht hier eben nicht nur alleine – und deswegen halte ich das für wichtig, dass sich auch die Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Oppositionsfraktionen mit in diese Antragserarbeitung eingebracht haben –, dieses Thema geht über das Thema Auftragsverwaltung hinaus. Letztendlich berührt es auch die Frage eines Grundverständnisses der Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Wir sehen es bedauerlicherweise immer wieder und immer gestärkt – und das hat eigentlich nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern es ist tatsächlich der Dissens zwischen Ländern und Bund, egal, durch welche Partei es geht –, wir sehen es immer wieder, dass der Bund über die Länder hinweg durchregieren, durcharbeiten will, um seine eigenen Vorstellungen umzusetzen.

Das mag aus Sicht des Bundes und auch der Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Bundestagsfraktionen

durchaus nachvollziehbar sein, es berührt aber letztendlich ein Grundverständnis des föderalen Systems. Denn auch, was die Erbringung von bestimmten Verwaltungsleistungen angeht oder wenn es wie hier um die Sicherung der Verkehrsinfrastruktur in den Ländern, in den Regionen geht, gibt es eine klare Arbeitsteilung. Zumindest aus meiner Sicht, aber – so habe ich auch sämtliche Kolleginnen und Kollegen bei der Erarbeitung dieses Antrages verstanden – auch aus Sicht der anderen demokratischen Fraktionen gibt es eigentlich keinen Dissens, was diese Frage angeht. Da sind wir uns einig, und das zeigt ja auch ein interfraktioneller Antrag. Das vielleicht vorneweg.

Und dann lassen Sie mich noch einige wenige Sätze, wie gesagt, zum Thema „Auftragsverwaltung erhalten – Finanzierung optimieren“ sagen. Es zeigt sich an diesem Punkt, dass es eben kein parteipolitisches Thema ist, sondern ein Thema zwischen den Ländern und dem Bund, weil nicht nur dieser Landtag entsprechende Beschlüsse treffen wird beziehungsweise getroffen hat, sondern auch eine Vielzahl von anderen Bundesländern, übrigens völlig egal, wie dort die politischen Mehrheiten gestaltet sind. Am prägnantesten haben es, glaube ich, die Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag mit der Mehrheit der dort regierenden CSU auf den Punkt gebracht. Die haben – mit meinen Worten jetzt zusammengefasst – in Richtung ihres eigenen Bundesverkehrsministers gesagt, wir wollen das alles nicht. Das ist ein Beschluss gewesen, ich glaube, von anderthalb Sätzen, mehr war das nicht.

Hier ist er etwas umfangreicher, aber das hat mit den eigentlichen Zielstellungen nichts zu tun, denn auch die Zielstellung dieses interfraktionellen Antrags macht deutlich, dass das, was der Bund dort plant, aus Sicht des Landes, der antragstellenden Fraktionen, so nicht gewollt ist.

Wir – da spreche ich jetzt in erster Linie für die SPD-Fraktion, aber ich denke mal, die Kolleginnen und Kollegen werden es im Rahmen der Plenardebatte auch deutlich machen –, wir als SPD-Fraktion wollen, dass die Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen bei den Ländern aufrechterhalten bleibt. Wir wollen, dass eine leistungsfähige und flächendeckende Verkehrsinfrastruktur in den Ländern mit der Auftragsverwaltung der Länder erhalten bleibt, um hier auch im Wettbewerb der Regionen die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Bundesländer abzusichern. Sie sichert übrigens auch für unser Bundesland in einem wichtigen Wirtschaftssektor, nämlich dem Bereich des Transport- und Speditionswesens, Beschäftigung und Wohlstand.

Es ist richtig, dass die Expertenkommission des Bundes „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ zu Recht auf die seit Jahren unzureichende Investitionsfähigkeit im Bereich der Infrastrukturfinanzierung hingewiesen und daraufhin gefordert hat, dass ausreichend Kapital für Betrieb, Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Das, meine Damen und Herren, ist aber kein Grund, am System der Auftragsverwaltung etwas zu ändern. Das ist nur ein Grund dafür, dass der Bund mehr Geld zur Verfügung stellt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen einfach mal feststellen, natürlich gibt es immer wieder Defizite und natürlich muss das System optimiert werden, aber die Einzelbeispiele, die auch von Kolleginnen und

Kollegen auf der Bundesebene herangezogen werden, um grundlegende Mängel im System zu monieren, sind doch tatsächlich nur Einzelbeispiele, die als Ausnahmen die funktionierende Regel bestätigen, und die Regel heißt: Die Auftragsverwaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten bewährt. Hier in Mecklenburg-Vorpommern werden der Betrieb, der Bau, die Unterhaltung der Bundesfern- und Landesstraßen verlässlich erledigt und wir sehen keinen Grund, abweichend von den Beschlüssen der Verkehrsministerkonferenz andere Wege zu gehen.

Gleichzeitig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen, der jetzt über den eigentlichen interfraktionellen Antrag hinausgeht: Wir als SPD-Fraktion – weil das ja immer ein bisschen in der Diskussion auf Bundesebene mitschwingt –, wir als SPD-Fraktion lehnen auch sämtliche Überlegungen irgendeiner Privatisierung des Fernstraßennetzes oder des Fernstraßenbaus über die Frage der Auftragsverwaltung hinaus ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich hoffe nicht nur, ich gehe auch davon aus, dass dieser gemeinsame Antrag eine breite Unterstützung findet und natürlich dann das Signal ist, dass die Landesregierung, dass der hiesige Verkehrsminister nicht nur die Unterstützung der Mehrheitsfraktionen in diesem Haus hat, sondern eine breite Unterstützung aller demokratischen Fraktionen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat nun in Vertretung des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung die Justizministerin Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin hat es gerade gesagt, ich spreche heute in Vertretung des Verkehrsministers Herrn Pegel. Er kann nicht hier sein, weil er gerade jetzt in Berlin an einer Sitzung der Bodewig-II-Kommission teilnimmt, genau der Kommission, die von der Verkehrsministerkonferenz eingesetzt wurde, um Optimierungspotenziale und Finanzierungsmöglichkeiten und deren möglichst effiziente Kombination für den Bau, Erhalt und Betrieb der Bundesfernstraßen auszuloten. Auch wenn der Verkehrsminister hier heute nicht persönlich zum Thema spricht, so ist er also dennoch damit befasst. Ich darf Ihnen seinen herzlichen Dank dafür ausrichten, dass heute ein gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen auf dem Tisch liegt. Dies empfindet er im Ringen mit allen Beteiligten, vor allem auch dem Bund, um die zukünftige Gestaltung und Organisation der Straßenbauverwaltung als wichtige Unterstützung.

Meine Damen und Herren, die vor allem bundesseitig ins Feld geführten vermeintlichen Defizite der Auftragsverwaltung können aus Sicht der Länder nicht unkommentiert bleiben, denn entgegen der Sorge des Bundes sind die Länder selbstverständlich fest entschlossen und in der Lage, die gesetzlich formulierten Aufgaben für die Bundesfernstraßen in ihrer Zuständigkeit entsprechend den Vorgaben des Bundes zu erfüllen. Die Länder haben durch ihre umfassende Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb der Bundesfern- und der Landesstraßen, verbunden mit ihrer hohen Fach- und Ortskompetenz, schon seit jeher selbst das höchste Interesse, die Ver-

kehrsinfrastruktur wirtschaftlich optimiert über den gesamten Lebenszyklus zu gestalten.

Der hohe Aufwand der Länder für Planung, Bau und Betrieb der Bundesfern- und Landesstraßen hat zur Folge, dass sich die Länder bereits im eigenen Interesse für einen wirtschaftlichen Ausbau und Betrieb der Straßeninfrastruktur engagieren. Dabei sind die von den Ländern zu erbringenden Leistungen bei Planung und Baudurchführung in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen, während die pauschale Erstattung dieser Kosten durch den Bund, die sogenannte Zweckausgabenerstattung, unverändert geblieben ist.

Hier hat sich eine gravierende Verschiebung zum Nachteil der Länder ergeben. Die den tatsächlichen Kosten auf Länderseite wesentlich realistischer angenäherte Neubemessung dieser Erstattung des Bundes kann eine wirksame Möglichkeit für die schnelle und qualifizierte Umsetzung der mit dem Investitionshochlauf des Bundes ermöglichten Projekte sein.

Meine Damen und Herren, das Bundesverkehrsministerium hat neben der geplanten Bundesgesellschaft in Ausarbeitungen auch Untergesellschaften skizziert. Dies zeigt eines deutlich: Auch bei einer Bundesgesellschaft wird nicht alles zentral von einer Stelle in einem Haus bearbeitet werden können. Es sollte deshalb in einer gemeinsamen Diskussion der Länder mit dem Bund über eine möglichst effiziente und leistungsfähige Organisation der zukünftigen Straßenbauverwaltung ernsthaft diskutiert werden, ob die bundesseitig in die Diskussion eingeführte bundeseigene Aufgabenerledigung überhaupt grundsätzlich organisatorische Unterschiede zu den Strukturen der heutigen Auftragsverwaltung mit sich brächte und worin die höhere Effizienz liegen sollte. Gerade die bundeseigene Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und der jahrelang andauernde Versuch, diese zu reformieren, zeigen doch, dass bundeseigene Verwaltungen nicht per se problemlos und geräuschlos arbeiten.

Und auch die DEGES, die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, kann beispielsweise betrachtet werden. Mit der DEGES besteht ja seit der Wiedervereinigung eine Straßenbaugesellschaft, die im Besitz und im Auftrag etlicher Länder agiert. Hier haben wir also quasi eine umgekehrte Auftragsverwaltung: eine zentrale Ebene, die für verschiedene Länder arbeitet, anstelle der Länder, die für den Bund dezentral Aufgaben wahrnehmen. Die DEGES baut weder per se schneller noch zwingend günstiger als die Straßenbauverwaltungen der Länder, und es ist zu prophezeien, dass auch eine Bundesfernstraßengesellschaft weder schneller noch günstiger bauen wird.

Bei Bundesländergrenzen überschreitenden Projekten mag es in puncto Lückenschluss an der einen oder anderen Stelle schneller gehen, aber hier könnte der Bund nach Einschätzung der Länder, wenn er im Einzelfall tatsächlich unzureichende bilaterale Absprachen befürchtet, bereits heute mit entsprechenden Weisungen und angepassten Projektfinanzierungen auch im Rahmen der Auftragsverwaltung Landesgrenzen überschreitend Lückenschlüsse einfordern, koordinieren und beschleunigen.

Meine Damen und Herren, Straßen werden aber nicht nur neu gebaut, ausgebaut oder saniert, neben allen Baumaßnahmen steht der regelmäßige Betrieb. Das augenfälligste Beispiel dafür ist der Winterdienst. Da

einer Bundesfernstraßengesellschaft neben dem Bau auch der Betrieb übertragen werden soll, hätte das folgende Konsequenz: Zur Betreuung der weitverzweigten Landesstraßen müsste die derzeitige Struktur der Straßenmeistereien erhalten bleiben, da ein Stützpunkt, von dem aus Kontrollfahrten unternommen werden oder an dem man Streusalz nachlädt, nicht beliebig weit entfernt sein kann. Da die Bundesfernstraßen dann von einer eigenen Verwaltungseinheit betreut würden, wären zusätzliche Fahrzeuge und zusätzliches Personal im Einsatz. Das mag praktikabel sein, aber sicherlich nicht effizient. Eine ergebnisoffene Diskussion des Bundes mit dem Ziel einer möglichst effizienten und leistungsfähigen Straßenbauverwaltung wird hierauf Antworten geben müssen.

Meine Damen und Herren, in der vom Bund zu Beginn der Legislaturperiode gemeinsam mit den Ländern eingerichteten Arbeitsgruppe „Optimierung der Auftragsverwaltung“ wurden zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Abläufe gemacht. Diese Vorschläge und darüber hinaus bestehende Optimierungsmöglichkeiten müssen selbstverständlich genutzt werden, um angemessene Leistungen auch in Zukunft gewährleisten zu können und die Effizienz sicherzustellen.

Die Länder werden deshalb immer aktiv und konstruktiv mitwirken, wenn es darum geht, zeitnah mögliche Effizienzsteigerungen im bestehenden System der Auftragsverwaltung zu erreichen. Notwendig ist dabei jedoch insbesondere eine verlässliche und langfristig disponierbare Mittelbereitstellung. Über eine Finanzierungsgesellschaft könnte eine überjährige Finanzierungssicherheit hergestellt werden. Diese Gesellschaft müsste dazu über eigene Kapazitäten zur Kreditaufnahme verfügen.

Meine Damen und Herren, die Bodewig-II-Kommission befasst sich en détail mit allen Fragen, die ich nur kurz angeschnitten habe. Am 23. Februar tagt eine Sonderverkehrsministerkonferenz zum Abschlussbericht dieser Kommission. Dann gibt es eine umfassende Diskussionsgrundlage, mit der die bundesseitig gewünschten Gespräche über eine Optimierung der Straßenbauverwaltung geführt werden können. Dabei muss es um alle Optimierungspotenziale gehen, sowohl die aufseiten der Landesstraßenbauverwaltungen als auch die auf Bundesseite liegenden Aufgaben in Form von Finanzierung, Genehmigung und Kontrolle. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun hat es also doch geklappt. Nach einigem Hin und Her ist es gelungen, alle demokratischen Fraktionen für diesen fraktionsübergreifenden Antrag zu gewinnen. Ich nehme an, dass Kollege Schulte besonders daran gearbeitet hat, den Koalitionspartner für das Anliegen zu gewinnen. Herzlichen Dank dafür.

(Jochen Schulte, SPD: Es blieb
ihm nichts anderes übrig.)

Sie werden sich erinnern, sehr geehrte Kollegen verkehrspolitische Sprecher, dass ich es war, die Ende November einen solchen gemeinsamen Antrag angeregt hat,

(Jochen Schulte, SPD: Nee, da
kann ich mich nicht dran erinnern.)

denn wir waren uns einig, dass die Auftragsverwaltung der Länder erhalten werden muss. Anlass war ein Informationsgespräch auf Einladung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zur beabsichtigten Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft. Andere Länder wie Bayern, Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben bereits Beschlüsse gefasst für die Beibehaltung der Auftragsverwaltung der Länder und gegen die Bundesautobahn- und Bundesfernstraßengesellschaft. Wenn wir heute gemeinsam diesen Antrag beschließen und somit Geschlossenheit demonstrieren, ist das ein gutes Zeichen sowohl in Richtung Berlin als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung unseres Landes.

Sicher werden Sie, Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnisgrünen, auch diverse Briefe erhalten haben, aus denen die Ängste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ablesbar waren. Ich will in meiner Rede die Gründe der Ablehnung einer solchen Bundesgesellschaft besonders aus linker Sicht beleuchten, das wird Sie nicht wundern. Deshalb erwähne ich auch nur schlaglichtartig, weil bereits vorgebracht, dass sich die Auftragsverwaltung bewährt hat, Verbesserungen in den bestehenden Strukturen erfolgen sollten und vor allem der Bund seine Hausaufgaben machen muss.

Wir brauchen eine Verstärkung der Finanzausstattung auf hohem Niveau, überjährige und frühzeitige Finanzierungszusagen für einen besseren Planungsvorlauf und für Planungssicherheit. Auch würde eine Trennung der Verwaltung von Bundes- und Landesstraßen die Effizienz deutlich sinken lassen. Synergien, die sich aus der gemeinsamen Verwaltung zwangsläufig ergeben, würden wegfallen. Und es stünde letztlich auch die Frage im Raum, ob die Beschäftigung des Personals in dem Umfang noch vertretbar sei.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die LINKEN wehren sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gegen diese Planungen. Unsere Bundestagsfraktion hat sich bereits im November vergangenen Jahres mit einem Antrag eindeutig positioniert. Gefordert wurde die sofortige Einstellung aller Aktivitäten zur Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft. Weiterhin wurde gefordert, dass Bund und Länder nach Vorliegen der Ergebnisse der Bodewig-II-Kommission gemeinsam Vorschläge für eine Reform der Auftragsverwaltung erarbeiten und umsetzen. Dieser Antrag hat bei den Regierungsfractionen auf Bundesebene zumindest bewirkt, dass die Ergebnisse der Bodewig-II-Kommission abgewartet werden sollen. Sie werden für Ende Februar erwartet. Zudem wird zum Antrag der Bundestagsfraktion eine Anhörung im Verkehrsausschuss stattfinden.

Ungeachtet dessen und des wachsenden Widerstandes aus den Ländern treibt die Bundesregierung im Hintergrund allerdings ihre Pläne voran. Mitte Dezember wurde öffentlich, dass sich die drei Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr nach langem Ringen auf

Eckpunkte für einen Plan zur Schaffung einer Bundesautobahngesellschaft verständigt haben. Die Bundesautobahn- oder Bundesfernstraßengesellschaft soll das überregionale Verkehrsnetz in Deutschland finanzieren, planen, bauen, erhalten und dann auch betreiben. Diese Gesellschaft soll privatrechtlich organisiert sein. Die Schaffung einer GmbH wird geprüft. Vor allem sollen sich private Investoren an den Projekten der Gesellschaft beteiligen dürfen. So wollen der Bundeswirtschafts-, der Bundesfinanz- und auch der Bundesverkehrsminister privates Kapital für die Investitionen mobilisieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, schon Karl Marx schrieb in seinem berühmtesten Werk „Das Kapital“,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass eben das Kapital immer nach neuen und besseren Verwertungsbedingungen sucht.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Auch wegen der anhaltenden Niedrigzinsperiode suchen Versicherungsgesellschaften und Rentenfonds händelnd neue Anlagemöglichkeiten, am besten hochverzinsliche und sichere Anlageformen. Der öffentliche Sektor ist dafür hervorragend geeignet. Bundesautobahnen und Bundesstraßen haben einen erheblichen Wert. Zudem besteht ein großer Investitionsstau und die öffentliche Hand hat sich der Schuldenbremse verschrieben.

Wenn ich eins und eins zusammenzähle, bietet es sich nach dieser Kapitallogik geradezu an, dass sich Kapital und öffentliche Hand verbünden. Die Anleger könnten ihr Geld mit sicherer Rendite anlegen, und die Finanzierung von Planung, Bau und Erhaltung von Bundesstraßen geschieht auch unter Renditegesichtspunkten. Was das für Mecklenburg-Vorpommerns relativ wenig befahrene Straßen bedeuten würde, kann sich jeder ausmalen.

Die Bundesfernstraßen als überregionale Verkehrsinfrastruktur gehören zur Daseinsvorsorge, die aus unserer Sicht unbedingt öffentlich bleiben muss. Auch eine Gesellschaft vollständig in Bundeseigentum lehnen wir ab. Vergleiche mit der auch in Bundeseigentum befindlichen Deutschen Bahn drängen sich hier förmlich auf. Die Erfahrungen mit der in Tochtergesellschaften aufgesplitteten Deutschen Bahn und den Auswirkungen der Gewinnorientierung kennen wir zur Genüge. Die Deutsche Bahn als öffentlich-privatrechtlich bewirtschaftete Gesellschaft untersteht außerdem nicht mehr der Aufsicht durch das Parlament.

Auch eine Bundesautobahn- oder Bundesfernstraßengesellschaft würde völlig marktorientiert und ohne parlamentarische Kontrolle agieren können. Vor allem aber die von Verkehrsminister Dobrindt favorisierten und schon praktizierten öffentlich-privaten Partnerschaften lehnen wir entschieden ab. Das ist Rendite für die Privaten auf Kosten der öffentlichen Hand. Dafür haben wir Beispiele zur Genüge im Land. So zahlt das Land noch immer für Fehler der 90er-Jahre. Der sogenannte Investorenbau JVA Waldeck wird uns noch nach 2026, dem Auslaufen der Mietzeit, beschäftigen. Über 30 Jahre wird das Land, damit die Steuerzahler, dann fast das Dreifache der Baukosten gezahlt haben und noch ist unklar, ob dann die Kredite getilgt sind. Im schlimmsten Fall muss noch der Kredit abgelöst und nach 30 Jahren Nutzung kräftig investiert werden.

Sicher, im Fall der JVA Waldeck wurde mit krimineller Energie vorgegangen, aber auch legal steht allein der Profit im Fokus, nicht etwa die Sicherung der Daseinsvorsorge. Es wird dort investiert, wo es sich rechnet. Damit wäre Mecklenburg-Vorpommern – genau wie schon jetzt bei der Deutschen Bahn – abgeschrieben. In einem Land mit der geringsten Einwohnerdichte Deutschlands und einer Bevölkerung, die immer älter und dann auch zunehmend im Ruhestand ist, können Autobahnen und Bundesstraßen nicht so befahren sein wie in den Metropolregionen. Selbst wenn die Maut auf alle Lkws und auch auf Pkws ausgedehnt und zudem stark erhöht wird, wird sich Straßenbau in Mecklenburg-Vorpommern nicht durch die Nutzer finanzieren lassen. Das wäre das Ende der Investitionstätigkeit. Der Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen und der Bau von Ortsumgehungen würden auf der Kippe stehen.

Stichwort „Nutzerfinanzierung“. Schon die derzeit von Brüssel gestoppten, aber vom Bund nur zurückgestellten, nicht gestoppten Pläne einer Pkw-Maut gehören zum Plan für diese Bundesautobahn- beziehungsweise Bundesfernstraßengesellschaft. Die Gelder der Maut sollen zweckgebunden genutzt werden. Auch Teile der Energiesteuer, vormals Mineralölsteuer, sollen in die Gesellschaft fließen. Wenn in die Straßengesellschaft die Einnahmen fließen, was bleibt dann noch für die Schiene? Noch weniger als jetzt! Damit hat die Straße endgültig Vorfahrt und die Schiene wird noch stiefmütterlicher behandelt.

Für ein Pendlerland wie Mecklenburg-Vorpommern wäre die Maut für den privaten Pkw-Verkehr erst dann gerechtfertigt, wenn wir mit dem öffentlichen Verkehr tatsächlich bedarfsgerecht, kostengünstig und in angemessener Zeit dahin kommen, wohin die Nutzer wollen und müssen. Die Argumente sprechen für sich: Es gilt, die Bundespläne zu vereiteln.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antrag stellen sich die Regierungsfractionen gegen Bundesminister mit gleichem Parteibuch. Auch für die Bündnisgrünen ist es nicht ganz so einfach, weil ihre Bundestagsfraction die Pläne zumindest bislang befürwortet. Wie ich eingangs bereits sagte, haben sich schon einige Landtage für die Beibehaltung der Auftragsverwaltung durch die Länder ausgesprochen. Gut, dass nun auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sich auf die Seite derjenigen stellt, die die Bundespläne vereiteln wollen. Das ist eine reale Chance, denn nur wenn die Länder zustimmen, sind die Pläne umsetzbar.

Die Minister Gabriel, Schäuble und Dobrindt ackern derzeit, die Bundesländer für ihre Pläne zu überzeugen, denn für die Schaffung einer Bundesautobahn- und Bundesfernstraßengesellschaft ist eine Änderung des Grundgesetzes notwendig und damit die Zustimmung des Bundesrats.

Mit dem heutigen Beschluss erteilt das Landesparlament der Landesregierung einen klaren Handlungsauftrag. Dass dies fraktionsübergreifend erfolgt, ist wichtig und gut. Das dürfte auch vorerst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung beruhigen, die Angst um ihren Job beziehungsweise Angst vor einem weit entfernten Arbeitsort haben. Schließlich wurden gerade für sie die Strukturen erst verändert. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Einführung dieses interfraktionellen Antrages hat Herr Schulte ausführlich dazu gesprochen, wie das zustande gekommen ist. Deshalb erspare ich es mir an dieser Stelle.

Ich will aber noch mal auf die Rede meiner Vorrednerin eingehen. Ich hatte mir nicht vorstellen können, dass wir infolge dieses interfraktionellen Antrages, wo es um die Auftragsverwaltung des Bundes durch die Länder geht, hier eine Stunde der politischen Ökonomie des Sozialismus à la Marx vorgetragen bekommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Haben Sie Marx gelesen?)

Wir wissen ja alle, wie diese Ideologie gnadenlos gescheitert ist: 1989 mit einem Fiasko in der damaligen DDR.

Frau Schwenke, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, dass mit dieser Ideologie keine Lorbeeren zu gewinnen sind!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist keine Ideologie, das ist Wissenschaft,
Herr Eifler, und manches bleibt trotzdem wahr.)

Und sich das dann auch noch ans Revers zu heften und zu sagen, das ist meine Initiative – nein, in der Tat, durch die intensive Zusammenarbeit mit dem Kollegen Schulte ist dieser interfraktionelle Antrag zustande gekommen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die Initiative
ging von Frau Schwenke aus. Das
müssen Sie endlich mal anerkennen!)

Und dafür, Herr Schulte,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist nun wirklich die Wahrheit.)

noch mal recht, recht herzlichen Dank!

So viel zu dem Zustandekommen dieses Antrages, in dem es in der Tat um ein Thema geht, nämlich um den Erhalt der Auftragsverwaltung, die Bundesfernstraßen betreffend.

Ich glaube, fast jeder von uns aus den demokratischen Fraktionen hat in den zurückliegenden Wochen Schreiben von Mitarbeitern der Straßenbauverwaltung unseres Landes bekommen, in denen die Sorge zum Ausdruck gebracht wird, dass die Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen durch die Bundesländer an eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes übertragen werden soll. Ich könnte meine Ausführungen jetzt kurz machen und Ihnen sagen, dass meine Fraktion diese Schreiben dahin gehend beantwortet hat, dass die Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Absatz 2 und 85 des Grundgesetzes erfolgt und es zur Änderung dieser Regelung einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat bedarf.

Eine solche Mehrheit sehen wir derzeit nicht. Auch aus diesem Grunde ist eine Übertragung der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen an eine Infrastrukturge-

sellschaft des Bundes nicht zu erwarten. Außerdem – das ist angesprochen worden – hat die Verkehrsministerkonferenz in dem zurückliegenden Jahr eine eindeutige Position dazu vertreten, und daran hat sich bis heute auch nichts geändert. Wir haben ja gehört, dass man mittlerweile in Berlin auch weiter an dem Thema arbeitet.

Trotz der bisherigen Ausführungen möchte ich etwas weiter in diese Thematik einsteigen. Klar ist, dass eine vom Bundeswirtschaftsminister eingesetzte Expertenkommission unter dem Namen „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ die Empfehlung abgegeben hat, wonach die Betreuung der Bundesfernstraßen aus den Verwaltungen der Länder herausgelöst und eine bundeseigene Gesellschaft gebildet werden soll. Vor diesem Hintergrund sind die Sorgen der Mitarbeiter in den Straßenbauverwaltungen, aber auch die der Gewerkschaften durchaus verständlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Alliierten haben nach dem Zweiten Weltkrieg die Verwaltung der Fernstraßen in die Verantwortung der Länder gelegt. Diese sollten die Straßen treuhänderisch bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland verwalten. Diese sogenannte Auftragsverwaltung im Sinne des Artikels 85 des Grundgesetzes gibt es außer im Bereich der Bundesfernstraßen nur noch in den Bereichen Atomrecht und in Teilen der Finanzverwaltung.

Die Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen wurde in den zurückliegenden Jahren immer wieder hinterfragt. Insbesondere der Bundesrechnungshof und der Bundeswirtschaftsminister haben sich für eine eigenständige Verwaltung der Bundesfernstraßen durch den Bund ausgesprochen. Mittels der eigenständigen Verwaltung soll eine Stärkung von Investitionen in Deutschland erreicht werden.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Seitens des Bundes wird bemängelt, dass es im Bereich der Finanzierung zu Fehlanreizen gekommen wäre, die unwirtschaftliche Projekte fördern oder zu Planverzögerungen führen. Des Weiteren wird die mangelnde Einflussmöglichkeit des Bundes im Rahmen der Aufsicht bemängelt. Es gibt immer wieder Vorwürfe, dass trotz vorhandener Mittel nicht ausreichend genehmigte Projekte zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, dass die Planung zunächst durch die Länder vorzufinanzieren ist, es aber keinesfalls sicher ist, dass diese Projekte umgesetzt werden, besteht hier meines Erachtens Änderungsbedarf.

Meines Erachtens muss auch geprüft werden, ob das Personal in den Straßenbauverwaltungen des Landes ausreichend ausgestattet ist, um die Umsetzung der anstehenden Aufgaben realisieren zu können. Gespräche mit den Vertretern der Straßenbauverwaltungen in den zurückliegenden Wochen haben verdeutlicht, dass das Personalkonzept des Landes auch hier Spuren hinterlassen hat. Es gilt also, durch ein gezieltes Personalmanagement gegenzusteuern.

Ich teile die Auffassung des Bundes, dass keine unwirtschaftlichen Projekte aufgrund politischer Vorgaben oder der Bundesfinanzierung umgesetzt werden sollten. Wir müssen mit dem Geld des Bundes, welches auch von Steuerzahlern aufgebracht wird, achtsam und verantwor-

tungsvoll umgehen. Nur bei Nutzung der von mir genannten Maßnahmen kann es uns gelingen, den Befürwortern der Verlagerung der Bundesauftragsverwaltung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Reform der Bundesauftragsverwaltung erfordert die Änderung des Grundgesetzes. Dies wiederum setzt die Abstimmung zwischen Bund und Ländern und eine mehrheitliche Zustimmung der Länder zu dem Reformvorhaben voraus. Eine solche Mehrheit sehe ich derzeit weder im Bundesrat noch im Bundestag, zumal – und hier wiederhole ich mich noch mal – sich auch die Verkehrsministerkonferenz eindeutig gegen die Änderung der Auftragsverwaltung in der Weise ausgesprochen hat, dass die Verwaltung der Bundesfernstraßen den Ländern entzogen wird. Deshalb ist mit einer Übertragung der Auftragsverwaltung nicht zu rechnen.

Dennoch ist der vorliegende Beschluss notwendig, um der Landesregierung weiterhin den Rücken zu stärken, aber auch Wege aufzuzeigen, um einer Übertragung der Auftragsverwaltung langfristig entgegenzustehen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem interfraktionellen Antrag, wovon ich ausgehe, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD:
Kein Redebedarf.)

Die NPD-Fraktion hat ihren Redebeitrag zurückgezogen und ich bitte den Abgeordneten Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort zu ergreifen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt den Inhalt dieses Antrags mit und wir stimmen natürlich für diesen Antrag, logisch.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Sonst hättest du ja auch nicht unterschrieben.)

Aber ich möchte trotzdem etwas Wasser in den Wein gießen.

(Heiterkeit und Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Erstens, wir als GRÜNE diskutieren intern durchaus heftig zu diesem Thema, denn mehrere Verkehrspolitikern aus dem Bereich der GRÜNEN teilen das Konzept, was aus dem Hause Schäuble kommt, eine Bundesstraßenverwaltung sozusagen stärker in Richtung Bund zu verlagern.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Das ist ja schon bezeichnend, dass das aus dem Hause Schäuble kommt und nicht Dobrindt.)

Bitte?

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Das ist ja schon bezeichnend, dass das aus dem Hause Schäuble kommt und nicht Dobrindt.)

Ja.

Und der zentrale Vorwurf an die Länder ist, es werden zum Teil sinnlose Projekte aus politischer Motivation nach vorne geschoben, die dann aus Bundesmitteln heraus gebaut werden, die eigentlich keine Notwendigkeit haben, und das führt dazu, dass an anderer Stelle wichtiges Geld fehlt.

Für diese Sachverhalte gibt es Beispiele. Ich möchte ganz deutlich und klar die B 96 nennen, und zwar nicht den Abschnitt bis Samtens, sondern das, was ab Samtens bis zur Ortsumfahrung Bergen gebaut wird. Dort ist die Verkehrsinfrastruktur, so, wie sie ist, absolut ausreichend. Wer mal aktuell auf irgendwelche Stauseiten bei Google sieht, weiß, ab Bergen gibt es dann sicherlich Stau, aber es ist im Moment auf dieser Strecke überhaupt kein Stau, jeder kann da durchfahren. Über solche Projekte müssen wir reden, wenn wir nicht wollen, dass der Druck aus Berlin erhöht wird.

(Jochen Schulte, SPD: Darum gehts dem nicht. Darum gehts dem nicht.)

Doch, in der Argumentation der GRÜNEN spielt das eine große Rolle.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Aber nicht bei Herrn Schäuble.)

Sie haben das Gefühl, dass sozusagen Bundesverkehrsprojekte nach politischer Bedeutung und Proporz vergeben werden.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber daran ist ja die Bundesregierung auch schuld.)

Übrigens, interessanterweise glauben sie, dass ganz viele Projekte nach Bayern gehen

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

und Dobrindt sozusagen den Bayern immer die Projekte zuschiebt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, genau. Meine ich doch.)

Deswegen finde ich noch interessanter, dass die Bayern sagen,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

nee, also auf keinen Fall wollen wir da in diese Richtung gehen.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Ja, sie wissen ja nicht, wie lange Dobrindt da bleibt. – Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

So, und ich will jetzt auch noch einen Satz sagen: Dass immer wieder angeführt wird das wunderschöne Beispiel unseres Verkehrsministers mit der Schneeberäumung, die sozusagen auf der Bundesstraße langfahren, und dann heben sie das Schild hoch, weil ab da Landesstraße ist, und umgekehrt, dazu muss man mal ehrlich sagen, das ließe sich durch Verträge miteinander relativ schnell klären. Das ist also nicht der zentrale Punkt,

sondern ich glaube, wir sollten das, was den Betrieb und den Unterhalt der Straßen angeht, möglichst bei uns vor Ort belassen, damit wir die Hand drauf haben, damit wir eine vernünftige Finanzierung auch für die Landesstraßen haben, nämlich dass man sagt, ihr übernehmt in Zukunft für eure Strecken vor Ort die Hoheit, wir geben euch tatsächlich die Mittel mit dazu und einen gewissen Aufwuchs, und dann werdet glücklich damit. Genauso ist es ausgegangen: Wir sind diejenigen, die viel zu wenig Mittel bekommen haben für die Bahnstrecken im Land, das reicht hinten und vorne nicht, und jetzt sind wir zwischen den politischen Fronten der richtig großen Länder geraten und die haben gesagt, wir brauchen zukünftig deutlich mehr Geld. Wir streiten jetzt gar nicht mehr darum, ob wir mehr kriegen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nee.)

sondern einfach, ob wir bei dem Stand, der jetzt schon nicht ausreicht, überhaupt noch bleiben dürfen. Und ansonsten zucken die anderen Länder mit den Schultern und sagen: Leute, Bahn ist vielleicht nicht das richtige Verkehrsmittel für euch, ihr seid doch viel zu wenige Menschen, die von A nach B wollen. Deswegen glaube ich, dass es der falsche Weg ist, weitere Kompetenz in Richtung Bund zu verlagern, um diese Diskussion dann nicht führen zu müssen, die immer zum Nachteil von Mecklenburg-Vorpommern ausgehen wird.

Aber ich möchte auch ein bisschen die Strategie erklären, die die GRÜNEN auf Bundesebene – das ist nicht allgemeine Meinung auf Bundesebene, aber die Verkehrspolitikern ...

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Haben die eine?)

Die haben eine Strategie. Das Problem ist, dass es eine gewisse Logik gibt hinter der Strategie und dass es unter Umständen am Ende ähnlich ausgeht wie bei den Regionalisierungsmitteln, dass nämlich dann ein Bundesland nach dem anderen kippt, weil sie plötzlich die Vorteile eines solchen Systems erkennen. Deswegen ist es sinnvoll, über die Idee nachzudenken.

Die Idee ist, dass man die Maut für den Lkw-Verkehr, die bisher eigentlich nur auf den Bundesautobahnen erhoben wird, auch auf alle anderen Straßen ausweitet und dann den Ländern diese Mauteinnahmen mitgibt. Da kommt natürlich für uns raus, dass das bisschen Lkw-Verkehr, was wir da auf unseren Bundes- und Landesstraßen haben, keine großen Summen einspielen wird, die auch nicht dazu führen werden, dass wir wesentlich mehr Geld im Topf haben. Das ist bestenfalls ein Nullsummenspiel, wird aber nicht zu neuen Spielräumen führen. In Ländern wie Baden-Württemberg, NRW, die politisch auch die Schwergewichte sind, oder Bayern, sieht das ganz anders aus. Wenn die diese Einnahmen bekommen, dann sind das richtige Summen, mit denen man neue Projekte bauen kann, und ich muss kein Prophet sein, die werden da Dollarzeichen in den Augen kriegen und werden sagen, das rechnen wir uns noch mal genau durch.

Und dann fängt das gleiche Spiel an wie bei den Regionalisierungsmitteln, dass dieser Dominoeffekt einsetzt. Wir werden die letzten Aufrechten sein, aber es wird schwierig sein, diese Position, die wir im Moment richtigerweise hier auch gemeinsam beschließen, durchzuhalten. Da wünsche ich mir, dass wir gut vorangehen, stark bleiben, aber auch mit dem klaren Signal vorangehen, wir sehen die Verantwortung für das bundesweite Fernstraßennetz. Es kann nicht darum gehen, dass wir einfach nur sagen wollen, wir hätten gerne auch ein bisschen Investition bei uns, und uns Straßen an Land ziehen, die eigentlich in dieser Form, ich habe das Beispiel genannt, nicht unbedingt erforderlich sind.

Ich will noch einen kleinen Exkurs machen in Richtung der Kommunen, weil auch die haben ja jede Menge Straßenbauprojekte, Brückenprojekte und so weiter. Wir erinnern uns alle, da war die schöne Idee, wir führen das Doppelsystem ein und dann werden alle begreifen, weil wir jetzt wirtschaftlich denken, dass man nicht einfach so eine Brücke hinbauen kann, sondern man muss jedes Jahr auch eine Summe zurückstellen, damit man nach einer bestimmten Zeit diese Brücke wieder erneuern kann. Das widerspricht aber jeder politischen Erfahrung, die da heißt, alle paar Jahre schmeißt irgendjemand ein Fördermittelpogramm auf den Markt und sagt, gebt mal noch 10 Prozent dazu oder 20, oder was weiß ich, dann kriegt ihr die Mittel rübergeschoben und baut die Brücke neu. Solange solche Systeme existieren, lohnt es sich nicht, in irgendwelchen Kommunalhaushalten hart dafür zu streiten, irgendwelche Rücklagen zu bilden,

(Udo Pastörs, NPD: Doch, lohnt sich wohl.)

um Straßen in Zukunft zu erhalten. Das klappt nicht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Deswegen sollten wir in den Kommunen noch mal darüber nachdenken, wie man das sinnvoller organisieren kann, dass, wer sich ein neues Projekt hinstellt, auch darüber nachdenkt, wie er es dauerhaft erhalten kann, und nicht sagt, na ja, wenn es kaputt ist, wird es schon irgendjemanden geben in der Politik, der mir das bezahlt.

Zum Letzten will ich noch auf das Thema „private Finanzierung“ eingehen. Da würde ich mir von der LINKEN etwas mehr Differenzierung wünschen, weil zum Beispiel im Energiebereich – aber ich komme auch gleich auf den Verkehrsbereich – es jede Menge Projekte gibt, wo man sagt, im Moment kann sich das die öffentliche Hand nicht leisten, es würde aber für die Gesamtgesellschaft ein erheblicher Vorteil entstehen, wenn man dieses Projekt schon realisieren könnte, wir kennen ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber am Ende zahlt die Gesamtgesellschaft wieder dafür.)

Nein, das ist eben falsch und das ist die einfache Engstirnigkeit sozusagen der LINKEN bei diesem Thema. Es gibt ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, ist sie nicht.)

Ja, hören Sie doch mal zu! Ich will es ja am Beispiel erklären, und zwar an zwei Beispielen, einmal im Energiebereich – wenn Sie es nämlich grundsätzlich machen, gilt es auch für den –, da ist die Logik, dass man sagt, die Kommune ist nicht in der Lage, sich die Wärmedämmung für

die öffentlichen Gebäude zu leisten. Damit gibt sie deutlich mehr Geld für Energie aus. Ein Privater finanziert genau das vor, Wärmedämmung, Fenster und so weiter, spart dadurch Energie und teilt sich den möglichen Gewinn mit der Kommune. Das läuft in vielen Kommunen.

Aber im Verkehrsbereich haben wir das Thema Warnow-Tunnel. Dort hat die Politik, auch die Stadtpolitik in Rostock gesagt, wir haben ein Riesenproblem auf der ehemaligen B 105, das sind 60.000 Fahrzeuge am Tag, das ist Stau ohne Ende. Und wenn wir jetzt den Tunnel da oben hätten, würden dort 30.000 Autos oben und 30.000 unten langfahren. Rechnet sich super, also jedenfalls nach Maßgabe der Punkte für den Bundesverkehrswegeplan. Der damalige Bundesverkehrsminister hat gesagt: Leute, das ist nicht drin im Haushalt, aber was ihr machen könnt, ist natürlich, ihr finanziert das privat vor, dann habt ihr den Tunnel gleich, und wenn wir mal Mittel im Bundeshaushalt haben, dann steigt der Bund ein und verlängert die A 19 durch den Tunnel hindurch.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD:
So war der Plan.)

Das war die ursprüngliche Idee, warum man das gemacht hat.

Am Ende wurde der Tunnel gebaut, es wurde eine Maut erhoben, es fahren zwischen 10.000 und 12.000 Autos hindurch. Jeder, der ein bisschen logisch denken kann, hätte das vorhersagen können,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

weil klar ist, von 60.000 Fahrzeugen müssen nur ein paar weniger fahren, dann fließt der Verkehr nämlich da unten wieder auf der durch die Stadt führenden Straße.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Aber, und das ist gar nicht so schlecht, jetzt hat diesen Tunnel ein Privater an der Backe, der sich nämlich sozusagen von den Mauteinnahmen finanzieren muss.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Wir haben in der Rostocker Bürgerschaft damals den guten Beschluss gefasst, die Mautzeit von 30 Jahren auf 50 Jahre zu erweitern, und jetzt haben wir einen Tunnel, den wir wirklich nicht unbedingt brauchen, aber einige, die ihn brauchen, finanzieren ihn durch ihre Maut, und allen ist gedient.

(David Petereit, NPD: Das ist Quatsch.)

Hätte die Kommune das Projekt finanziert, es wäre im finanziellen Chaos geendet, und im Bundeshaushalt war definitiv kein Geld dafür.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das wäre nicht schlecht, wenn du was dazu sagen kannst, aber ich finde, dass wir als Kommune Rostock, wenn man überhaupt so einen Tunnel für richtig hielt, ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Jaeger!

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... das gut gelöst haben.

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich würde Sie bitten, Ihren Redebeitrag ...

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe immer auf die rote Lampe gewartet.

Vizepräsidentin Regine Lück: Ach so!

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deswegen danke für den Hinweis, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Regine Lück: Ach, Entschuldigung! Ich habe mich hier ...

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt sehe ich sie und ich beende hiermit meine Rede.

(Heiterkeit und Zuruf
von Rainer Albrecht, SPD)

Wir werden zustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Rainer Albrecht, SPD:
Da kann er ja wohl nichts dafür. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5078. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen gestimmt haben,

(Tino Müller, NPD: Dafür.)

hat keiner. Es gab Fürstimmen bei der NPD und es gab eine Enthaltung bei der NPD. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5078 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tierschutzkonforme Sauenhaltung gewährleisten, Drucksache 6/5066.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tierschutzkonforme Sauenhaltung
gewährleisten
– Drucksache 6/5066 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist bei uns
Chefsache, Herr Backhaus.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Normalerweise würde an meiner Stelle hier unsere tierschutzpolitische Sprecherin Jutta Gerkan stehen. Sie wissen, sie ist langfristiger erkrankt, aber auf dem Weg der Besserung, die gut verläuft,

(Heinz Müller, SPD: Das freut uns. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das
hört sich doch gut an. Alles Gute für sie!)

und ich will ihr von dieser Stelle aus auch noch mal alles Gute wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns sehr, wenn sie in dieser Legislatur wiederkommt.

Ich hoffe, der Landwirtschaftsminister hat keine Krise bekommen, weil jemand, der möglicherweise nicht so tief im Thema steckt, jetzt dazu spricht.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das
ist zumindest ehrlich von Ihnen.)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns zum Ende dieser Landtagssitzung über Schweine reden.

(Heiterkeit und Zuruf von
Patrick Dahlemann, SPD)

Ich will mal einsteigen, indem ich ein klein wenig nostalgisch werde und ein paar Jahre zurückblicke. Ich hatte das große Glück, in meiner Jugend auf dem Hof meiner Eltern groß zu werden. Das war damals ein konventioneller landwirtschaftlicher Milchbetrieb, Ackerbau und Viehzucht. Dazu gehörten Milchkühe, Kälber, natürlich Schweine und Ferkel, Hühner und Enten. Das ist so ungefähr 40 Jahre her.

Damals reichten – Herr Minister, vielleicht erinnern Sie sich noch – 50 Hektar aus, zumindest in Westdeutschland, um eine Familie, eine vierköpfige Familie zu ernähren.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Damals war es selbstverständlich, dass die Tiere Auslauf hatten, und natürlich konnten sich die Sauen suhlen und im Baumhof in der Erde wühlen. Ohne dass es großartige regulierende Vorschriften gab, fand artgerechte Tierhaltung statt,

(Minister Dr. Till Backhaus: Oh, oh, oh!)

weil Sauen und Ferkel für die Bauern etwas Besonderes waren, etwas Wertvolles und Lebensgrundlage waren.

(Beate Schlupp, CDU:
Das sind sie immer noch.)

Ja, das sind sie immer noch, dazu komme ich gleich.

Wenn man heute derartige Bilder sehen will, dann muss man meistens schon auf die kleineren Biohöfe gehen. Es ist gut, dass es inzwischen einen respektablen Markt für Bioprodukte und für Biofleisch gibt, weil immer mehr Menschen auf eine gesunde Ernährung achten und bereit sind, dafür auch angemessene Preise zu zahlen. Der überwiegende Teil der Landwirtschaft jedoch, das wissen wir, ist inzwischen auch in diesem Bundesland hoch industrialisiert, steht unter einem erheblichen Preisdruck und ist gezwungen, Masse zu produzieren. Es gibt immer noch viel zu viele Verbraucher, die das Kilo Schweine schnitzel für 4 oder 5 Euro aus dem Regal im Supermarkt

nehmen wollen, ohne kritisch zu hinterfragen, unter welchen Bedingungen dies produziert worden ist.

Als ich mir vor zwei Wochen die Tierzucht Gut Losten angesehen habe, wollte ich mir ein Bild verschaffen über die Bedingungen, unter denen heute Fleisch auf Masse produziert wird. Der Betrieb, das wissen Sie, geriet im Sommer 2014 in den Fokus, in den öffentlichen Fokus, weil er angeblich überlebensfähige Ferkel auf nicht tierschutzkonforme Weise getötet haben soll. Mein Hauptinteresse galt nicht dem, es galt der Frage, wie es sich in den Großanlagen mit den Platzverhältnissen für Schweine verhält – Tiere, von denen wir wissen, dass sie sehr neugierig sind und dass sie einen großen Bewegungsdrang haben. Ich wollte mir ansehen, wie einer der großen Nutztierhaltungsbetriebe unseres Landes gesetzliche Regelungen umsetzt und wie er mit Tierschutz umgeht. Dabei ist Gut Losten inzwischen Partner einer großen Kette im Lebensmittel Einzelhandel, die sich das Tierwohl und bessere Haltungsbedingungen auf die Fahnen geschrieben hat und damit auch offensiv wirbt. Da gibt es Kriterien wie beispielsweise 10 Prozent mehr Platz oder Ähnliches.

(Minister Dr. Till Backhaus: 20 Prozent.)

Na ja, die Kriterien, die sind dort in einem gestuften Verfahren – ich habe mir das sehr genau angeguckt, Herr Backhaus – geregelt.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass Gut Losten seine Haltungsbedingungen auch vor diesem Hintergrund zumindest teilweise verbessert hat. An der Ausgestaltung der Kastenstände, sehr geehrte Damen und Herren, scheint das aber vorbeigegangen zu sein. Aber dies ist gar kein Vorwurf explizit an die Betreiber – sie stehen unter dem Druck, den ich vorhin genannt habe –, denn es gibt im Land zahlreiche industrielle Tierhaltungsanlagen, die mit Kastenständen arbeiten und für die wir mit diesem Antrag Verbesserungen durchsetzen wollen. Wir machen das nicht so aus dem blauen Dunst heraus, sondern wir haben ein Thema ausgewählt, zu dem es eine aktuelle Rechtsprechung gibt, die der Umsetzung auch in Mecklenburg-Vorpommern bedarf.

Es geht, wie schon angedeutet, um die Kastenstände in zahlreichen industriellen Schweinezucht- und -mastanlagen. Das OVG Magdeburg hat am 24.11.2015 dazu entschieden. Diese Entscheidung steht in einer Reihe von Urteilen zu Tierhaltungsbedingungen. Ausgangspunkt ist dabei die sogenannte Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Nach Auffassung des Magdeburger Obergerichtspräsidenten ergibt sich aus Paragraph 24 Absatz 4 Nummer 2 zwingend, dass den in einem Kastenstand gehaltenen Sauen die Möglichkeit eröffnet sein muss, jederzeit in dem Kastenstand eine Liegeposition in beiden Seitenlagen einzunehmen, bei der sie mit ihren Gliedmaßen auch an dem vom Körper entferntesten Punkt nicht an Hindernisse stoßen. Die Vorgaben der Regelung erfüllen danach nur Kastenstände, deren Breite mindestens der Höhe des darin untergebrachten Schweins entspricht.

Das hört sich alles ein bisschen kompliziert an, ist aber eigentlich leicht zu übersetzen. Ich will das an einem Beispiel erklären: Wenn ein Zuchtschwein, wie heute üblich, auch schon mal bis zu einem Meter hoch wird, dann reichen also 70 Zentimeter Breite eines Kastenstandes schlicht und ergreifend nicht aus. Das ist immer

eine Einzelfallbetrachtung, aber es gibt eine klare Regelung, die durch die Rechtsprechung untersetzt ist.

Bei meinem Besuch in der Schweinemast- und -zuchtanlage in Losten kam dazu auch gar kein Zweifel auf. Der Geschäftsführer räumte ein, dass seine Anlagen dem Stand der gerichtlichen Entscheidung zur notwendigen Breite der Kastenstände möglicherweise nicht entsprechen. Er kann dies auch in aller Gelassenheit feststellen, denn die Landesregierung legitimiert den aktuellen Zustand, indem sie 2010 Ausführungshinweise herausgegeben hat, die bar jeder Verbindlichkeit sind.

Auch wenn wir in diesem Land, was ich sehr bedauere, inzwischen zu einer Nutztierhaltung gelangt sind, in der es prioritär darum geht, Fleisch in Massen zu produzieren und das zu Bedingungen zu tun, die ein Angebot von Fleischprodukten zu Billigpreisen in jedem Supermarkt ermöglichen, so erwarte ich doch ausdrücklich, dass auch unter diesen Bedingungen Mindeststandards bei der Tierhaltung eingehalten und umgesetzt werden.

Da liegt seit 2006 eine Bundesverordnung vor, und seither gelingt es Tierhaltern und Landesregierung – und das ist in der Tat ein Vorwurf –, diese Verordnung in einem wichtigen Punkt ins Leere laufen zu lassen. Alles bleibt auch nach dem Gerichtsurteil beim Alten. Die Vorgaben der Gerichte werden nach dem Motto ausgesessen: Es wird schon irgendwie gut gehen. Wenn wir dann die Landesregierung fragen – wir haben das in zwei Anfragen getan –, wie die Vergrößerung der Kastenstände im Land bisher umgesetzt wurde – nach 2006, nach zahlreichen gerichtlichen Urteilen –, bekommen wir zur Antwort, dass zwar die Maße der Kastenstände durch die Behörden angeblich kontrolliert werden – daran habe ich keinen Zweifel, dass das punktuell geschieht –, aber gleichzeitig die Landesregierung praktisch über keine Erkenntnisse verfügt, wie denn die Situation im Land insgesamt aussieht.

Sehr geehrte Damen und Herren, uns ist bewusst, dass der Einbau größerer Kastenstände oder gar die Umstellung der Haltungsform, die wir uns sehr wünschen würden, mit finanziellen Belastungen und Anpassungen der Betriebskonzepte verbunden ist. Uns ist bewusst, dass es auch die kleineren und mittleren Schweinehalter trifft, die weit weniger finanzielle Möglichkeiten haben, um auf neue bauliche Anforderungen für ihre Ställe zu reagieren. Doch es kann nicht die Lösung sein, so zu tun, als gäbe es die nun schon seit neun Jahren existierende gesetzliche Forderung und ihre rechtliche Untersetzung nach der Größe der Kastenstände nicht.

Ich finde übrigens, es gab eine interessante Aussage der Betreiber des Gutes Losten, indem die nämlich hergingen und sagten, nachdem ihnen bewusst war, dass sie möglicherweise mit den Kastenständen die größte Bedingung nicht erfüllen: Na ja, wenn wir die entsprechenden Auflagen bekommen, lohnt es sich nicht, endlich die Kastenstände nach der Größenordnung umzubauen, sondern dann würden wir überlegen, auf eine andere Haltungsform umzustellen. Und genau das, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, wäre der Schlüssel, um hier tatsächlich zu einer Änderung zu gelangen!

Herr Minister, Sie hätten zahlreiche Möglichkeiten, dazu beizutragen, dass die entsprechende Verordnung des Bundes im Sinne von mehr Tierschutz umgesetzt wird.

Natürlich könnten Sie die Ausführungshinweise so überarbeiten, dass der Forderung nach größeren Kastenständen auch Rechnung getragen wird. Sie tun es nicht, und Sie haben es in der Vergangenheit nicht getan! Natürlich könnten Sie darauf achten, dass die für den Tierschutz zuständigen Behörden mit viel größerer Nachhaltigkeit auf die Durchsetzung tierschutzrechtlicher Anforderungen drängen und hinweisen, und natürlich können Sie mehr tun, als nur zu empfehlen, zukünftig auf die Kastenstandhaltung zu verzichten. Sie tun das ja in einem Teilbereich, haben das zumindest in der Anfrage so beantwortet, aber Sie tun das nicht mit Nachdrücklichkeit und Sie weisen keine Wege dazu aus.

Dieser Antrag, sehr geehrte Damen und Herren, den wir Ihnen heute vorlegen, ist ein Vorschlag, wie man das umsetzen könnte. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus. Bitte.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich weiß, es ist Freitagnachmittag und ich freue mich trotzdem darüber, dass wir heute über dieses Thema reden.

Wenn man sich die Lage, Herr Suhr, in der Schweinehaltung, in der Milchviehhaltung anschaut – und Sie haben dankenswerterweise ein doch relativ realistisches Bild gezeichnet –, dann muss ich ganz ehrlich sagen, ist die Situation zurzeit fast zum Verzweifeln.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das stimmt.)

Ich habe im Übrigen heute Morgen auch noch mal mit der Geschäftsleitung des Gutes Losten gesprochen, wie die Ihren Besuch eigentlich eingeschätzt haben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und?)

Das war sehr sachlich, an der Sache orientiert.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was sind denn das für Methoden?! – Zuruf von
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, was Sie hier für Methoden anstellen, Frau Berger,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ihre Methoden, die habe ich mittlerweile erkannt,

(Heiterkeit bei Michael Silkeit, CDU)

aber darüber will ich mich nicht äußern.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also mein Einverständnis haben Sie, Herr Minister. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich habe mich im Übrigen sehr gefreut, ausdrücklich, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Sie in einen solchen Betrieb gegangen sind, der aus der DDR-Zeit herührt und der in den letzten Jahren sehr, sehr viel für neuartige Haltungsmethoden und auch für eine artgerechtere Tierhaltung aufgewandt hat. Auch das hat man Ihnen erklärt. Ich glaube auch ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich ja, glaube ich, differenziert dargestellt.)

Ja, das finde ich auch in Ordnung, das begrüße ich ausdrücklich.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Ich bin mit Frau Gerkan, der ich ebenfalls ausdrücklich eine schnelle und gute Genesung wünsche, damals nicht umsonst in einen Familienbetrieb der Schweinehaltung gegangen. Und auch da ist der Eindruck erweckt worden – oder mehr oder weniger für die Betriebsinhaber sowohl in dem Familienbetrieb entstanden als auch jetzt im Gut Losten –, dass man auf der einen Seite Verständnis zeigt und auf der anderen Seite wird es dann in der Öffentlichkeit komprimiert anders dargestellt, als dieser Gesprächsverlauf war. Ich glaube, auch das ist richtig,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, das ist nicht richtig.)

und deswegen will ich Ihnen Folgendes mit an die Hand geben:

Zum einen ist es so, die wirtschaftliche Lage in der Schweinehaltung in Deutschland, in Europa ist zum Zweifeln. Wir haben keine kostendeckenden Preise, wir haben aktuell die Situation, dass die kleineren, Herr Suhr, die kleineren, die mittleren Betriebe aufgeben müssen, weil sie das nicht durchstehen, oder auch Betriebe mit einer geringen Flächenausstattung – da haben Sie das Sinnbild Ihrer kindheitlichen Entwicklung mit aufgezeigt. Ein 50-Hektar-Betrieb ist heute, so sehr man sich das wünschen würde, nicht mehr haltbar. Wir haben ein Höfesterben – ein Höfesterben! – in Deutschland zu erwarten, dass im wahrsten Sinne des Wortes die Heide wackelt. Ich bedaure das zutiefst.

Kommen wir zu den Fakten, denn wenn man sich das anschaut, dann kann man sich vieles wünschen. Ich will den Antrag jetzt noch mal formulieren und zitieren. Sie schreiben, dass die Landesregierung sinngemäß aufgefordert wird, sich für die Erweiterung des Paragraphen 24 Absatz 4 dahin gehend einzusetzen, dass die Breite, das lichte Maß des Kastenstandes mindestens der maximalen Höhe des Schweins im Stehen entspricht. Ich will das nicht weiter zitieren. Da gucke ich mir im Übrigen den Antrag aus Sachsen-Anhalt vom 08.07.2014 an, das ist exakt der gleiche Wortlaut. Insofern kann ich nur sagen, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen, weil Sie das sicher auch nicht so formuliert haben, aber der Antrag ist von Sachsen-Anhalt abgeschrieben, und wer in der Schule abschreibt, der ist durchgefallen.

(Heiterkeit bei Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich will das auch ganz ernsthaft noch mal mit Ihnen diskutieren. Selbstverständlich ist es so, dass sich die Situation in Mecklenburg-Vorpommern wie folgt darstellt: Wir hatten 1989, bitte vergessen Sie das nicht! Sie erwecken ja den Eindruck, als ob wir hier eine ausschließlich industrielle Massentierhaltung veranstalten, was ausdrücklich nicht stimmt.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zum großen Teil, habe ich gesagt, Herr Minister!)

Dafür gibt es heute keinen definierten Begriff, es ist nicht wissenschaftlich unterlegt, und ich wage zu behaupten, dass die Steigerungsraten – darauf komme ich auch gleich noch mal zurück – in Ihren Verantwortungsbereichen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, dass der Schweinebestand trotz dieser Situation dort weiter angestiegen, ausdrücklich angestiegen ist.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir reden ja hier auch nicht wissenschaftlich. Wir reden eher allgemeingültig.)

Ich möchte jetzt wirklich ausreden, sonst werde ich noch deutlicher, Frau Karlowski. Bitte tun Sie mir einen Gefallen und lassen mich in Ruhe ausreden!

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD, und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Noch mal zu den Fakten: 1989 hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern 2,7 Millionen Schweine. Wir haben heute knapp 700.000, das heißt, 74 Prozent der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern ist abgebaut worden. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Und damit sage ich hier und heute noch mal, ich habe große Hochachtung vor den Tierhaltern in Mecklenburg-Vorpommern, ob Rind, ob Schwein, ob Schaf, ob Geflügel. Sie leisten eine hervorragende Arbeit zum Wohle der guten gesundheitlichen Lebensmittelversorgung. Darauf bin ich stolz, und wir haben hier auch sehr viel geholfen.

Das Ziel der Landesregierung ist seit Jahren, dass die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung – so heißt sie und sie basiert auf dem Tierschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland – eine ganz klare Aussage trifft, und zwar, dass es keinen vernünftigen Grund gibt, Tieren Schaden zuzufügen. Davon lasse ich mich leiten. Und wenn Sie so tun, als ob wir hier nichts gemacht haben, dann sage ich: Natürlich ist die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung – Stichwort „Schwein“ – in den letzten Jahren angepasst worden. Unsere Fachleute sind mit Niedersachsen – das müssten Ihnen auch Ihre Leute erklären können – und mit Nordrhein-Westfalen dabei, im Rahmen der Anpassung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung Wege zu finden, damit die Tiere möglichst schnell aus der Kastenstandhaltung herauskommen.

Aber wozu dient eigentlich der Kastenstand, wissen Sie das? Wenn Sie Ihre Fachlichkeit bemühen, dann muss ich ganz ehrlich sagen, ich bin auch in meinem Kindesalter ganz, ganz viel auf bäuerlichen Familienbetrieben gewesen. Die gab es damals noch, die Typ-I-Betriebe in der DDR. Da, das muss ich sagen, ist auch mit dem Kastenstand gearbeitet worden. Das ging damals gar nicht anders. In diesen Verhältnissen, in denen die Tiere damals gehalten wurden, möchte ich heute die Schweine in Mecklenburg-Vorpommern möglichst nicht sehen.

Sie haben in Losten die Sauberkeit, die Hygiene und den fast sterilen Charakter dieser Anlagen betont. Ja, das ist heute optimales Management. Ich betone noch mal an dieser Stelle: Sie erwecken den Eindruck, jedenfalls für mich und für den Betrachter von außen, als ob die Tiere das ganze Leben lang in einem Kastenstand leben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nee, den habe ich nicht erweckt.)

Sie haben den Eindruck erweckt. Sie haben es so nicht gesagt.

Der Kastenstand dient zur Synchronisation. Auch in der Bioschweinehaltung gibt es das. Ansonsten müssen wir alles daransetzen, so schnell wie möglich einen Weg zu finden, der, tierschutzrechtlich, aber auch wirtschaftspolitisch betrachtet, aus diesem Kastenstand herausführt.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und Sie sind dafür der verantwortliche
Minister, Herr Backhaus!)

In Mecklenburg-Vorpommern ...

Ach, Sie haben doch gar keine Ahnung davon!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben doch überhaupt keine Ahnung davon! Null! Überlegen Sie mal, wie lange ist denn ein Schwein in so einem Kastenstand? Erzählen Sie mir das mal, Frau Berger! Da kommt nichts, weil Sie es nicht wissen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich kann Ihnen dazu aber gleich was sagen.)

Ja, natürlich können Sie das.

(Zuruf vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, und wenn es darum geht ...

Na, ich glaube, ich weiß das ziemlich genau, sonst würde ich in dieser Position wohl nicht sein, und das ziemlich lange,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie sind dafür der verantwortliche
Minister, Herr Backhaus!)

und ziemlich lange schon. Ich lasse nicht einen Bereich einer Volkswirtschaft, der verantwortungsbewusst mit Tieren umgeht, in eine Ecke stellen,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt unterstellen Sie doch!)

als ob wir hier laufend und immerzu tierwidriges Verhalten an den Tag legen würden. Ich sage Ihnen das ein für alle Mal! So.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist erwiesen!)

Was erwiesen ist oder nicht erwiesen ist, dann beweisen Sie das! Dass in dem Gut Losten tierwidriges Verhalten stattgefunden hat und eingebrochen worden ist, hat dazu geführt, dass ich das staatsanwaltliche Verfahren sofort in Gang gesetzt habe. Das wissen Sie hoffentlich. Und Sie wissen wahrscheinlich auch, dass in Kürze die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellen wird.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie wissen jetzt schon,
dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren
einstellen wird?! Das ist ja interessant!)

Es gibt keinen Beweis dafür, dass Tiere dort tierartwidrig gehalten wurden oder getötet worden sind. Es wird dazu kommen, so ist es mir jedenfalls berichtet worden, dass eine Mitarbeiterin wohl einen Hinweis bekommen hat und auch eine Strafe zu zahlen hat. Mehr ist nicht herausgekommen zu dem, was Sie hier propagieren.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es gab Missstände!)

Ich betone noch mal und sage ausdrücklich: Wir wollen so schnell wie möglich Lösungen finden, damit die Tiere aus dem Kastenstand herauskommen. Es gibt Versuche in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Tiere vier/fünf Tage nach der Besamung in die Gruppe zurückkehren können. Das ist mein Ziel. Im Übrigen weist das Tierschutzkonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern genau auf diese Dinge hin.

Ich bin stolz darauf, Herr Suhr, dass wir das Tierschutzkonzept von Niedersachsen und Schleswig-Holstein maßgeblich mitgestaltet haben. Deswegen erwarte ich von Ihnen auch mal, dass man sich hier nicht hinstellt und sagt, wir hätten nicht gehandelt, wir würden nichts machen, wir würden nichts umsetzen. Selbstverständlich haben wir umgesetzt! Ich habe das schon mehrfach gesagt. Der Leitfaden – „Leitfaden“ mit „t“ geschrieben – ist den Behörden und den Tierhaltern bekannt. Das ist der Unterschied. Sie haben ein Feindbild.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Für Sie ist die konventionelle Landwirtschaft das Feindbild.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Rede ist vom Feindbild geprägt, Herr Backhaus.)

Sie sehen nur im ökologischen Landbau die Zukunft.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Mit Diffamierungen
kommt man auch nicht weiter.)

Mit Landwirten setzen Sie sich nicht an einen Tisch. Das ist eine rühmliche Ausnahme, ausdrücklich.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine rühmliche Ausnahme, aber hier wird dann wieder ein völlig anderer Eindruck erweckt.

Ich sage noch mal: Der Leitfaden, den wir entwickelt haben und der zur Umsetzung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung dient, wird von den Behörden ange-

wandt. Wenn Sie sich den wenigstens in Ruhe mal anschauen würden,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hab ich! Hab ich!)

wüssten Sie – denn das geht daraus hervor –, dass selbstverständlich das Ausleben des tierwohlorientierten Grundsatzes, nämlich dass sie sich in dem Kastenstand nicht verletzen dürfen, dass sie sich hinlegen dürfen und dass sie sich zumindest bewegen können, ein Kriterium der Kontrolle und Überwachung ist. Sollte sich da etwas herausstellen, was nicht in Ordnung ist, ist es sofort abzustellen. Auch das führt immer wieder zu Diskussionen in der Tierhaltung. Insofern sage ich noch mal: Es bringt nichts, wenn Sie sich hier hinstellen und den Moralapostel spielen wollen und auf der anderen Seite in der Wirtschaftlichkeit andere Regionen Deutschlands, wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, uns in dieser Frage nicht an die Seite springen. Wir sind hier in ernsthaften Gesprächen und ich glaube, dass wir da weiterkommen.

Wenn Sie sich heute, auch das Sie haben zu Recht angedeutet, überlegen, in Baden-Württemberg, in Ihrem Vorzeigeland,

(Patrick Dahlemann, SPD: Noch! Noch!)

hat es gerade eine große Demonstration gegeben, wo man an einer Bratwurst gezeigt hat, wie viel von dem Schweinefleischanteil beim Landwirt ankommt. Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen oder gesehen haben. Wissen Sie, was da ankommt? Ganze 12 Cent für eine Bratwurst, die im Laden für 1 Euro oder für deutlich mehr in einem Restaurant angeboten wird! Das heißt, knappe zehn Prozent des Gewinnanteils oder des Anteils an der Wertschöpfung landet beim Landwirt. Das kann und darf nicht richtig sein. Da stimmen wir wahrscheinlich überein.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, da stimmen wir überein.)

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung ist zunehmend Gegenstand öffentlicher Debatten. Da werden Problemfälle wie in Sachsen-Anhalt hochstilisiert und auf der anderen Seite im Rahmen der rechtlichen Auseinandersetzung hoffentlich endlich zu einem Ende geführt.

Ich sage Ihnen auch, Herr Suhr, wenn Sie sagen, hier gibt es ausgerichtete Prozesse, das Urteil von Sachsen-Anhalt ist noch nicht rechtskräftig. Sie haben insofern etwas nicht ganz richtig dargestellt, denn das Oberverwaltungsgericht hat zwar eine Entscheidung getroffen am 24.11., aber wir warten sehnsüchtig darauf, dass es hier zu einer endgültigen Aussage kommt. Im Übrigen haben wir mehrfach die Bundesregierung aufgefordert, die Tierchutz-Nutztierhaltungsverordnung anzupassen, und zwar ausdrücklich für die Schweine. Ich glaube, dass viele mit Spannung auf dieses Urteil gewartet haben, und ich hoffe, dass es da zu Lösungen kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich habe Ihnen deutlich gemacht – und das ist die Gefahr, wenn Leute sich hinstellen, die vielleicht nicht so tief in dem Thema drinstecken, da bitte ich hier noch mal um Verständnis –, es geht hier, was den Kastenstand anbetrifft, um eine zeitlich befristete Haltung von Sauen in Kastenständen, die aber rechtlich erlaubt ist.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es geht um die Größe!)

Da kann man von Mecklenburg-Vorpommern verlangen ...

Es geht nicht um die Größe, sondern –

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Natürlich kommt es auf die Größe an!)

ich habe Ihnen doch versucht zu erklären, dass wir möglichst schnell aus dem Kastenstand überhaupt aussteigen wollen –, es geht darum, dass wir dazu eine deutsche, möglichst eine europäische Gesamtlösung wollen. Auch da sagt das Urteil von Sachsen-Anhalt nicht, es kennt keine konkreten Mindestmaße für Kastenstände, sondern bestätigt, Herr Suhr, das bestehende Recht.

Ein Glück, dass der SPD-Landrat von uns dieses Thema auf den Weg gebracht hat. Ein Segen ist das. Ich freue mich darüber, dass es endlich einen Landrat gegeben hat in Deutschland, der diesem Prozess ein Stückchen Rückenwind verleiht, damit wir mit der Bundesregierung hier weiterkommen.

Auf der anderen Seite ist es so, die Schweinehaltung hat in Mecklenburg-Vorpommern eine ganz lange Tradition. Die Schweine haltenden Betriebe durchlaufen derzeit harte Zeiten. Der ruinöse Preiskampf und die Frage um die Strukturen bestimmen die Diskussion. Ich habe Ihnen die Zahlen an die Hand gegeben. Wenn Sie sich anschauen, dass allein die Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten vier Wochen wieder um zwölf Prozent zurückgegangen ist, dann kann ich Ihnen hier und heute sagen: Daran hängen allein 105.000 Schweine und damit sind etwa 260 Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern im vor- und nachgelagerten Bereich verloren gegangen. Auch das dürfen Sie mal mit berücksichtigen!

Dennoch haben sich die Betriebe weiterentwickelt. Sie haben bessere Haltungsbedingungen und sie entsprechen auch den gesetzlichen Vorgaben. Das ist in anderen Bundesländern, wie die Kontrollen in der Vergangenheit gezeigt haben, in der Tat nicht der Fall. Wir kontrollieren scharf und wir haben die Erkenntnisse darüber. Fragen Sie mal Herrn Meyer, warum er mit einem Mal so viele Kontrolleure einstellen musste, weil er sich nicht sicher ist, ob in Niedersachsen überhaupt die Rahmenbedingungen der deutschen Gesetzgebung eingehalten werden. Ich glaube, etwas mehr als 200 zusätzliche Kontrolleure stellt er ein.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, vor lauter Kontrollen kommt man dann nicht mehr mit der Auswertung hinterher, und zum Schluss kriegen wir keine verlässlichen Daten. Ich glaube, noch mal sagen zu dürfen, dass wir auf nationaler Ebene, aber auch auf EU-Ebene seit 1998 daran intensiv gearbeitet haben. Ich glaube, auch sagen zu dürfen, dass wir mit dem europäischen Recht und selbstverständlich mit dem Tierschutzrecht in Deutschland ein sehr, sehr hohes Gut haben.

Während all dieser Jahre wurden Schweine gehalten. Die jeweiligen Vorgaben wurden kommuniziert, das heißt, den Tierhaltern, den zuständigen Behörden an die Hand gegeben, und sie wurden auch scharf kontrolliert. Nicht

umsonst haben wir zum Beispiel – das ist mir noch mal wichtig, auch wenn der eine oder andere es nicht hören will – die reinen industriellen Schweinehaltungsanlagen nicht genehmigt. Das ist vor meiner Zeit gewesen. Diejenigen, die das wissen, sitzen hier auch im Raum. Die wissen auch, wer das genehmigt hat.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage auch: Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung legt für die Haltung für Sauen in Kastenständen keine Maßstäbe fest. Um dennoch eine tierartgerechte Haltung der Tiere zu unterstützen, hat die Landesregierung für die für Tierschutz zuständigen Behörden und kreisfreien Städte Ausführungshinweise zur Beachtung und Anwendung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorgestellt.

Ich habe eine andere Strategie im Vergleich zu den GRÜNEN, das ist auch auf Bundesebene so: Wir kooperieren mit den Landwirtschaftsbetrieben. Wir können sie nur gemeinsam mitnehmen und wir können nur gemeinsam Lösungen schaffen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ihr Partner ist der Bauernverband.)

Sie müssen um Ihre fünf Prozent kämpfen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir sind auf der Seite
des Bürgers und der Bürgerin.)

Wir kämpfen darum, dass es den Tieren besser geht. Wir kämpfen darum, dass wir hochwertige Lebensmittel auch in der Zukunft zur Verfügung haben und dass die Land- und Ernährungswirtschaft in diesem Lande als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in der Perspektive überhaupt noch überleben kann. In Ihrer Strategie geht es wahrscheinlich darum, Mecklenburg-Vorpommern zu einer veredlungsfreien Zone zu machen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Leitfaden, auch das ist mir wichtig, sind die in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung genannten rechtlichen Mindestanforderungen und die Festlegungen der Ausführungshinweise für die Haltung von Schweinen praxisorientiert zusammengefasst. Zur Erleichterung des einheitlichen Vollzuges des Tierschutzrechtes in der Schweinehaltung sind diese von den für Tierschutz zuständigen Behörden, das sind die Kreise und kreisfreien Städte, anzuwenden. Daraus ergibt sich ganz klar das, was ich am Anfang gesagt habe, und zwar, dass ein Tierhalter seine Sauen auch in anderen Aufstallungsformen halten kann und wir das erfolgreich praktizieren. Ich betone noch mal: Wir haben es hier auch mit europäischen Grundlagen zu tun.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die Tierschutz-Nutztier-
haltungsverordnung ist deutsches Recht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will abschließend sagen: Sie haben auch gegen die Grüne Woche gesprochen. Ich habe dort wichtige Gespräche

geführt mit dem Lebensmitteleinzelhandel. Alles, was uns hilft, zu Veränderungen von Haltungssystemen zu kommen, ist bis heute leider nicht umgesetzt. Auch Ihre damalige Kollegin Frau Künast hat meinen Vorschlag, ein geprüftes Zulassungsverfahren für Haltungssysteme auf den Weg zu bringen, nicht umgesetzt. Das wird wohl nun endlich in diesem Jahr kommen. Darüber bin ich froh. Damit wird der Kastenstand in ein neues Licht gerückt werden. Deswegen glaube ich, dass es richtig ist, dass wir in dieser schweren Zeit an der Seite der Landwirtschaftsbetriebe stehen und dass wir sehr wohl mit Augenmaß und Stockmaß alles daransetzen, dass Investitionen getätigt werden, die dem Tierwohl dienen, und dass wir möglichst schnell zu kostendeckenden Preisen kommen.

Herr Suhr, ich möchte Ihnen noch mal ausdrücklich sagen, wir haben die Premiumförderung für mehr Bewegungsfreiheit, für besseres Klima, für mehr Licht in den Ställen oder auch für ein größeres Platzangebot. Für ein 20 Prozent größeres Platzangebot haben wir in den Jahren 2007 bis 2015 immerhin 56 Millionen Euro in die Schweinehaltung für ein artgerechteres Haltungssystem investiert. Insofern, glaube ich, ist es richtig, dass wir alles daransetzen, eine Bundesratsinitiative nur zu entwickeln, wenn wir tatsächlich mit Verbesserungsmöglichkeiten für die Sauenhalter aufwarten können und damit auch dieser Prozess von den Tierhaltern mit unterstützt wird. Alles andere bringt uns keinen Millimeter weiter. Wenn Sie sich hoffentlich die Zahlen angesehen haben, welche Zuwachsraten Dänemark oder Nordrhein-Westfalen oder Spanien haben, dann werden uns Fleischbestände mit deutlich anderen Tierschutzgesichtspunkten im Konsumbereich aus anderen Regionen Europas oder vielleicht sogar der Erde überfluten. Ich möchte das nicht.

Insofern wünsche ich mir sehr, dass die Betriebe, die derzeit um ihre Existenz in diesem desaströsen Markt kämpfen müssen, alles daransetzen, dass wir diese Marktkrise überstehen. Ich bitte auch darum, dass wir uns hier rechtskonform verhalten und dass wir den Landwirten den Rücken stärken, damit sie uns in der Zukunft mit hochwertigen Lebensmitteln aus der Region für die Region weiter versorgen. Ich gehe davon aus, dass die Diskussion uns einige Erkenntnisgewinne gebracht hat. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche unseren Tierhaltern Erfolg. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Tierschutz ist kein Wahlkampfthema, sondern eine ethische Wertefrage. Wir brauchen einen gemeinsamen Diskurs an höchster Stelle, um mit ruhiger Hand entscheiden zu können, wohin man als Gesellschaft wolle.“ ... Das große Manko der Politik ...: Es werden keine Ziele definiert, für die man dann eine Strategie entwickelt, sondern es werden nur Einzelthemen gesetzt, ‚womit man auch den größten Schwachsinn legitimieren kann‘. Das gilt für den einzelnen Schweinestall ebenso wie für die europäische und deutsche Klimapolitik. ‚Ohne globale Strategie kann man sich den ganzen Kram sparen‘, so Professor Dr. Isermeyer, der Präsident des Bundesforschungsinstituts für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: War das jetzt ein Zitat?)

Während ich an der einen oder anderen Stelle durchaus anders formuliert hätte, so kann ich den inhaltlichen Aussagen doch vollumfänglich zustimmen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nur ist es bei uns kein Wahlkampfthema.)

Nun haben wir heute wieder einmal ein Einzelthema aus dem Bereich Tierschutz auf der Tagesordnung. Es wäre dem Thema durchaus gerecht geworden, wenn sich die Antragstellerin, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Antragstellung zunächst die Frage gestellt hätte, warum es in der Vergangenheit zur Einführung von Kastenständen in der Sauenhaltung gekommen ist. Es gab Zeiten, in denen pro Wurf zwei bis drei Ferkel von der Sau erdrückt oder gar von der Jungsau gefressen wurden. In der Freilandhaltung gibt es diese Probleme auch heute noch, und nicht nur diese Probleme. Ich erinnere an unsere Debatte zum Abschuss von Rabenvögeln. Da verneinte Frau Dr. Karlowski solche Umstände, dass Rabenvögel auf kleine Ferkel losgehen und Augen auspicken.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Fangen Sie mit den
alten Geschichten von damals jetzt
wieder an, Frau Schlupp?!)

Das hielt sie für völlig ausgeschlossen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Vielleicht sollte man da nicht nur Studien lesen,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt
Studien, die dem nachgegangen sind.)

sondern wie der Fraktionsvorsitzende mal einen solchen Freilandhaltungsbetrieb besuchen und sich angucken,

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie Schwärme von Rabenvögeln sich in der Nähe dieser Anlagen aufhalten. Und vielleicht ist man dann auch dabei und kann sich in der Realität davon überzeugen,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass solche Vorkommnisse nicht dem Bereich „Traumdeutung“ zuzuordnen sind.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Vor diesem Hintergrund war die Einführung des Kastenstandes eine Maßnahme des Tierschutzes, denn in Abwägung wurde der Schutz der Ferkel im Vergleich zur zeitweisen, wenn auch starken Einschränkung der Sau als höherwertig angesehen. Und da wir es nie versäumen, immer auch auf den Wunsch der Verbraucher nach mehr Tierwohl zu verweisen, fragen Sie die Verbraucher doch mal, was ihnen im vorgenannten Fall wichtiger ist, das Überleben von niedlichen kleinen Ferkelchen oder der Verzicht auf Einschränkung der Muttersau! Anders ist das sicherlich im Falle der Besamung. Aber auch da gibt es klare Regelungen und Beschränkungen der Standzeit.

Sehr verehrte Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Thema gehört ebenfalls, dass bei einem Ferkelpreis von 30 Euro Sauenhalter, egal welcher Haltungsform, nicht existieren können. Da nützt es allerdings auch nichts, das Kartellamt anzurufen, wenn gleichzeitig einer der größten Fusionen im Lebensmittel-einzelhandel per Ministeranordnung zugestimmt wird. Die Marktmacht des Handels wird so zulasten der Landwirte ausgebaut. Deshalb ist es verständlich, dass seit dem Jahr 2005 die Zahl der Schweine haltenden Betriebe in Deutschland von 88.680 Unternehmen auf 49.140 Unternehmen bis zum Jahr 2013 zurückging. Dies entspricht einem Rückgang von 44,6 Prozent innerhalb von acht Jahren. In den vergangenen zwei Jahren hat sich diese Situation verschärft. Gleichzeitig ist die Größe der wirtschaftenden Betriebe angestiegen.

Dies vorangestellt, komme ich nun zu dem eigentlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Am 24.11.2015 hat das Oberverwaltungsgericht Magdeburg ein Urteil zur Haltung von Sauen in Kastenständen gefällt. Die Richter legten fest, und das haben wir schon gehört, dass in einem Kastenstand gehaltene Jungsauen die Möglichkeit haben müssen, „jederzeit in dem Kastenstand eine Liegeposition in beiden Seitenlagen einzunehmen, bei der ihre Gliedmaßen auch an dem vom Körper entferntesten Punkt nicht an Hindernisse stoßen“. Nach dieser Vorgabe müssen Kastenstände eine Breite von mindestens dem Stockmaß des darin untergebrachten Schweins aufweisen. Die Tiere müssen ihre Gliedmaßen ausstrecken können, ohne in benachbarte belegte Kastenstände hineinzureichen. Das Urteil basiert im Wesentlichen auf Paragraph 24 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung.

Bevor Schlussfolgerungen und Konsequenzen aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg zu den notwendigen Abmessungen der Kastenstände für Zuchtsauen gezogen werden, muss die schriftliche Urteilsbegründung abgewartet werden. Der die Berufung erhoffende Sauenhaltungsbetrieb aus Sachsen-Anhalt erwägt nach unserer Kenntnis, beim Bundesverwaltungsgericht die Zulassung der Revision zu beantragen. Deshalb hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg noch keine Verbindlichkeit für die Sauenhalter gebracht, auch nicht in Mecklenburg-Vorpommern.

Mit der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung hat der Verordnungsgeber von der Ermächtigung nach Paragraph 2a Absatz 1 Tierschutzgesetz Gebrauch gemacht, die erlaubt, die Anforderungen an die Haltung von Tieren nach Paragraph 2 Tierschutzgesetz näher zu bestimmen.

Nach Paragraph 11 Absatz 8 Tierschutzgesetz ist der Tierhalter verpflichtet, durch betriebliche Eigenkontrollen sicherzustellen, dass die Anforderungen des Paragraphen 2 Tierschutzgesetz eingehalten werden.

Paragraph 24 Absatz 4 Nummer 2 Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung gibt vor, dass Kastenstände so beschaffen sein müssen, dass jedes Schwein ungehindert aufstehen, sich hinlegen sowie den Kopf und in Seitenlage die Gliedmaßen ausstrecken kann.

Das alles hört sich einfach und verständlich an. Wenn Sie aber an den mit diesen Regelungen tatsächlich einhergehenden Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung interessiert sind, dann empfehle ich Ihnen die Lektüre der Empfehlung des Friedrich-Loeffler-Instituts

für Tiergesundheit zur „Kastenstandhaltung von Sauen im Deckzentrum“. Die Mathematiker unter Ihnen werden ihren Spaß haben. Allen dort vorgestellten Rechenmodellen ist gemeinsam, dass ihnen die altersgemäß entwickelte Durchschnittssau zugrunde gelegt wurde. In Abwandlung eines Spruchs fällt mir dazu nur ein: Im Durchschnitt entsprach der Kastenstand genau den von der modernen Genetik vorgegebenen Maßen der unterzubringenden Säue und die Sau passte trotzdem nicht rein.

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD:
Welche Sau hatten Sie denn da im Kopf?)

Zugegeben ist das etwas sarkastisch, aber es verdeutlicht doch das Problem.

Die behördliche Entscheidung über die Rechtskonformität der Kastenstände treffen im Übrigen die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter. Es stellt sich also die Frage, weshalb die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung auffordert, eine Bundesratsinitiative für eine Ergänzung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung anzustreben.

Klar ist, dass, sollte die getroffene Entscheidung bundesweit Anwendung finden, zahlreiche praktizierte Kastenstandsbreiten in Deutschland nicht mehr zulässig sind. Eine eindeutige Regelung hinsichtlich der Breite von Kastenständen in Besamungszentren für Sauen gibt es mit der Entscheidung allerdings nicht. Die Entscheidung des OVG Magdeburg bezieht sich zurzeit lediglich auf einen Betrieb.

Sollte diese Rechtsprechung jedoch vor dem Bundesverwaltungsgericht Bestand haben, leiten sich hieraus für Sauenhalter in Deutschland erhebliche Konsequenzen ab. Allein aufgrund der unterschiedlichen Größe von Sauen verschiedener Altersstufen, aber auch Rassen müssen nach Ansicht von Experten mindestens drei verschiedene Kastenbreiten in einem Unternehmen zur Verfügung stehen. Sauenhalter müssten ihre Unternehmen mit hohem finanziellen Aufwand umrüsten. Gerade kleinere Unternehmen würden durch eine solche Umrüstung in ihrer Existenz gefährdet. Schon heute ist es aufgrund des geringen Schweinefleischpreises und dem damit einhergehenden geringen Ferkelpreis um die Existenz zahlreicher Schweine-, aber auch Sauenhalter schlecht bestellt.

Bei Umsetzung des Antrages werden Wettbewerbsbenachteiligungen der deutschen Sauenhalter, die Verlagerung der Produktion in Länder mit geringen Standards – wir haben es gehört, aber auch durch Wiederholung bleibt es ja richtig –, ein weiterer Strukturwandel und ein Rückgang der Schweineproduktion und Sauenhaltung in Mecklenburg vorgezeichnet.

Zielführend ist es meines Erachtens, Maßnahmen zu ergreifen, die die Landwirte bei der rechtskonformen Umsetzung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung unterstützen. Hierzu zählen Maßnahmen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms, die Förderung des Absatzes oder entsprechende Beratungsleistungen. Es kann nicht sein, dass derartige Alleingänge in Deutschland bei der Anhebung von Standards auf dem Rücken von Landwirten umgesetzt werden. Wenn sie politisch gewollt oder juristisch verordnet sind, müssen sie kompensiert werden.

Der vorliegende Antrag führt also nicht zu mehr Tierschutz und blendet völlig aus, dass auch in der Sauenhaltung Geld verdient werden muss. Ich weiß, dass diese Frage für Sie nicht mehr als eine Randnotiz wert ist, aber meine Fraktion sieht das ganz anders. Ich will jetzt mal frei Silke Gajek von heute zitieren. Die Fraktion verfährt ja gerne nach dem Grundsatz: „Wir brauchen keine Argumente, wir haben eine Haltung.“

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war in dem Punkt! – Zuruf von
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gute Argumente und wir haben auch eine Haltung, nämlich eine andere. Von daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Strukturwandel in der deutschen, in der europäischen und in der Weltlandwirtschaft ist seit Jahren in vollem Gange. Dabei macht er natürlich gerade auch um Ostdeutschland keinen Bogen.

Diese Entwicklung hat enorme Auswirkungen auf alle Betriebe in den verschiedenen Rechtsformen und Produktionszweigen. Hinzukommen die Auswirkungen eines globalisierten Agrarmarktes, der Konzentrationsprozess bei den Verarbeitern, Schlachthöfen, Molkereien und im Einzelhandel. Die Macht von Lebensmitteldiscontern und riesigen Verarbeitungskonzernen wächst weiter. Das haben wir in diesem Hohen Hause schon öfter diskutiert.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Am Ende der Kette muss heute der Landwirt agieren, gefangen zwischen immer höheren Auflagen aus der Politik, enormen Erwartungen und Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft – oder ich könnte sagen, den Verbrauchern – und den Zwängen des Marktes. Selbstverständlich hat dies große Auswirkungen auf die Landwirtschaft insgesamt und die Tierproduktion und damit auf die Haltung von Nutztieren im Besonderen.

Wer hier grundsätzlich etwas ändern will, der muss an das System heran. So deutlich will ich das sagen. Sie kennen meine Aussage: Die Sicherung der Welternährung ist mit der reinen Marktwirtschaft nicht zu schaffen. Die beiden Demonstrationen am 16. Januar in Berlin am Rande der Internationalen Grünen Woche unter den Mottos: „Wir haben es satt!“ und „Wir machen Euch satt!“ sind der öffentliche Ausdruck dafür, dass die Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft in vollem Gange ist.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal zu unterstreichen, dass wir mit dem Masterplan „Land- und Ernährungswirtschaft“ in unserem Lande auf einem guten Wege sind. Er muss nun in der Zukunft konkret umgesetzt werden. Ein großer Teil der Landwirte fühlt sich falsch verstanden und – ich meine, zu Unrecht – als Tierquäler und Umweltsünder an den Pranger gestellt. Auf der anderen Seite steht ein breites Bündnis aus Umweltschutzorganisationen, Tierschützern, Verbraucherschützern,

aber auch Bauern, die meist ökologisch wirtschaften – Bauern gegen Bauern. Es muss miteinander gesprochen werden, das ist meine feste Überzeugung. Kampfbegriffe, wie „Megaställe“, „Massentierhaltung“, „Agrarfabriken“, „Feldvergifter“ und „Tierquäler“, werden gegen die vorherrschende konventionelle Landbewirtschaftung verwendet. Deren Verbandsvertreter sprechen dann von „Realitätsverweigerern“, „Öko-Spinnern“, „Traumtänzern“ und „Öko-Romantikern“. Die gesellschaftliche Debatte wird immer erbitterter und immer unsachlicher geführt und der Druck wächst. Die Mehrheit der Verbraucher erwartet etwas von der Landwirtschaft.

Noch einmal, und das ist meine feste Überzeugung: Wir müssen miteinander und nicht übereinander reden! Für die öffentlichen Gelder, mit denen die Landwirtschaft in Europa unterstützt wird, soll diese unter anderem im Gegenzug die Haltungsbedingungen für jedes Nutztier verbessern, schonend mit Boden und Umwelt umgehen, auf Pflanzenschutzmittel und Tierarzneien wie Antibiotika verzichten, für eine Verbesserung der Biodiversität sorgen und ihre Waren möglichst nur noch regional anbieten. Die Liste an Forderungen ließe sich noch erweitern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wächst der Widerstand gegen den Bau von Ställen in der Nachbarschaft – ich betone, in der Nachbarschaft –, egal ob groß oder eher klein. Der Bezug zur Landwirtschaft ist den meisten Menschen, nicht nur in den großen Städten, völlig verloren gegangen. Aber Defizite und damit Aufgaben sind tatsächlich nicht zu übersehen. Die Eutrophierung der Oberflächengewässer in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo ist immer noch zu hoch. Wir haben darüber gestern gesprochen. Das Grundwasser ist teils flächendeckend, wie in Niedersachsen, teils punktuell, wie bei uns, mit Nitrat belastet.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: 50 Prozent der
Grundwasserkörper sind zu hoch mit
Phosphat belastet. Das ist nicht punktuell!!)

Eine große Debatte wird um die Schlachtung von trächtigen Kühen, das Schnäbelkürzen, das Schwänzekupieren und die Tötung von nicht lebensfähigen Ferkeln ohne Betäubung geführt. Zu Recht wird diese Debatte geführt. Die negativen Beispiele zeigen deutlich, dass wir etwas tun müssen.

Im Zentrum der Debatte steht die Haltung von Nutztieren. Wir beraten heute auf Antrag der GRÜNEN einen Teilaspekt der Schweinehaltung, einen Produktionszweig, der sich gegenwärtig in großen Schwierigkeiten befindet. Das haben meine Vorrednerinnen und -redner bereits gesagt. Die im Antrag gestellten Forderungen wiederhole ich deshalb an dieser Stelle nicht. Die Fraktion der GRÜNEN bekam Ende letzten Jahres vom Oberverwaltungsgericht Magdeburg sogar Rückenwind für ihren Antrag. Mit einfachen Worten: Das Gericht sprach Sauen in Kastenstandhaltung mehr Platz zu. Dieses Urteil sehe ich in diesem Antrag aufgegriffen. Wir haben gehört, dass es im Augenblick noch nicht rechtskräftig ist.

Meine Fraktion folgt diesen Forderungen. Nur wenn Sauen genügend Platz im Kastenstand haben, ist diese Haltungsform für mich und meine Fraktion mittelfristig noch tragbar. Für mich ist es ebenso selbstverständlich, dass wir mittelfristig, das heißt nach einer angemessenen Übergangsfrist, von der Kastenstandhaltung abkommen

müssen. Das sage ich, der in den 1970er-Jahren viel auf diesem Gebiet wissenschaftlich gearbeitet hat. Wir waren damals teilweise der Auffassung, das Tier an die Haltungstechnik anpassen zu können, heute gilt es genau umgekehrt. Ich denke, die Landesregierung hat dies durchaus auch erkannt.

Wer den letzten „Schweinetag“ in Güstrow Ende Oktober 2015 besucht hat, konnte dort durchaus beachtenswerte Aussagen vonseiten der Landesregierung hören.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Worten müssen Taten folgen!)

Frau Dr. Dayen – damals noch aktiv als Landestierärztin – empfahl den Schweinehaltern den Ausstieg aus der Kastenstandhaltung. Dies werde zumindest mittelfristig gesetzlich noch stärker reglementiert und hätte aus ihrer Sicht – die Kastenstandhaltung nämlich – keine Perspektive. Ebenso mahnte sie die Schweinehalter, die Abmessungen der Kastenstände zu überprüfen und sich streng an die rechtlichen Vorgaben zu halten. Das Urteil des OVG in Magdeburg war da noch nicht gesprochen.

Frau Dr. Dayen kündigte für 2016 ein eigenes Landesprogramm für die artgerechte Schweinehaltung an. Ich hoffe, es bleibt nicht nur bei der Ankündigung und Minister Dr. Backhaus legt dieses Programm bald vor. Wir brauchen eine Optimierung der Haltungsbedingungen für unsere Nutztiere, insbesondere für Schweine, aber auch für Geflügel und Rinder. Das Landesprogramm wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Aber eines steht für uns LINKE außer Frage: Jeder zusätzliche Aufwand bedeutet zusätzliche Kosten für den Tierhalter. Ein Mehr an Tierwohl ist nicht umsonst zu erhalten. Das bedeutet gleichzeitig für uns, dass jeder zusätzliche Aufwand auch zusätzlich vergütet werden muss. Hier gilt die alte Wahrheit, wer A sagt, muss auch B sagen. Das sage ich jetzt nicht nur angesichts der Krise auf dem Markt für Schweinefleisch. Am Ende müssen die Bauern – und das ist meine feste Überzeugung – von ihrer Hände Arbeit leben können und ihren Angestellten angemessene Löhne zahlen können, selbstverständlich über den Mindestlohn hinaus. Das wollen meine Fachkollegen auch.

An dieser Stelle kommt auch die Verantwortung der Verbraucher, der großen Lebensmitteleinzelhändler, der Lebensmittelverarbeiter und bei der Schweinehaltung auch die Verantwortung der Mäster ins Spiel. Nur wer über die gesamte Kette gemeinsam Verantwortung für die Art und Weise übernommen hat, wie wir unsere Lebensmittel produzieren, verarbeiten und vermarkten, kann etwas ändern. Wer es den Ferkelproduzenten zur Abnahmebedingung macht, dass die Ringelschwänze kupiert werden, der will eigentlich nichts an seinen Haltungsbedingungen ändern. DIE LINKE spricht sich ganz klar für das Verbot des Kürzens von Schwänzen aus.

Frau Dr. Dayen sagte auf dem „Schweinetag“ in Güstrow, dass ein Verbot in Mecklenburg-Vorpommern kommen wird und unser Land spätestens Ende 2017 aussteigen wird. Das unterstütze ich noch einmal ausdrücklich. Das bedeutet aber auch, dass dazu viele Investitionen bei den Schweinehaltern – genauso, was die Kastenstandhaltung anbetrifft – notwendig werden. Den guten Willen, mehr für den Tierschutz bei Schweinen zu tun, will ich niemandem absprechen, aber die Schweinehalter benö-

tigen dabei dringend die Unterstützung aller, und nicht nur vonseiten der Landesregierung.

Dass es funktionieren kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigen Beispiele aus anderen Ländern. Norwegen, Schweden, Finnland oder die Schweiz kupieren keine Ringelschwänze mehr. Auch dort war der Druck der Tierschützer und Umweltorganisationen, des Bauernverbandes sehr groß. Aber dort wurde wesentlich mehr für die Verbraucheraufklärung getan. Von heute auf morgen hat es in den besagten Ländern auch nicht funktioniert. Es dauerte über 20 Jahre, bevor das Verbot umgesetzt wurde. Es waren dazu auch langfristige und groß angelegte Kampagnen der jeweiligen Regierungen zusammen mit den Verbraucher- und Tierschutzorganisationen, aber auch mit dem Bauernverband erforderlich. Letztendlich fragten die Endverbraucher nur noch Fleisch nach, das nach Tierschutzaspekten produziert wurde. Gerade in der Verbraucheraufklärung und in der Zusammenarbeit von Verbraucherschützern, Tier- und Umweltschützern und der verantwortlichen Politik sehe ich in Deutschland noch ein großes Manko.

Und der Deutsche Bauernverband? Er behauptet für sich, dass er die Interessen von mehr als 80 Prozent aller Landwirte vertritt. Ich habe daran keinen Zweifel. Das Erste, was wir bei berechtigten Forderungen – bei berechtigten Forderungen! – aus Politik und Gesellschaft hören, sind häufig Abwehrkämpfe und der Ruf nach gar keinen Regulierungen für den Berufsstand. Genau deshalb wird der Verband in großen Teilen der Bevölkerung auch als ein Teil einer undurchsichtigen Agrarlobby wahrgenommen, die in enger Zusammenarbeit mit der sogenannten Agrarindustrie, mit Chemie- und Pharmakonzernen,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Handel, Schlachthöfen und Bundesagrarminister Schmidt alles unternehmen, um so billig wie möglich Fleisch und Futter zu produzieren und den Weltmarkt damit zu überschwemmen – leider, sage ich dazu.

Meine sehr verehrten Fachkollegen – und ich meine jetzt die Bauern –, mit einer Offensive, die die positiven Beispiele in der Landwirtschaft kommuniziert, ist es allein aber nicht getan. Wer wenn nicht der Deutsche Bauernverband hat so viel Einfluss und so viel Sachverstand, sich aktiv in Sachen „Tierschutz und Umweltschutz“ einzubringen? Er müsste sich an die Spitze setzen. Es gilt, alte Fehler nicht zu wiederholen und dem Mantra von „Wachse oder weiche“ etwas entgegenzusetzen. Er sollte ein breites Bündnis von Landwirten und Verarbeitern anführen, das gemeinsam tiergerechte Ställe entwickelt und für den regionalen Absatz von Produkten wirbt,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die dem Tierschutz, dem Umweltschutz und sozialen Aspekten genügen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso kann ich nicht nachvollziehen, dass der Verbraucher bei uns keine Wahl hat, ob er nach Tierschutzkriterien

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Kennzeichnungspflicht!)

produziertes Fleisch kaufen möchte oder nicht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Riesiges Problem!)

Solches Fleisch wird an der Ladentheke häufig gar nicht erst ausgezeichnet. Es ist unverständlich und zeigt, dass die großen Handelsketten gar kein Interesse daran haben, dass sich wirklich etwas in Sachen Tierwohl tut. Sie haben augenscheinlich nur Interesse an möglichst billig produziertem Fleisch und an einem hohen Gewinn. So wird die Initiative „Tierwohl“ wohl eher ein Feigenblatt für den Handel bleiben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: So ist das.)

Und jetzt will ich auch mal einen Apell in Richtung meiner Kollegen von den GRÜNEN loswerden: Es reicht nicht, immer nur auf die ach so böse Agrarindustrie und die sogenannten Tierfabriken zu schimpfen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie bitte auch den Handel und die Verarbeiter in die Pflicht! Betreiben auch Sie mehr Verbraucheraufklärung! Nehmen Sie mehr Einfluss auf die europäische und Berliner Agrarpolitik! Immerhin gibt es in dieser Republik einige grüne Landwirtschafts- und Umweltminister.

Ich sehe den Verbraucher in der Pflicht, sich zumindest darum zu kümmern, wo sein gutes Schweinefleisch herkommt. Allein viele Nachfragen erhöhen schon den Druck auf den Handel, auf Schlachthöfe und Produzenten. Hierzulande sollte es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie in Sachen von mehr Tierwohl gehen!

Jetzt folgt ein Zitat: „Die Schweineproduktion in Deutschland ist eine ökonomische Erfolgsgeschichte, die zunehmend Schattenseiten hat“, Ende des Zitats. Das sagte Professor Dr. Blaha von der Tierärztlichen Hochschule in Hannover, der gleichzeitig Vorsitzender der Tierärztlichen Organisation für Tierschutz ist, auf dem „Schweinetag“ in Güstrow, den ich schon mehrfach angesprochen hatte.

Damit die Schweineproduktion in Deutschland wieder eine Erfolgsgeschichte wird und sie ihre Schattenseiten verliert, stimmt meine Fraktion dem vorliegenden Antrag zu. Es bleibt allerdings viel zu tun.

Abschließend wünsche ich meinen Fachkollegen, dass sich endlich die Preise auf dem Gebiet des Schweine-marktes verbessern. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Feike von der SPD-Fraktion.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Diesem

Antrag ist zum gleichen Thema eine kleine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Suhr vorausgegangen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

In der Intention der beiden Drucksachen sehe ich jedoch einen erheblichen Unterschied. In der kleinen Anfrage wurde noch angezweifelt, dass in M-V die Regelung in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zum Halten von Schweinen konsequent umgesetzt wird. In dem nun vorliegenden Antrag ist dieser Zweifel nicht mehr erkennbar. Sehr schön! Stattdessen wird im Wesentlichen ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber Ihre Interpretation, Frau Feike,
und nicht die von den GRÜNEN!)

Das ist meine. Das ist meine Rede.

Stattdessen wird im Wesentlichen die Landesregierung aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einzusetzen. So sollen zum Beispiel Mindestbreitenmaße von Kastenständen festgelegt werden, welche der maximalen Widerristhöhe des Schweines entsprechen.

Die rechtlich verbindliche Forderung zur Beschaffenheit von Kastenständen nennt aber aus gutem Grund keine Maße. Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung beschreibt in Textform die Anforderungen an die Gestaltung von Kastenständen wie folgt: „Kastenstände müssen so beschaffen sein, dass ... jedes Schwein ungehindert aufstehen, sich hinlegen sowie den Kopf und in Seitenlage die Gliedmaßen ausstrecken kann.“ Die zuständigen Schutzbehörden müssen daher im Einzelfall unterscheiden, ob ein Kastenstand für ein darin zu haltendes Schwein ausreichend dimensioniert ist oder nicht.

Aus der Praxis habe ich gehört, dass ein Kastenstand mit der Breite der Widerristhöhe eines Schweines es der Sau oder dem Schwein erlaubt, sich im Kasten zu drehen.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dieses Umdrehen im Kasten verursacht ein höheres Verletzungsrisiko für das Tier. Das kann bis zum Tod des Tieres führen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber eine gewagte Aussage jetzt.)

Ich habe gesagt, aus der Praxis habe ich das gehört.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Wie oft drehen sie sich denn? –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da steht ja auch, dass
sie sich hinlegen können müssen.)

Ich muss gestehen – jetzt kommt meine Haltung dazu –, dass ich nicht in der Lage bin, das fachgerecht zu bewerten. Es zeigt mir aber, dass die Definition einer Mindestbreite in einer Kastenstandhaltung nicht allein entscheidend für die tierschutzkonforme Haltung von Sauen sein kann.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nicht allein.)

Das Thema ist komplex und Kasten bleibt Kasten.

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt
drauf an, wie groß er ist.)

Ich begrüße daher ausdrücklich, dass die Politik, die Wirtschaft und der Berufsstand intensiv nach Alternativen zur Haltung von Sauen in Kastenständen suchen. Es gibt dazu bereits praktikable Ansätze. Die Umstellung auf eine weitgehend kastenfreie Haltungsform für Sauen bedeutet für die Betriebe aber auch, dass erhebliche Investitionen für den Umbau und Ausbau von Ställen auf den Landwirt zukommen werden. Entsprechende Übergangsfristen sind daher unabdingbar, um die Existenz der Schweinehalter nicht zu gefährden. Eine Bundesratsinitiative im Sinne Ihres Antrages halten wir für sachlich nicht gerechtfertigt und lehnen ihn daher ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass das jetzt nicht der letzte Redebeitrag sein wird, weil der Minister vielleicht noch mal nach vorne geht, aber das werden wir gleich sehen.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Herr Dr. Backhaus, lassen Sie mich bitte zunächst Vorbemerkungen machen. In der Tat, das haben Sie richtig wiedergegeben, Sie scheinen mit dem Geschäftsführer vom Gut Losten telefoniert zu haben. So, wie Sie es hier ausgeführt haben, war das eine konstruktive Runde mit interessanten Gesprächen. Was ich nicht teile aus meiner Wahrnehmung oder, ich will sagen, an dieser Stelle, ist, wir hatten natürlich eine ganze Reihe von Punkten, die strittig diskutiert worden sind. Ich weiß nicht, ob er das erzählt hat. Wir sind dort auch zu keinem Ergebnis gekommen, wie Sie sich vorstellen können. Aber ich habe den Presseartikel in der „Schweriner Volkszeitung“ durchaus als ausgewogen und das wiedergebend wahrgenommen, was wir da vor Ort diskutiert haben. Ich erlaube mir auch, dass eher beurteilen zu können als Sie, weil ich war schließlich dabei.

Das Zweite ist: Ja, wir haben tatsächlich aus einem Antrag Inhalte entnommen. Das tun wir auch zukünftig wieder. Damit Sie sich beruhigen können, würde ich den Vorschlag machen, wir schreiben zukünftig gleich in die Begründung, wo wir es entnommen haben, weil einen guten Antrag hier einzubringen, ist einfach eine gute Idee und ist richtig. Wir sprechen uns sogar in den Landtagsfraktionen ab.

(Minister Dr. Till Backhaus: Toll!)

Ich hoffe, das machen Sie auch so. So kooperieren wir.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist eine gute Übung, dass wir das machen.

In der Tat, das Urteil ist nicht rechtskräftig. Da wird im Augenblick auch noch an der Begründung geschrieben. Am Inhalt, glaube ich, gibt es aber überhaupt nichts zu deuteln. Da könnte ich jetzt aus der Pressemitteilung des Obergerichtes zitieren. Meine Kollegen vorher haben das schon gemacht. Insofern kann ich mir das jetzt sparen.

Wenn wir jetzt das Urteil nehmen und fragen, was hat der Minister hier gesagt – Sie haben mit ein bisschen Zorn gesagt,

(Minister Dr. Till Backhaus: Ich bin nicht zornig.)

so habe ich es zumindest interpretiert: Ich lasse mich hier nicht in die Ecke stellen. Auch die Landesregierung, auch der Landwirtschafts- und Umweltminister will so schnell wie möglich raus aus der Kastenstandhaltung. Das haben Sie hier erklärt.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ja.)

Ich sage an der Stelle, weshalb ich glaube, Sie werden gleich noch mal in die Bütt gehen:

Erstens. Sie wissen zu wenig.

Zweitens. Sie tun zu wenig beziehungsweise Sie haben zu wenig getan in der Vergangenheit.

Ich will das auch belegen, und zwar nicht mit irgendwelchen Dingen, die ich jetzt irgendwo herhole, sondern zur ersten These „Sie wissen zu wenig.“ kann ich zitieren aus dem, was Sie auf die Kleine Anfrage, die ich gestellt habe, geantwortet haben. Da ging es um die Frage der Erkenntnisse. Zu der Frage, was gibt es an Kastenständen und so weiter, sagen Sie: „Eine Abfrage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz zum Thema ‚Rechtskonforme Abmaße von Kastenständen in den Nutztierhaltungsanlagen Mecklenburg-Vorpommerns‘ bei den Veterinärbehörden der Landkreise hat nicht stattgefunden.“ Schlicht und ergreifend: Sie haben keine Erkenntnislage, deshalb konnten Sie uns die auch nicht,

(Beate Schlupp, CDU: Das ist ein Verwaltungsaufwand!)

deshalb konnten Sie uns die auch nicht weitergeben.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich sagte, Sie tun zu wenig. Ich will noch mal die Zeitabfolge benennen, die es da gibt: 2006 gab es die Tiererschutz-Nutztierhaltungsverordnung. 2010 gab es Ihre Ausführungshinweise. 2012 haben Sie das einmünden lassen in den sogenannten Leitfaden – alles relativ unverbindlich. Das Urteil ist klar, wie abzumessen ist. Sie haben bis 2012 nichts getan. Jetzt, 2015, stellen Sie fest: Aha, das Urteil ist vielleicht noch nicht rechtskräftig, aber es ist verbindlich und es ist sehr detailliert.

Ich stelle fest: Zwischen 2006 und 2015 ist einfach zu wenig passiert. Deswegen komme ich zu der These, Sie haben in der Vergangenheit zu wenig getan. Wenn ich in Ihre Antwort auf unsere Anfrage gucke, dann komme ich zu dem Ergebnis, da wird sich auch in Zukunft nichts Wesentliches tun. Da heißt es unter anderem: „Mit der Entscheidung des Gerichtes wird unsere Empfehlung an

die Sauenhalter, außerhalb der Abferkelbereiche auf eine Kastenstandhaltung zu verzichten, deutlich unterstützt.“ Okay. „Die Umsetzung wird Zeit brauchen und muss mit den Tierhaltern abgestimmt werden ...“ Sie werden weiterhin Zeit ins Land gehen lassen, ohne dass sich ernsthaft etwas tut.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die Frage, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt werden sollen, antworten Sie: „Konkrete Maßnahmen zur Umgestaltung von Kastenstandhaltungen können in Ermangelung konkreter rechtlicher Vorgaben derzeit behördlich nicht gefordert werden.“ Auch an der Stelle wird sich nichts tun.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist eine Bundesverordnung. Das müssen Sie begreifen!)

Auf die Frage, wie man das mit welchen Maßnahmen unterstützen könnte – wir wissen natürlich, die kleinen und mittleren Betriebe werden in besonderem Maße belastet, wenn sie dazu veranlasst werden –, heißt es: „Nein, zurzeit plant die Landesregierung kein solches Förderprogramm.“ Schlicht und ergreifend,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Weil wir es haben! Weil wir es haben!)

schlicht und ergreifend: Da passiert nichts.

Und wenn Sie jetzt hergehen und sagen, na ja, wir sind in einer großen Konkurrenzsituation, dann will ich feststellen: Im vergangenen Jahr hat es in Dänemark eine deutliche Verschärfung gegeben und beispielsweise auch in Österreich ist die Verweildauer in den Kastenständen etwa bei Besamungsvorgängen deutlich reduziert worden auf maximal zehn Tage.

Also, sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie wollen, können Sie an der Stelle etwas tun. Da können Sie initiativer werden, da können Sie die Bedingungen für ein besseres Tierwohl durchaus gestalten und beeinflussen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Bundesverordnung!)

Stellen Sie hier nicht in den Raum, Sie tun schon alles! Meine Einschätzung ist, Sie tun zu wenig! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Andreas Butzki, SPD: Ja, das
ist bloß Ihre Einschätzung.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5066. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD, es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5066 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 9. März 2016, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg, ein schönes Wochenende und eine gute Zeit.

Schluss: 13.23 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Mathias Brodkorb, Lorenz Caffier, Manfred Dachner, Ingulf Donig, Stefanie Drese, Jutta Gerkan, Harry Glawe, Tilo Gundlack, Thomas Krüger, Burkhard Lenz, Detlef Lindner, Wolf-Dieter Ringguth, Nils Saemann und Erwin SELLERING.